



Plenarprotokoll

101. Sitzung

Freitag, 27. November 2020

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Uwe Gunnesson	7705	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2583	
Gemeinsame Beratung			
a) Regierungserklärung zu „Wir sind der Schlüssel - Herausforderungen gemeinsam meistern“..	7706	Corona-Maßnahmen fortsetzen und inzidenzbeständig ausgestalten.....	7706
Drucksache 19/2607			
b) Mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Corona-Pandemie am 25. November 2020.....	7706	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2625	

c) Parlamentarische Beteiligung an Corona-Maßnahmen sicherstellen.....	7706	Anita Klahn [FDP].....	7743
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	7745
		Volker Schnurrbusch [AfD].....	7747
		Kay Richert [FDP].....	7747
Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/2595		Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2553 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	7748
d) Einschränkungen nur mit Augenmaß: Schließungen zurücknehmen, Wirtschaft beleben, Kultur und Freizeit ermöglichen	7707	Frauen nicht alleinlassen - Versorgungsangebot für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein sicherstellen.....	7748
Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/2596		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2544	
Daniel Günther, Ministerpräsident.	7707	Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein sicherstellen.....	7748
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7711		
Tobias Koch [CDU].....	7716	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2584	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7719	Perspektiven für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein aufzeigen und Versorgungsangebot sicherstellen....	7748
Christopher Vogt [FDP].....	7722		
Lars Harms [SSW].....	7727, 7736	Alternativantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2619	
Jörg Nobis [AfD].....	7731, 7736	Birte Pauls [SPD].....	7748
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	7732	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	7749
Volker Schnurrbusch [AfD].....	7732	Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7751
Claus Schaffer [AfD].....	7733	Anita Klahn [FDP].....	7752
Dennys Bornhöft [FDP].....	7734	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	7753
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	7735	Beate Raudies [SPD].....	7754
Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/2583 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden		Kay Richert [FDP].....	7756
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2625		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	7756
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2595		Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	7759
4. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2596.....	7737	Beschluss: 1. Ablehnung des Alternativantrags Drucksache 19/2619	
Kulturfestival SH und coronabedingte Kulturhilfen.....	7737	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2544	
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2553		3. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/2548.....	7759
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	7737		
Anette Röttger [CDU].....	7739		
Martin Habersaat [SPD].....	7740		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7742		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:05 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 38. - außerordentliche - Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Thomas Hölck und Dr. Andreas Tietze. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist Minister Albrecht beurlaubt. Die Abgeordnete Ostmeier hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist.

Meine Damen und Herren, bevor ich in die Sitzung einsteige, gestatten Sie mir noch folgende geschäftsleitende Bemerkungen, da dies zu Nachfragen geführt hat: Auch heute Morgen haben wir Tests durchgeführt, um sicherzustellen, dass wir hier miteinander den ganzen Tag tagen können. Ich sage das nur an: Jeder, der will, kann, während er sitzt, die Maske tragen. Aber diejenigen, die sich haben testen lassen, müssen sie nicht tragen. Ich denke, für die anderen wäre es sinnvoll, denn das war die Vereinbarung, die wir getroffen haben. Ansonsten ist es schwierig, hier den ganzen Tag über miteinander zu tagen. Ich glaube, die meisten von Ihnen wissen, was ich damit meine.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um seinen ehemaligen Abgeordneten Uwe Gunnesson. Er verstarb vor knapp einer Woche, am 21. November 2020, im Alter von 85 Jahren.

Nach dem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, das er als Diplom-Handelslehrer abschloss, war Uwe Gunnesson am Fachgymnasium Wirtschaft der Städtischen Handelslehranstalt Flensburg und einige Jahre auch als Dozent an der Fachhochschule Hamburg tätig.

In Flensburg, seinem Geburtsort, begann auch die politische Karriere Uwe Gunnessons, der seit 1963 der SPD und mehrere Jahre der Flensburger Ratsversammlung angehörte. 1976 folgte der Einzug in den Schleswig-Holsteinischen Landtag, dessen Mitglied Uwe Gunnesson bis 1992 blieb. Seine parla-

(Präsident Klaus Schlie)

mentarische Arbeit in diesem Hause leistete er ganz maßgeblich und über viele Jahre hinweg im Finanzausschuss sowie - von der 9. bis zur 12. Wahlperiode - im Wirtschaftsausschuss.

Besondere Erwähnung verdient auch seine Arbeit in den beiden thematisch miteinander verwobenen Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen der 8. Wahlperiode, deren stellvertretender Vorsitzender Uwe Gunnesson jeweils war: dem Untersuchungsausschuss „Gerisch“ sowie dem Untersuchungsausschuss „Matthiesen“. Als Parlamentarischer Vertreter des Ministers für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein war Uwe Gunnesson überdies von 1988 bis 1992 in das erste Kabinett Engholm eingebunden.

Meine Damen und Herren, Uwe Gunnesson war ein ausgesprochen kompetenter und gewissenhafter Parlamentarier, der in seiner aufrechten, den Menschen zugewandten Art viele wichtige Impulse zur Modernisierung unseres Landes gegeben und sie maßgeblich beeinflusst hat. Das gilt insbesondere für den Bereich der Verkehrspolitik, in der Uwe Gunnesson zunächst als langjähriger Sprecher seiner Fraktion und später dann als parlamentarischer Vertreter hoch anerkannt war und schon als Institution galt - und das über die Fraktionsgrenzen hinweg.

Der Sozialdemokrat, der seiner Heimat Flensburg tief verbunden war, trat unbeirrbar und voller Leidenschaft für seine Ideale ein. Er war ein ehrgeiziger Kämpfer, blieb dabei jedoch immer ein fairer Sportsmann - beim FC Landtag, für den er viele Jahre antrat, in der Politik und auch im Leben, das für ihn schwere Schicksalsschläge bereithielt. Seine Energie, seine Lebensfreude und sein reges Interesse auch an der Landespolitik bewahrte sich Uwe Gunnesson bis zuletzt.

Für seine Verdienste um unser Land wurde er mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille geehrt.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag ist dankbar für die von Uwe Gunnesson geleistete Arbeit und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Anteilnahme des ganzen Hauses gilt seiner Familie.

Ich bitte Sie, einen Moment, im Gedenken an unseren ehemaligen Abgeordnetenkollegen Uwe Gunnesson innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Uwe Gunnessons erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1, 4, 5 und 6: Regierungserklärung zu „Wir sind der Schlüssel - Herausforderungen gemeinsam meistern“ sowie Anträge zu Corona-Maßnahmen.

Wann die einzelnen und weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 38. Tagung. Wir werden heute ohne Mittagspause bis circa 13 Uhr tagen - ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Ich darf die Damen und Herren auf der Besuchertribüne ganz herzlich begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1, 4, 5 und 6 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zu „Wir sind der Schlüssel - Herausforderungen gemeinsam meistern“**

Drucksache 19/2607

b) Mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Corona-Pandemie am 25. November 2020

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2583

Corona-Maßnahmen fortsetzen und inzidenzbeständig ausgestalten

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2625

c) Parlamentarische Beteiligung an Corona-Maßnahmen sicherstellen

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2595

d) Einschränkungen nur mit Augenmaß: Schließungen zurücknehmen, Wirtschaft beleben, Kultur und Freizeit ermöglichen

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2596

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden kann. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir heute Morgen im Internet die aktuellen Zahlen angeguckt. Man guckt sich ja gern an, wie im Moment die Vergleichszahlen aussehen. In der Rangliste der Neuinfektionen wird auch immer eine Auflistung angegeben, welche Kreise besonders gut dastehen. Sieben der zehn besten Kreise in Deutschland liegen in Schleswig-Holstein: auf Platz eins der Kreis Schleswig-Flensburg, auf Platz drei der Kreis Plön, auf Platz vier der Kreis Nordfriesland, auf Platz fünf der Kreis Ostholstein, auf Platz sechs der Kreis Rendsburg-Eckernförde, auf Platz sieben die Stadt Flensburg und auf Platz neun der Kreis Steinburg.

Das zeigt, dass die Arbeit wirkt. Es zeigt aber auch die Disziplin und, dass viele Menschen bei uns in Schleswig-Holstein sich gemeinsam an die Regeln halten. Ich finde, dass diese Bilanz in aller erster Linie unser aller Dank an all diejenigen Wert ist, die sich an die Regeln halten und mithelfen, dass wir diese Krise gemeinsam bewältigen. Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Abgeordnete Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Was vereint diese Kreise und kreisfreien Städte? - Sie haben alle Inzidenzwerte von unter 30. Dass diese Zahlen so sind, zeigt, dass es richtig ist, regio-

nal unterschiedlich zu agieren. Das darf uns nicht in Sicherheit wiegen, weil wir auch andere Regionen in unserem Land haben. Wir müssen weiterhin vorsichtig sein. Es zeigt aber eben auch: Regional angepasstes Verhalten ist absolut richtig. Ich bin froh darüber, dass wir uns dafür im Landtag gemeinsam einsetzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es zeigt auch, dass es sich bewährt hat, dass wir gemeinsam konsequent gehandelt haben, dass wir immer ein wenig vor der Zeit gewesen sind. Wenn es in Berlin Konferenzen gab und wir uns auf vermeintlich strengere Maßnahmen verständigt haben, habe ich dort immer festgestellt: Das ist bei uns in Schleswig-Holstein alles schon Regelwerk.

Selbst in dieser Konferenz war es wieder so: Es wurde darüber diskutiert, eine Maskenpflicht in Schulen ab der 7. Klasse einzuführen. Das war sozusagen das Ergebnis der Konferenz. In Schleswig-Holstein haben wir das längst, nämlich bereits seit den Herbstferien. Wir haben die Maskenpflicht im Übrigen auch an Grundschulen, wenn wir eine Inzidenz von über 50 haben. Wir haben also eine Hotspot-Strategie, in der wir genau das festgelegt haben.

Der Schlüssel, den wir gemeinsam haben, liegt darin, dass wir in Schleswig-Holstein bisher so konsequent gehandelt haben. Ich bitte alle in Schleswig-Holstein herzlich darum, dass sie diesen konsequenten Weg weiterhin unterstützen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich will meinen Dank ausdrücklich an Sie alle richten. Wir diskutieren im Moment darüber: Wie kann das Parlament eingebunden werden? - Wir haben das Infektionsschutzgesetz. Wir geben uns auch in Schleswig-Holstein neue Regeln, wie wir miteinander umgehen. Wir haben es im Vorfeld dieser Konferenz, finde ich, schon gut miteinander praktiziert, in die wir zum ersten Mal mit einer eigenen Länderbeschlussvorlage hineingegangen sind.

Ich würde einmal sagen: Die Ergebnisse sind durchwachsen. Positiv ist, dass die Beschlussvorlage gut gewesen ist. Nicht ganz so einfach war, dass dann natürlich alle Ergebnisse im Vorfeld schon wieder öffentlich diskutiert wurden, was auch unsere Gespräche miteinander nicht erleichtert hat. Das möchte ich einmal offen sagen. Ich will mich aber ausdrücklich bedanken, und zwar nicht nur bei den regierungstragenden Fraktionen, sondern auch beim

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Oppositionsführer und bei Lars Harms dafür, dass wir die ganze Zeit miteinander gesprochen haben,

(Zuruf Lars Harms [SSW])

dass wir fair informiert haben und gemeinsam einen Beitrag dazu geleistet haben, dass wir in dieser Woche so erfolgreiche Ergebnisse erzielen konnten. - Ganz herzlichen Dank!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn Sie mich nun fragen, ob ich mit den Ergebnissen dieses Gipfels vollends zufrieden bin, würde ich sagen: nein. Ich bin sehr zufrieden damit, dass es uns gelungen ist, gemeinsam bundesweite Regeln zu vereinbaren, aber zum ersten Mal auch festzulegen, dass ein regional unterschiedliches Ausbruchsgeschehen natürlich auch bedingt, dass diese Regeln nicht in allen Ländern gleichermaßen angewandt werden können. Es ist für jeden klar, dass man in einem Kreis, in dem die Inzidenz bei zehn liegt, nicht unbedingt das gleiche Regelwerk braucht wie in Kreisen, die eine Inzidenz von über 300 haben.

Uns ist es jetzt gelungen, nicht nur uns zu ermöglichen, bei niedrigen Werten anders zu handeln, sondern zum ersten Mal ist auch erreicht worden, dass Länder, die höhere Inzidenzen haben, verpflichtet werden, härtere Maßnahmen zu ergreifen. Ich finde, dass das ein ausgesprochen gutes Ergebnis dieses Gipfels ist, auf das ich sehr stolz bin.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Warum bin ich nicht ganz zufrieden? - Das liegt unter anderem daran, dass wir im Bereich Krankenhäuser noch eine enorme Herausforderung haben, nämlich mit dem Thema Freihaltepauschalen - Heiner Garg hat es noch einmal angesprochen -: Dieses System ist das Gegenteil des solidarischen Verhaltens, das uns in dieser Krise so stark gemacht hat. Es ist gut, dass Heiner Garg darauf gedrungen hat, dass zumindest bei Inzidenzen von 70 noch bezahlt wird. Wir wissen aber alle miteinander, dass das für viele Regionen in unserem Land bedeutet, dass überhaupt nichts für Freihaltung bezahlt wird.

Wofür machen wir eigentlich Kleeblattlösungen, mit denen wir anderen Bundesländern helfen, die höhere Inzidenzen haben? Wozu machen wir das? Warum haben wir überhaupt Notfallkonzepte und Hilfskonzepte innerhalb Schleswig-Holsteins, um uns gegenseitig zu helfen, wenn das am Ende bedeutet, dass der Bund nur noch in Bereichen hilft, in denen extrem hohe Inzidenzen da sind? - Wir

werden dafür bestraft, dass wir in unserem Land gut handeln. Wir werden für unsere Solidarität bestraft. Deswegen bleibt unser gemeinsamer Ansatz, dass wir auf Bundesebene dafür kämpfen, dass dieses Regelwerk auch für Schleswig-Holstein noch einmal verändert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wie ist jetzt das weitere Vorgehen im Land? - Wir liegen bei knapp unter 50; wir liegen nicht deutlich darunter, und deswegen gibt es überhaupt keinen Grund dafür, sich heute zurückzulehnen und zu sagen: Bei uns sind die Werte besser als bei anderen, und wir können bei uns viel lockern. Gemeinsam ist uns wichtig, dass wir jetzt nicht Lockerungen durchführen und danach sofort wieder Beschränkungen einführen müssen. Es gibt bei einer 48er-Inzidenz überhaupt gar keinen Grund dafür, weite Bereiche zu öffnen, um dann plötzlich bei einer 51er-Inzidenz wieder das Gegenteil zu machen.

Planungssicherheit ist das A und O. Ich sage das sehr deutlich, weil der DEHOGA sich auch zu dem Thema Gaststätten und Hotels geäußert hat: Herr Strehl hat mir am Abend noch eine E-Mail geschickt und sich dafür bedankt, dass ich wirklich klar sage - das tue ich auch hier noch einmal, auch wegen der Planungssicherheit -: Ja, unsere Regeln gelten nur bis zum 20. Dezember 2020. - Aber ich sage auch: Stellt euch nicht darauf ein, dass sich über Weihnachten und Neujahr etwas daran ändert. Ich weiß, wie hart das ist, aber ich möchte lieber allen heute klar sagen: Stellt euch darauf ein, für das Weihnachtsgeschäft und auch über Neujahr wird es keine Öffnung in diesem Bereich geben. Dafür bitte ich einfach um Verständnis, aber Planungssicherheit ist im Moment das A und O, und die wollen wir in diesem Land geben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Ich habe vor der Konferenz klar erklärt: Bei diesen Zahlen gibt es auch keinen Grund für Verschärfungen. - Das ist der Grund, warum wir bei der Verschärfung in dem Bereich, der für alle gegolten hätte - beim Einzelhandel -, diesen Weg auch nicht mitgehen werden. Ich glaube auch, dass das in diesen Bereichen gut begründbar ist und dass es keine Notwendigkeit gibt, bei Läden über 800 m² jetzt noch eine Verschärfung durchzusetzen. Ich glaube im Übrigen, wir würden die Probleme eher in den Außenbereich verlegen, dorthin, wo sich Schlangen bilden. Deswegen ist unser Konzept mit den Einschränkungen, die es gibt, ein gutes Konzept. Ich

(Ministerpräsident Daniel Günther)

bin sehr froh darüber, dass wir da keine isolierte Lösung verfolgen, sondern dass wir es in Schleswig-Holstein gemeinsam machen. Ich glaube, das ist ein richtiger und guter Weg, den wir hier gegangen sind.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Wir öffnen in wenigen Bereichen. Die körpernahen Dienstleistungen erlauben wir. Ich will sagen, dass unser Expertenrat uns ausdrücklich darin bestärkt und gesagt hat: Es gibt in diesen Bereichen keinen Grund dafür, diese Beschränkungen weiter aufrechtzuerhalten. Dort gibt es Hygienekonzepte, dort kommen nur wenige Menschen zusammen, die sich an die Regeln halten. Es gibt dort keinen Grund dafür, von einem weiteren Infektionsgeschehen auszugehen.

Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass unsere Kosmetikerinnen und diejenigen, die in der Fußpflege tätig und die in diesen Bereichen im Land unterwegs sind, ab Montag wieder die Chance haben, ihren Geschäften nachzugehen. Ich freue mich übrigens auch für die Kundinnen und Kunden in dem Bereich, denen es auch nicht leichtgefallen ist, in diesen vier Wochen auf die Dienstleistungen zu verzichten. Deswegen ist es gut, dass wir in diesen Bereichen in Schleswig-Holstein auch eine Öffnung herbeiführen können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wenn wir Menschen in diesen Zeiten Perspektiven geben wollen, dann ist es auch richtig, draußen eine Perspektive zu geben. Deswegen ist es gut, dass wir - wie übrigens andere Bundesländer auch, die das schon wochenlang vor uns gemacht haben - die Tierparks, die Wildparks und die Zoos in Schleswig-Holstein öffnen, auch hier nach klaren Regeln, auch hier mit Obergrenzen, dass man sich dort nicht sozusagen stapelt, sondern dass man Abstände einhalten kann. Deswegen ist auch dieser Weg gut und richtig, den wir in den Bereichen gehen.

Warum gehen wir bei den Kontaktregeln einen anderen Weg als andere? Ich will das ausdrücklich begründen. Was sich in diesen Zeiten auszahlt, sind klare Ansagen und klare Regeln. Das haben wir in unserem Land auch selbst gemerkt, wenn wir in der Kommunikation nicht ganz perfekt gewesen sind. Da hat die Opposition uns erklärt, wie man das besser macht. Das gehört auch zum Geschäft dazu. Aber wenn man da nicht perfekt kommuniziert, gibt es Verwirrung und Akzeptanzprobleme. Deswegen

ist es richtig, dass wir unsere Regeln beibehalten: Zehn Personen, das kann sich jeder merken, zwei Hausstände - übrigens privat, das ist meine Bitte: auch nur zwei Hausstände. Das bleibt das Regelwerk bis Anfang Januar, und genau an diesem Regelwerk werden wir auch festhalten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich weiß, dass das eine Herausforderung zu Weihnachten und auch zu Silvester ist. Aber ich sage das an dieser Stelle sehr klar: Ich halte von diesem Signal, Weihnachten und Silvester sei mehr erlaubt als an anderen Tagen, überhaupt nichts.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Natürlich wollen wir nicht kontrollieren. In Schleswig-Holstein wird niemand durch die Wohngebiete gehen und zählen, ob irgendwo zwölf Personen oder irgendwo drei oder vier Hausstände versammelt sind. Das werden wir nicht machen. Aber zu glauben - unsere Virologen waren sich da alle einig -, dass Corona irgendwie, so sage ich einmal, soziale Verantwortung übernehmen und sagen wird: „Passt mal auf, zu Weihnachten und Silvester lasse ich alle Fünfe gerade sein, da bin ich nicht ganz so ansteckend!“, das wird nicht passieren. Deswegen sage ich: Bei allem Verständnis dafür, dass Menschen sagen, der Staat könne ihnen nicht vorschreiben, wie sie Weihnachten zu feiern hätten - das werden wir auch nicht tun -, aber empfehlen würde ich, dass alle sich weiterhin auch in diesen Zeiten an die Regeln halten, denn wir wollen auf keinen Fall - auch aus Solidarität - das, was jetzt schon überall prognostiziert wird, nach dem Motto: Wir versuchen, möglichst niedrige Zahlen zu haben, damit wir uns über Weihnachten und Neujahr wieder einen leichten oder einen größeren Anstieg leisten können. - Genau da wollen wir nicht hin. Ich möchte, dass wir Anfang nächsten Jahres so niedrige Werte haben, dass wir auch denen wieder eine Perspektive geben können, die besonders leiden, die im Moment nicht öffnen dürfen. Deswegen brauchen wir die Solidarität mit diesen Menschen auch über Weihnachten und Neujahr.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Jetzt gibt es natürlich immer wieder Fragen: Wenn wir Familienbesuche zulassen wollen, gilt das nur für die, die ein großes Haus haben, wo alle Gäste übernachten können? Oder gilt das für alle in Schleswig-Holstein? Ich will nicht zu großen Reisen aufrufen, aber ich will an der Stelle schon ankündigen, dass wir in Schleswig-Holstein die Mög-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

lichkeit für kleinere Familienbesuche eröffnen wollen. Wie soll ansonsten die Mutter oder der Vater, die in Baden-Württemberg leben, die Familie wirklich besuchen können, wenn die nur eine 40-m²-Wohnung hat, wo es vielleicht nicht zumutbar ist, dass dort Übernachtungen stattfinden? Das ist übrigens auch aus virologischen Gründen nicht besonders klug, wenn man so lange aufeinanderhängt. Deswegen werden wir in Schleswig-Holstein unseren gewerblichen Beherbergungsbetrieben erlauben, in der Zeit vom 23. bis 27. Dezember 2020 maximal zwei Übernachtungen ausschließlich aus familiären Gründen zuzulassen. Wir wissen alle miteinander nicht, wie viele Hotels oder private Ferienwohnungsanbieter das dann nutzen werden. Das ist am Ende eine geschäftliche Entscheidung, aber ich glaube, aus sozialer Verantwortung wäre es nicht richtig, wenn wir den Leuten auf der einen Seite sagen, Familienbesuche im kleinen Rahmen seien möglich, aber wir ihnen gar keine Möglichkeit geben, hier zu übernachten. Deswegen ist das ein richtiges Zeichen, dies zu machen. Ich hoffe auf und bitte dafür auch um Verständnis.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wie wollen wir jetzt durch die Zeit kommen? - Ich glaube, das Gute ist, dass die Wirtschaftshilfen weitergezahlt werden. Wir haben gemeinsam daran gearbeitet. Ich bin ein bisschen froh darüber - auch nach den Erfahrungen beim letzten Mal, das will ich auch ganz offen sagen, wo viel vereinbart wurde und es sehr lange gedauert hat, bis wir Klarheit hatten -, dass jetzt unmissverständlich klargestellt ist, dass der Bund auch im Dezember 2020 die Wirtschaftshilfen fortsetzt. Auf meine ausdrückliche Ansprache des Wirtschaftsministers - auch da aus Erfahrung - hat er in der Konferenz eindeutig gesagt, dass die Novemberhilfe im Dezember 2020 fortgesetzt wird, dass der Referenzmonat aber der Dezember 2019 ist und nicht der November 2019. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal, gerade weil wir beispielsweise die Schaustellerinnen und Schausteller mit aufgenommen haben, die nur von dem Ausgleich in Höhe des Novembers 2019 nicht wahnsinnig viel gehabt hätten. Auch das ist noch einmal ein wichtiges Zeichen, um Sicherheit zu geben. Darauf bin ich sehr stolz, dass das auch auf dem Gipfel vereinbart werden konnte.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Was ist jetzt unsere Perspektive? Ich weiß, dass alle immer sagen: Wir brauchen noch mehr Verlässlichkeit! Warum ist auf dem Gipfel nicht klar gesagt

worden, was bis Ostern gilt? - An der Stelle sage ich bei aller Kraft und allem, was ich Menschen gern sagen würde: Auch wir können nicht alle Fragen beantworten. Wir wissen auch nicht, wie sich manches entwickeln wird.

Was wir aber sagen können, ist: Wenn wir uns alle gemeinsam in diesen Zeiten disziplinieren, dann gibt es im nächsten Jahr Hoffnung, dann gibt es Hoffnung durch die Impfungen, die stattfinden werden. Heiner Garg hat es gesagt: Wir bekommen Impfstoffe. Wir werden 28 Impfzentren, 29 jetzt mit Norderstedt, in Schleswig-Holstein haben. Ganz herzlichen Dank übrigens an diejenigen, die das aufbauen, an die Ärztinnen und Ärzte in den Bereichen, die das für die Kassenärztliche Vereinigung machen, und das Sozialministerium. Ich möchte dem Landeskommando der Bundeswehr ausdrücklich danken, das das großartig unterstützt. Das gibt eine Perspektive. Mitte Dezember sind die Impfmöglichkeiten da, es können Impfungen stattfinden. Das ist doch ein hoffnungsfrohes Signal, das macht uns doch gemeinsam Mut, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Damit wir dann ab Januar 2021 weitere Öffnungen vornehmen können, die übrigens von Dauer sein sollen, müssen wir diszipliniert sein. Ich sehe ab Januar 2021 bis Ostern eine Zeit, wo wir nach und nach mehr Normalität zulassen können. Wir können uns auf ein Osterfest freuen, dass dann auch ein Startsignal für wieder mehr Normalität in unserem Land sein wird. Das bedingt, dass wir uns alle disziplinieren, dass wir solidarisch sind.

Ich wünsche mir übrigens ausdrücklich, dass wir damit auch sichtbare Zeichen setzen. Wie wäre es eigentlich, wenn alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sich in diesen Zeiten auch solidarisch mit denjenigen zeigten, die im Moment schließen müssen? Wie wäre es, wenn sie beispielsweise den Außer-Haus-Service nutzten, vielleicht auch bei Facebook das posten, um den Leuten etwas entgegenzusetzen, die lauter Fake News in die Welt setzen? Es geht darum, auch einmal solche Zeichen zu setzen: Ja, ich war meinem Lieblingsitaliener, ich unterstütze den, ich habe mir da Essen abgeholt. Macht alle mit!

Das gilt genauso für diejenigen, die im Moment keinen Sport treiben können. Meine herzliche Bitte: Kehrt den Vereinen nicht den Rücken, die können nichts dafür, dass sie ihre Angebote im Moment nicht durchführen können! Bleibt dabei!

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich glaube, wenn wir gemeinsam diese Solidarität üben und uns darauf freuen, dass im nächsten Jahr auch Sport wieder möglich sein wird, dann geht es voran.

Ja, mir tut jeder leid, der im Moment keinen Sport machen kann. Weil ich aber ein leidenschaftlicher Sportler bin, weiß ich auch, dass man Abstandsregelungen bei Mannschaftssportarten eben nicht einhalten kann. Es tut mir wirklich leid, aber ich weiß es selbst, denn ich habe früher selbst Handball gespielt. Klar hält man die Hygieneregeln ein - wenn man in die Halle reingeht. Aber ehrlich: Wenn man auf dem Feld steht, dann spielt man sieben gegen sieben. Das gilt auch für den Fußball. Herr Stegner stand meist im Tor, der konnte noch Abstand halten, aber der Rest schafft das an der Stelle einfach nicht mehr.

(Unruhe)

Deshalb bitte ich um Verständnis dafür, dass jetzt in dem Bereich noch nicht die Zeit für Öffnungen ist. Ich bitte alle um Solidarität, die im Moment schließen müssen. Aber noch mehr bitte ich alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner darum, dass sie mit denen solidarisch sind. Denn nur wenn wir diese Herausforderung gemeinsam angehen, wenn wir gemeinsam begreifen, dass wir der Schlüssel dazu sind, in dieser Krise zu bestehen, wenn wir das alle gemeinsam beherzigen, dann werden wir diese Krise in Schleswig-Holstein gut bewältigen. Ich bitte Sie alle herzlich um Ihre Unterstützung! - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Das Rednerpult wird von einer Reinigungskraft desinfiziert)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

An dem Pult kann man jetzt ausrutschen, das stimmt. Aber es ist gut, dass das jemand macht. Vielen herzlichen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir im letzten Monat hier zusammengelassen sind, war die Lage überaus ernst. Es musste darum gehen, das exponentielle Wachstum der Coronainfektionen und damit die drohende Überlastung unseres Gesundheits-

wesens schnellstmöglich zu stoppen. Das ist immerhin gelungen - mehr nicht. Deshalb ist es nicht Zeit für Leichtsinn oder Unvernunft. Die Infektionszahlen stagnieren, aber sie sind nach wie vor viel zu hoch. Corona wird uns so oder so noch über Monate begleiten.

Und der kommende Monat mit Weihnachten und dem Jahreswechsel wird eine ganz besondere Bewährungsprobe sein. Denn wir freuen uns doch alle nach den langen Monaten der Einschränkungen auf die Zeit mit Familie und Freunden. Gleichzeitig dürfen wir nicht riskieren, die Erfolge der vergangenen Wochen zu verspielen. Die unerwartet positiven Nachrichten über bald einsatzfähige Impfstoffe machen Hoffnung, aber sie dürfen eben nicht dazu verleiten, unvorsichtig zu werden, bevor hoffentlich Stück für Stück wieder mehr Normalität zurückkehrt.

Wir haben als Gesellschaft in den kommenden Wochen eine gemeinsame Verantwortung. Ich wiederhole es noch einmal: Umsicht, Einsicht, Vorsicht und Rücksicht - darum geht es nach wie vor. Solidarität bleibt das Gebot der Stunde. Lassen Sie mich bewusst einen Christdemokraten zitieren, den früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der gesagt hat:

„Solidarität ist die Erkenntnis, dass den eigenen Interessen am besten gedient ist, wenn auch die anderen zu ihrem Recht kommen.“

(Vereinzelter Beifall SPD)

Genau darum geht es bei dieser Herausforderung für unsere Gesellschaft, die wir nur gemeinsam bewältigen können.

Das war und ist die Leitlinie für die SPD-Landtagsfraktion: Als konstruktive Opposition übernehmen wir Verantwortung dafür, dass unser Schleswig-Holstein gut durch diese Krise kommt. Für meine Fraktion hat sich an den Prioritäten seit dem Frühjahr nichts geändert. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung hat vor allem anderen Vorrang, das bleibt auch so.

Auch wenn viele die Infektion kaum bemerken, so leiden doch andere unter monatelangen Nachwirkungen der Beatmung, und wieder andere ringen mit dem Tod. 410 Todesfälle in Deutschland an einem Tag - das war vorgestern der bisherige Negativrekord, der uns erschreckt hat. Insgesamt sind bisher bundesweit über 15.000 Menschen an und mit Corona gestorben, die von ihren Familien betrauert werden. Das ist eine Mahnung an uns, den Gesundheitsschutz nicht auf die leichte Schulter zu

(Dr. Ralf Stegner)

nehmen. Wer im Vergleich die 260.000 Todesfälle in den USA sieht, weiß aber auch, wie leistungsfähig unser Gesundheitswesen ist und was unsere Ärztinnen und Ärzte sowie unsere Pflegekräfte täglich leisten. Dafür schulden wir ihnen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Darüber hinaus braucht es besondere Priorität für diejenigen, die es besonders schwer haben. Dazu zählen zum Beispiel Familien mit Kindern. Kitas und Schulen offen zu halten, ist nicht nur wegen der Bildungsgerechtigkeit wichtig, sondern auch wegen der Familien. Dazu gehören auch die Menschen in Heimen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für uns schufteten, brauchen nicht nur Applaus, sondern handfeste Unterstützung. Außerdem wollen wir so viel norddeutsche Gemeinsamkeit wie möglich, insbesondere in der Metropolregion. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen braucht es möglichst unbürokratische und wirksame Unterstützung für Betriebe, die von den Schließungen direkt oder indirekt betroffen sind.

Diese Prioritäten bleiben für uns Maßstab und Kompass für unsere Arbeit beim Coronamanagement von Bund, Ländern und Kommunen. Daran messen wir auch die Ergebnisse der Bund-Länder-Runde aus dieser Woche. Wir können sie im Ergebnis bei kritischer Würdigung der einen oder anderen noch offenen Frage mittragen, auch wenn manches komplizierter geworden und nicht alles widerspruchsfrei ist. Das kommt übrigens auch in der gemeinsamen Resolution der demokratischen Fraktionen in diesem Haus zum Ausdruck.

Es ist eine gute Botschaft, dass die zentrale Rolle von Kitas und Schulen in aller Deutlichkeit festgehalten wurde. Es ist richtig, dass im November die Novemberhilfen für geschlossene Betriebe im Dezember verlängert werden, und dass als Vergleichsmaßstab die Umsätze aus dem Dezember 2019 gelten. Es geht bei der Frage um Existenzen, die sich Menschen über Jahre aufgebaut haben und die innerhalb weniger Monate ohne eigene Schuld in Gefahr geraten sind. Auch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2021, worauf die Sozialdemokratie sehr gedrängt hat, ist eine sehr gute Nachricht für Betriebe und Arbeitnehmerfamilien in diesem Land.

(Beifall SPD)

Ich sage auch: Als Landespolitiker muss man das besondere Engagement des Bundes in diesen Punkten ohne Einschränkung anerkennen. Wir leisten

mehr als alle anderen europäischen Länder zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wichtig ist auch, dass wir endlich zu bundesweit einheitlichen Maßstäben für die notwendigen Einschränkungen kommen. Gleicher bundesweiter Maßstab bedeutet keineswegs überall die gleichen Maßnahmen. Es wäre doch geradezu absurd, wenn in Bayern mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von 173 Fällen auf 100.000 Einwohner dieselben Maßnahmen greifen wie in Schleswig-Holstein mit einer Inzidenz von 47,9 auf 100.000 Einwohner. Das Prinzip, dass bei vergleichbarer Inzidenz überall die gleichen Maßnahmen ergriffen werden, ist vernünftig. Das zeigt, dass der föderale Staat durchaus funktioniert.

Die niedrige Infektionsrate in Schleswig-Holstein bedeutet aber nicht, dass wir auf einer Insel der Glückseligen leben, uns in falscher Sicherheit wiegen oder uns auch zu sehr auf die Schultern klopfen sollten. Manches ist auch Glück - auch das möchte ich einmal deutlich sagen. Es ist auch kein Aufruf zu falscher Überheblichkeit der weniger betroffenen Bundesländer.

Auch hier kann es Verbesserungen geben. Dass die Gesundheitsämter im Jahr 2020 ihre Daten noch per Fax austauschen - auch wenn das mit Datenschutz zu tun haben sollte -, ist eine groteske Ressourcenverschwendung in diesem Land.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber die inzidenzbasierte Vorgehensweise trägt dazu bei, die Akzeptanz für die Maßnahmen zu sichern. Es führt uns auch weg von einer Debatte, die - wenn ich an einige markige Äußerungen aus Süddeutschland denke - sehr viel mehr mit Schein als mit Sein zu tun hatte.

Aber ich möchte hier nicht über Herrn Söder reden, sondern lieber darüber, wie wir in den kommenden Wochen auch bei dem sensiblen Umgang mit Unterschieden im eigenen Land bleiben können. Denn den erfreulich niedrigen Inzidenzwerten in Flensburg und Plön stehen erschreckend hohe Werte im Hamburger Rand gegenüber. Im Kreis Pinneberg lag der Wert in dieser Woche bei über 100 und damit ein gutes Stück über dem Hamburger Wert. Damit werden wir einen Umgang finden müssen, wobei die Ursachen inzwischen lokalisiert zu sein scheinen, sodass wir zielgerichtet damit umgehen können. Das gilt auch mit Blick darauf, dass wir im

(Dr. Ralf Stegner)

Hamburger Rand nicht wollen, dass die weniger scharfen schleswig-holsteinischen Beschränkungen im Einzelhandel zum Shoppingtourismus aus Hamburg führen. Das wäre der falsche Weg.

Es bleibt richtig, dass wir bei den Beschränkungen in privaten Bereichen in erster Linie auf den Appell an Bürgerinnen und Bürger setzen, zumal sich die meisten sehr vernünftig verhalten haben. Handlungsfähigkeit des Staates heißt keineswegs, dass wir immer alles kontrollieren müssen. Freiheit und Selbstverantwortung sind wichtige Bestandteile unserer demokratischen Kultur.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Wir wollen keine Bespitzelung unter Nachbarn. Die eigenen Wände genießen in Deutschland aus gutem Grund einen hohen Schutz.

Das ist weder der Aufruf zur Unvernunft noch kann es regelmäßigen Kontrollen im öffentlichen Bereich entgegenstehen. Die Regeln sind bekannt. Sie werden von der übergroßen Mehrheit akzeptiert und unterstützt, aber sie müssen gegebenenfalls auch konsequent und manchmal noch konsequenter als bisher umgesetzt werden.

Parteiübergreifend werden wir uns in den kommenden Wochen für eine gute Lösung zur Finanzierung unserer schleswig-holsteinischen Krankenhäuser einsetzen müssen. Es kann nicht sein, dass die niedrige Inzidenzrate zu einer ökonomischen Benachteiligung unserer Kliniken führt. Zudem haben wir in Norddeutschland vereinbart, uns wechselseitig zu helfen, wenn es Engpässe auf den Intensivstationen gibt.

Das überarbeitete Infektionsschutzgesetz bringt bei dem Punkt nicht das Ergebnis, das wir uns gewünscht hätten, weil es keine Verbesserung für die angespannte Situation unserer Kliniken bringt. Dennoch, Herr Kollege Vogt, wäre es besser gewesen, wenn auch die FDP im Bundesrat aus staatspolitischer Verantwortung so wie CDU, SPD, Grüne und Linkspartei das Gesetz mitgetragen hätte, allzumal wegen der ausgesprochen schlechten Gesellschaft, in die Sie unfreiwilligerweise geraten sind.

(Beifall SPD)

Ich werfe Ihnen das nicht vor,

(Zuruf FDP: Das haben Sie gerade getan!)

aber ich will Ihnen das sagen. - Sie kennen die öffentliche Debatte.

Ich biete der Landesregierung ausdrücklich unsere Unterstützung an, damit wir in Berlin im Sinne der

Patientinnen und Patienten zu einem guten Ergebnis kommen, aber auch im Sinne der Beschäftigten in unseren schleswig-holsteinischen Krankenhäusern.

Mehr Aufmerksamkeit braucht es auch beim Nahverkehr. In den letzten Tagen wurde viel über den Fernverkehr gesprochen, aber ein deutlich ausgeweitetes Platzangebot und Reservierungseinschränkungen dort helfen den vielen Pendlerinnen und Pendlern in den Regionalbahnen oder Bussen im Land wenig. Erst recht gilt dies leider nach wie vor mit Blick auf die Situation in den Schulbussen im Land. Es bleibt unverständlich, dass Schülerinnen und Schüler morgens und nachmittags in vollen Bussen zusammensitzen, um in der Schule fein säuberlich in Kohorten getrennt zu werden. Zu Recht weisen Eltern und Schüler auf die Widersinnigkeit hin.

Ich verstehe, dass wir vielleicht nicht genug Busse haben, um ihnen eine Beförderung unter Berücksichtigung der Abstände zu garantieren. Und ja, die Kreise sind zuständig. Ich verstehe aber nicht, dass im Land Busse ungenutzt herumstehen, weil die Verantwortung vom einem zum anderen geschoben wird.

(Beifall SPD und SSW)

Unabhängig davon, dass einige Kreise - wie bei uns in Rendsburg-Eckernförde - schon aktiv geworden sind, gibt es eine Gesamtverantwortung des Landes, weil das ein entscheidender Punkt dafür ist, dass wir unsere Schulen offenhalten können. Damit das gelingt, hat meine Fraktion einen Vorschlag vorgelegt. Wir kommen damit auf Sie zu. Ich werbe bei den Regierungsfractionen dafür, sich einen Ruck zu geben und hier mitzumachen, damit wir bei diesem Thema weiterkommen. Wir wollen die Schulen offenhalten. Das ist ein wichtiger Beitrag dazu. Es hilft, nebenbei bemerkt, auch dem Busgewerbe, das wir auch im Blick haben sollten.

Die letzten Wochen haben noch einmal verdeutlicht, dass bei aller Vorsicht eine grundsätzliche Verbesserung der Lage nur mit Impfungen eines großen Teils der Bevölkerung möglich sein wird. Das ist der Schlüssel zu einer weitergehenden Normalität. Es gibt vermutlich niemanden hier im Haus, der sich bei den überaus positiven Nachrichten über mittlerweile mehrere Impfstoffe nicht gefreut hätte. Das ist auch ein überragendes Ergebnis hervorragender Forschung und Wissenschaft in unserem Land. Auch das will ich gern einmal feststellen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Entscheidend wird sein, nicht nur verlässliche Strukturen aufzubauen, sondern die Menschen dabei mitzunehmen. Nach allem, was ich in den letzten Tagen wahrgenommen habe, Herr Minister Garg, sind Landesregierung und Kommunen in dieser Frage auf einem guten Weg.

(Beifall SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Die Impfungen werden nicht nur ein Mittel zum Selbstschutz sein, sondern sie sind vor allem dem Schutz unserer Mitmenschen dienlich. Es ist ein schönes Signal in dieser Woche, dass die Impfbereitschaft nirgendwo in Deutschland so hoch ist wie bei uns im Norden. Dafür sollten wir gemeinsam werben. Das ist wirklich ein Hoffungsstreifen am politischen Horizont dieses so eigenartigen Coronajahres 2020.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe schon im vergangenen Monat betont: Wir Menschen in Schleswig-Holstein sind weder begriffsstutzig noch unmündig - im Gegenteil. Wir haben im letzten Dreivierteljahr ein hohes Maß an Eigenverantwortung bewiesen. Wir alle können miteinander für die hohe Zustimmung zur Coronapolitik dankbar sein.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Politik, die Menschen zu belehren. Aber es ist unsere Aufgabe, für Regelungen zu sorgen, die nachvollziehbar, transparent und plausibel sind. Das ist der Schlüssel zur Akzeptanz. Wir brauchen weiter Regelungen mit Augenmaß.

Die Einigung zum Silvesterfeuerwerk ist ein gutes Beispiel. Wir hätten nicht kontrollieren können und wollen, was am 31. Dezember in Hintergärten passiert. Darum bleibt das private Feuerwerk erlaubt. Wir müssen aber dafür sorgen, dass es keine Menschaufläufe gibt, keine Schlägereien unter Alkohol und dass in diesem Jahr Silvester aus Sicht der Einsatzkräfte ein ganzes Stück ruhiger wird. Darum verbieten wir das Böllern auf belebten Straßen und Plätzen, und wir appellieren an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten in der vergangenen Woche eine, wie ich fand, beeindruckende Anhörung hier im Plenarsaal. Damit haben wir deutschlandweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Zumindest mir haben die Beiträge der Expertinnen und Experten auch bei der Reflektion über unsere eigene Rolle geholfen. Wir tun gut daran, die Hinweise und die Kritik ernst zu nehmen, ohne damit die Rolle kleinzureden, die unser Parlament in den vergangenen Wochen hatte.

Es ist das richtige Signal, dass wir heute hier zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um vor dem Erlass der Landesregierung über die Ergebnisse der Bund-Länder-Runde zu sprechen. Es geht nämlich auch darum, den Bürgerinnen und Bürgern in öffentlicher Debatte darzulegen, was wir tun, denn wir greifen in das Leben von Millionen von Menschen ein.

Es ist auch richtig, wenn die Coronapandemie künftig eine noch prominentere Rolle in den Ausschüssen und im Plenum einnehmen wird. Wir als Landtag wollen nicht die Aufgabe der Landesregierung übernehmen - erst nach der Wahl. Die Gewaltenteilung ist unabdingbar. Wir werden der großen Verantwortung des Parlaments gerecht.

Die Pandemie hat im vergangenen Dreivierteljahr viele Probleme offengelegt, die es lange gab und die jetzt unübersehbar geworden sind. Das gilt für unser Gesundheitssystem, für die Belastbarkeit unserer öffentlichen Daseinsvorsorge, für die Wertschätzung gegenüber Menschen in unverzichtbaren Tätigkeiten, aber das gilt leider auch in Teilen für den gesellschaftlichen Egoismus.

Wir werden uns in den kommenden Wochen und Monaten auch nicht vor der Frage drücken können, wie wir in Zukunft leben wollen. Die diesbezügliche Themenwoche der ARD kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Was ist es eigentlich wert, in einer Gesellschaft zu leben, in der Solidarität und eben nicht Egoismus entscheidend sind? Damit wird die Frage eng zusammenhängen, wer eigentlich die Kosten der Pandemie trägt.

Die von den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zur Bund-Länder-Runde angestoßene Debatte, ob der Großteil der Coronakosten im Gesundheitssystem den gesetzlich Versicherten aufgebürdet werden soll oder ob wir zu einer fairen Beteiligung der Steuerzahler und damit der oftmals privat versicherten Besserverdienenden kommen, war dafür ein Vorgeschmack. Uns ist es ein wichtiges Zeichen, dass der Bund jetzt als Ergebnis der Einigung einspringt und für 2021 hohe Zusatzbeiträge für Gering- und Normalverdiener vermeidet.

(Beifall SPD und SSW)

Die Haushalte in den Kommunen, den Ländern und dem Bund stehen vor einer Belastungsprobe. Ein harter Sparkurs würde die pandemiegeplagte Wirtschaft und viele Arbeitsplätze treffen. Rasant steigende Verschuldung wiederum brächte verfassungsrechtliche Probleme und die Verschärfung der sozialen Spaltung. Es wird darum im kommenden Jahr auch um ein deutliches Zeichen der Solidarität

(Dr. Ralf Stegner)

von denen mit sehr großem Vermögen oder weit überdurchschnittlichem Einkommen gehen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Armin Laschet sprach vor einigen Tagen mit Blick auf die kommenden Wochen vom härtesten Weihnachten, das die Nachkriegsgenerationen je erlebt habe. Diesen Satz würde ich mir nicht zu eigen machen, denn er passt so gar nicht, wenn man unsere Situation mit der in anderen Ländern und in weiten Teilen der Welt vergleicht, in denen die Coronafolgen und die Einschränkungen sehr viel härter sind und die Reaktionen des Staates - gerade auch die finanziellen Hilfen - sehr viel schwächer ausfallen als bei uns. Es passt auch nicht zu der Erlebniswelt der Eltern- generation, und es ist auch nicht die richtige Ansprache in einer Zeit, in der wir mit Blick auf die Impfstoffe und unsere Möglichkeiten der Disziplin und Rücksicht die gute Chance haben, mit einem blauen Auge davanzukommen.

Das geht anderen ganz anders, und ich bin dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass wir bei der Verteilung der Impfstoffe auch an die ärmeren Länder denken sollten.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Frage beginnt am Sonntag eine ganz besondere Adventszeit. Ich würde mich freuen, wenn wir politisch und menschlich insbesondere diejenigen in den Blick nehmen, die alleine und von Einsamkeit betroffen sind. Das ist ein Problem, dem wir in unserer Gesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit widmen. Es wird auch eine der Lehren sein müssen, die wir aus dieser Zeit ziehen. Das gilt und galt für Menschen in Heimen, behinderte Menschen, aber auch viele Ältere, die es geradezu als Freiheitsentzug empfinden mussten, was ihnen widerfuhr.

Viele unserer Eltern und Großeltern waren verzweifelt, dass sie ihre Lieben monatelang nicht sehen durften. Allzu viele sind sogar allein gestorben. Ich wiederhole: So etwas darf sich niemals wiederholen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch gilt der Dank den vielen Pflegekräften, die quasi als Familienersatz erhalten - neben dem Einsatz, den sie ansonsten geleistet haben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch: Der erzwungene Verzicht auf Geselligkeit, auf menschlichen Kontakt berührt die Gesundheit der Seele.

„Mir ist manchmal so einzeln auf der Welt.“

So hat es Erich Kästner in dunkler Zeit einmal formuliert. Ob die AWO-Seniorengruppe, der Spielesachmittag, der Klönschnack beim Kaffee, der Gesundheitssport, der Spaziergang mit Kindern und Enkeln - wenn all das monatelang fehlt, zerbricht auch vieles an Lebensglück. Die höchste Vollkommenheit der Seele ist ihre Fähigkeit zur Freude, heißt es. Wir wissen doch selbst, die wir gar nicht im Heim leben, wie wir das gemeinsame Essen mit Freunden und manche Gewohnheit vermissen. Bei aller modernen digitalen Geschäftigkeit, beim ganzen routinierten technokratischen Coronamanagement, bei aller manchmal schrillen öffentlichen Debatte droht uns eine schwer erträgliche Verkarstung unserer emotionalen Beziehungen mit dem Mangel an menschlicher Nähe, der im November vielleicht besonders deutlich wird.

Auch der Verlust von Kunst und Kultur - gerade Musik ist ja Balsam für die Seele; ich empfinde das jedenfalls so - kommt noch dazu.

Vielleicht werden wir das hygienisch zweifelhafte deutsche Händeschütteln nicht so sehr vermissen, aber die Umarmungen fehlen schon und die gewohnte menschliche Nähe auch. Der Begriff „Social Distancing“ spricht für sich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Enquete-Kommission zum Umgang mit der zunehmenden Einsamkeit in unserer Gesellschaft. Man mag über das Instrument streiten, aber der Befund stimmt schon. Das gab es schon vor Corona, dass ein älterer Mensch ins Krankenhaus kam, nicht mehr zurück in die eigene Wohnung konnte und ein anderer, oft fremder Mensch entschieden hat, dass die nächste und letzte Station das Pflegeheim ist.

Wie wollen wir leben? Wie schaffen wir es, dass Menschen so lange wie möglich in ihrem eigenen Zuhause leben können, dass wir die Solidarität der Generationen stärken, dass wir das Miteinander im Dorf oder im Stadtteil beleben, dass wir die öffentlichen Räume unabhängig vom Alter oder der Herkunft und die Gesellschaft menschlicher machen und dem Egoismus entgegenwirken?

Vielleicht ist ja nach der Bewältigung der Coronapandemie Zeit dafür, dass wir diese Fragen mit besseren Antworten versehen als bisher.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

(Dr. Ralf Stegner)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im etwas altertümlichen Deutsch, das der damaligen Zeit verhaftet war:

„Der Mensch verkrüppelt in der Einsamkeit.
Der richtige, volle, gesunde Mensch ist nur
der Mensch in der Gesellschaft.“

Ich sage dies einmal mit unseren Worten: Solidarität bleibt das Gebot der Stunde. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten ersten Advent!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den Maßnahmen im November ist es gelungen, den bundesweiten exponentiellen Anstieg der Infektionszahlen weitgehend zum Stillstand zu bringen, zu stoppen und auf einem erhöhten Niveau zu stabilisieren. Zuletzt knapp 120.000 Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen sind aber nach wie vor deutlich zu viel. Warum? - Weil seit Mitte Oktober die Zahl der intensivmedizinisch behandelten Covid-19-Patienten stark ansteigt, von 655 Patienten im Oktober auf aktuell 3.826 Patienten am gestrigen Donnerstag.

Bleiben die Infektionszahlen auf diesem erhöhten Niveau, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis unser Gesundheitssystem überlastet ist. Warum? - Weil die durchschnittliche Zeitdauer vom Auftreten erster Symptome bis zur Behandlung auf der Intensivstation zehn Tage beträgt, die durchschnittliche Behandlungsdauer auf der Intensivstation hingegen 18 Tage ausmacht. Bei unverändert hohen Infektionszahlen kommen also schneller neue Patienten hinzu, als die bisherigen Patienten hoffentlich geheilt entlassen werden können.

Deshalb ist es richtig, die für November bundesweit vereinbarten Maßnahmen zu verlängern und anzupassen. Wir müssen die Infektionszahlen nach unten bringen, damit alle Patienten auch weiterhin die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten können. Es darf nicht so weit kommen, dass die Behandlungskapazitäten in den Krankenhäusern über Leben oder Tod entscheiden.

Meine Damen und Herren, dabei fällt allerdings auf, dass die Entwicklung bundesweit sehr unterschiedlich verläuft. Unsere Bundeshauptstadt Berlin

lag zum Zeitpunkt der letzten MPK am 24. Oktober 2020 mit einem Inzidenzwert von knapp über 100 bundesweit ganz oben. Trotzdem stiegen die Infektionszahlen in Berlin ungebrochen weiter an. Mittlerweile ist der Inzidenzwert dort auf rund 200 gestiegen. Berlin hält damit im negativen Sinne den bundesweiten Spitzenplatz.

Ähnlich kritisch ist das Infektionsgeschehen in Sachsen. Auch hier ist ein ununterbrochener Anstieg zu verzeichnen. Seit Oktober, damals eine Inzidenz von 40, gibt es dort mittlerweile eine Inzidenz von 190. Das ist bundesweit der zweite Platz.

Dann folgen Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen mit ebenfalls hohen Infektionszahlen. Der Inzidenzwert liegt hier zwischen 160 und 180. Aber immerhin, der Anstieg ist in allen drei Bundesländern zum Stillstand gekommen. Die Inzidenzzahlen bewegen sich im November nahezu seitwärts.

Und dann gibt es noch die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die schon im Oktober die niedrigsten Inzidenzzahlen aufwiesen und bei denen die Entwicklung jetzt sogar leicht rückläufig ist. Schleswig-Holstein lag zum Zeitpunkt der letzten MPK nur knapp über einer 20er-Inzidenz. Der Wert ist dann Anfang November auch bei uns von Mitte 50 bis auf knapp 60 gestiegen. Seitdem verzeichnen wir aber einen leichten und kontinuierlichen Rückgang auf aktuell 48. Zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern ist Schleswig-Holstein damit das Bundesland mit dem niedrigsten Infektionsgeschehen bundesweit.

Das, finde ich, ist der Unterschied, den wir uns vor Augen führen müssen: ungebrochener Anstieg der Infektionszahlen in Berlin und in Sachsen, Stagnation auf hohem Niveau in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich dazu sind die Schleswig-Holsteiner Zahlen nicht nur erheblich niedriger, sondern sogar leicht rückläufig.

Bei der Expertenanhörung des Landtages in der vergangenen Woche hieß es dazu, Schleswig-Holstein habe einfach Glück gehabt. Es sei eben das nördlichste Bundesland und damit am weitesten entfernt vom Infektionsgeschehen, das sich von Süden ausgebreitet habe.

Meine Damen und Herren, ich muss sagen, das war eine der ganz wenigen Experten-Einschätzungen, die ich so nicht teilen konnte. Für März und April schon, denn nach dem Ausbruch in Ischgl war Bayern einfach näher dran und damit stärker betroffen als Schleswig-Holstein. Da haben wir wirklich Glück gehabt. Wenn es dann aber bei einer weltweiten Pandemie das ganze Jahr über gelingt, die

(Tobias Koch)

Infektionszahlen in Schleswig-Holstein niedrig zu halten, dann hat das nicht nur etwas mit Glück zu tun, finde ich.

(Beifall CDU, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir hatten im Sommer bei uns im Land Millionen von Touristen zu Gast - ohne jegliche Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen. Als man bundesweit anfang, sich über Reiserückkehrer Gedanken zu machen und darüber, eine Testpflicht für Urlauber aus Risikogebieten einzuführen, da waren am 8. August 2020 die Ferien bei uns im Land schon längst wieder zu Ende, und zwar ohne irgendwelche Auffälligkeiten bei Reiserückkehrern.

Deshalb sage ich, meine Damen und Herren: Nein, das hat nicht nur etwas mit Glück zu tun, sondern das haben wir uns auch selbst erarbeitet, und das haben wir uns auch selbst zu verdanken.

(Beifall CDU)

Wir haben uns das selbst erarbeitet, weil wir uns das ganze Jahr über strengere Regeln gegeben haben als der Rest der Bundesrepublik. Wir haben es uns auch selbst zu verdanken, weil wir Norddeutschen offensichtlich disziplinierter und verantwortungsbewusster mit dieser Pandemie umgehen. Wir halten uns an die Regeln, wir bleiben im Urlaub zuhause und wir feiern keine unerlaubten Partys.

(Beifall CDU - Zuruf)

- Zumindest die allermeisten.

Zu keinem Zeitpunkt waren bei uns in Schleswig-Holstein Familienfeiern in privaten Räumlichkeiten mit mehr als 50 Personen zugelassen. Das Singen im Gottesdienst war trotz des damit verbundenen Eingriffs in die Ausübung der Religionsfreiheit durchgängig untersagt. Das Tragen von Masken an Schulen gehört bei uns in Schleswig-Holstein seit den Sommerferien mit dazu, auch im Unterricht und das sogar - bei hohen Infektionszahlen - an den Grundschulen.

Meine Damen und Herren, dass wir jetzt besser dastehen als andere Bundesländer, hat seinen Grund. Das ist unser aller Erfolg und darauf, finde ich, können wir stolz sein.

Weil wir besser dastehen, weil die Infektionszahlen bei uns niedriger sind und weil wir es geschafft haben, den Wert wieder unter 50 zu drücken, ist es auch nur folgerichtig, dass die Maßnahmen zukünftig inzidenzabhängig ausgestaltet werden. Eine Verschärfung von Maßnahmen kommt deshalb für Schleswig-Holstein überhaupt nicht in Betracht.

Strengere Kontaktbeschränkungen und Einschränkungen für den Einzelhandel sind dort richtig, wo die Infektionszahlen landesweit deutlich über 50 liegen, aber eben nicht bei uns in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Stattdessen sind wir bei uns im Land in der Lage, körpernahe Dienstleistungen wieder zuzulassen sowie Tierparks und Zoos wieder zu öffnen. Das sind kleine Erleichterungen, die am strengen Schleswig-Holsteiner Kurs nicht viel ändern, aber die Beschränkungen doch etwas erträglicher gestalten.

Bei einer infektionsabhängigen Ausgestaltung der Coronamaßnahmen muss es zuallererst darum gehen, für die Regionen mit besonders hohen Infektionszahlen verschärfte Regeln zu definieren. Das hatten sich die Bundesländer Mitte November bei der Halbzeitanalyse eigentlich auch schon vorgenommen.

Jetzt geht bundesweit durch die Medien, dass es im Thüringischen Landkreis Hildburghausen eine Inzidenz von sage und schreibe 600 gebe, deshalb habe in dieser Woche der CDU-Landrat die Schließung aller Schulen und Kitas für fünf Tage sowie erste Ausgangsbeschränkungen angeordnet. In anderen Bundesländern ist davon nach meiner Wahrnehmung bislang wenig zu sehen. Das darf nicht so weitergehen.

Man hat eher das Gefühl, meine Damen und Herren, dass sich alle Länderregierungen, egal ob A- oder B-Seite, vor diesen unangenehmen Entscheidungen ein Stück weit drücken wollen und sich lieber hinter bundesweit einheitlichen Regelungen verstecken. Es ist deshalb sehr gut, dass im MPK-Beschluss jetzt endlich eine inzidenzabhängige Unterscheidung zwischen Regionen mit einer Inzidenz von mehr als 200 Fällen je sieben Tage pro 100.000 Einwohnern und solchen Regionen vorgenommen wurde, die eine Inzidenz von weniger als 50 innerhalb von sieben Tagen aufweisen.

Worin diese verschärften Maßnahmen bei Inzidenzen von mehr als 200 bestehen sollen, ist aber nach wie vor offengeblieben. Meine klare Erwartungshaltung wäre gewesen, in Abhängigkeit vom jeweiligen Infektionsgeschehen verbindliche Maßnahmen für solche Hotspots zu vereinbaren.

Verschärfte Regeln in diesen Regionen hätten die anderen Bundesländer allerdings auch schon vorher ergreifen können.

(Vereinzelter Beifall CDU)

(Tobias Koch)

Man muss nicht auf eine bundesweite Vereinbarung warten, um zu erkennen, dass bei Inzidenzen von über 250, 300 oder sogar 400 ein schärferes Eingreifen erforderlich ist. Das kann man auch schon in Eigenverantwortung machen, das hätte jedes Bundesland in eigener Verantwortung bereits tun können.

(Beifall CDU und Christian Dirschauer [SSW])

Nicht nur wir sind der Schlüssel, auch die anderen Bundesländer sind der Schlüssel.

Immerhin soll jetzt die Anzahl der Kontakte bei Zusammenkünften im privaten Bereich beschränkt werden. Die war in Schleswig-Holstein schon die ganze Zeit auf zehn Personen begrenzt. Fassungslos mussten wir erleben, dass während der Sommermonate und selbst während des Lockdowns im November in den allermeisten Bundesländern dafür keine Regelungen bestanden und sogar Feiern mit bis zu 100 Personen im privaten Bereich nach wie vor möglich waren.

Jetzt haben die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung vereinbart, dass in den nächsten drei Wochen die Kontaktbeschränkungen etwas strenger ausfallen sollen als in Schleswig-Holstein, um die Regeln dann zu Weihnachten gleich wieder zu lockern. - Ob das der richtige Weg ist, da habe ich gewisse Zweifel. Deswegen bleibt es bei uns in Schleswig-Holstein bei der bewährten und erprobten Regelung von zehn Personen inklusive Kindern. Damit sind wir auch für die Weihnachtsfeiertage gut aufgestellt.

(Beifall CDU und Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, auch an einer anderen Stelle lösen die bundesweit geplanten Verschärfungen keinen Änderungsbedarf in Schleswig-Holstein aus, nämlich bei den Regelungen zur Maskenpflicht an Schulen. Die jetzt vorgesehenen Verschärfungen bleiben immer noch hinter dem zurück, was bei uns im Land schon seit den Herbstferien gilt: Maskenpflicht auf dem Schulgelände und im Unterricht ab Klasse 5 sowie in Grundschulen ab einer 50er-Inzidenz. Das ist die klare Regelung bei uns in Schleswig-Holstein. Im Unterschied dazu sieht der MPK-Beschluss für Grundschulen sowie für 5. und 6. Klassen nur eine Kann-Regelung vor.

Ich finde es unbegreiflich, dass Bundesländer mit deutlich höheren Infektionszahlen als Schleswig-Holstein nach wie vor nicht bereit sind, ebenso strenge Regelungen anzulegen, wie wir es bei uns in Schleswig-Holstein tun.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das muss in anderen Bundesländern deutlich anders werden.

Sinnvollerweise ist jetzt immerhin vereinbart worden, dass bei einer Inzidenz von über 200 weitergehende Maßnahmen zur Unterrichtsgestaltung schulspezifisch umgesetzt werden sollen. Auch mit der Einführung von Wechsel- oder Hybridunterricht muss man aber nicht warten, bis die Zahl von 200 Neuinfektionen überschritten wird. Auch da darf man gern vorher tätig werden. Ich finde, bei uns in Schleswig-Holstein sollten wir das auch tun. Wenn es einzelne Kreise oder Städte gibt, bei denen sich diese Entwicklung dynamisch in die Richtung von 200 bewegt, ist ein früheres Eingreifen aus meiner Sicht durchaus geboten.

Meine Damen und Herren, wir waren das ganze Jahr über vorsichtig, wir haben strenge Regeln, und das ist auch gut so. Da haben die anderen Bundesländer noch erheblichen Nachholbedarf, und genau darauf wird es in der Zukunft umso mehr ankommen.

Wir alle haben die Hoffnung, dass wir im Januar 2021 weitere Öffnungsschritte vornehmen können. Sollte es den anderen Bundesländern aber im Laufe des Dezembers 2020 nicht gelingen, das Infektionsgeschehen wieder auf eine Inzidenz unter 50 zu drücken, dann sind auch im Januar weitere Beschränkungen zu befürchten.

Mit unserem heutigen Antrag bringen wir deshalb die klare Erwartungshaltung zum Ausdruck, dass der Bund in einem solchen Fall weiter die Wirtschaftshilfen gewährt, wie das jetzt für November und Dezember der Fall ist. Nun mehren sich auf Bundesebene die Stimmen, die die finanzielle Belastung des Bundes mit den Ländern teilen wollen. Sollte es dazu kommen, würde Schleswig-Holstein doppelt und dreifach bestraft werden: Bei den Ausgleichszahlungen für das Bereithalten freier Krankenhausbetten gehen wir schon jetzt weitgehend leer aus, obwohl die anderen Bundesländer diese freien Kapazitäten bei Bedarf gern in Anspruch nehmen würden. Deshalb fordern wir hier weitere Nachverhandlungen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fortgesetzt hohe Infektionszahlen in anderen Bundesländern würden auch uns im nächsten Jahr weiterhin Beschränkungen auferlegen. Für die Finanzierung der erforderlichen Wirtschaftshilfen würden wir dann auch noch zur Kasse gebeten werden.

(Tobias Koch)

Wir können doch nicht dafür bezahlen, dass andere Bundesländer mit ihren Coronaregeln die zweite Welle mit begünstigt haben, während wir hier strengere Regeln praktiziert haben!

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit den Notkrediten in diesem Jahr und den konjunkturell bedingten Steuerausfällen ist Schleswig-Holstein bereits jetzt an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt. So sehr auch ich mir Sorgen um die ausufernde Staatsverschuldung im Bundeshaushalt mache, so klar und deutlich muss ich aber auch sagen: Die Lösung kann nicht darin bestehen, Schleswig-Holstein noch weitere finanzielle Lasten aufzubürden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch ein paar Worte zu den vor uns liegenden Feiertagen. Auch im Coronajahr 2020 fallen Weihnachten und Silvester nicht aus, sondern eine Feier im Kreis der Familie wird im Rahmen unserer Kontaktbeschränkungen selbstverständlich möglich sein.

(Unruhe SPD)

Ich bin mir sehr sicher, dass sich die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auch an diesen besonderen Tagen so verantwortungsvoll verhalten werden, wie sie es das ganze Jahr über getan haben.

Meine abschließende Bitte richtet sich deshalb an die Kirchen und Religionsgemeinschaften: So sehr Weihnachtsgottesdienste und Christmetten zu Weihnachten gehören, so sehr müssen wir darauf achten, dass nicht gerade diese Veranstaltungen die dritte Coronawelle auslösen.

(Unruhe SPD)

Deshalb braucht es auch hier Regeln zur Kontaktvermeidung und kreative und neue Veranstaltungsformen, um am Heiligabend Gottesdienste durchführen zu können.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Auch diesen Aspekt haben wir deshalb in unseren heutigen Antrag aufgenommen, der hoffentlich gleich verteilt werden wird.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal Danke dafür sagen, dass es erneut gelungen ist, den Antrag zur heutigen Regierungserklärung wieder mit allen Fraktionen und den Abgeordneten des SSW gemeinsam zu formulieren. Auch das unterscheidet

uns von vielen anderen Bundesländern. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Martin Habersaat [SPD]: Die anderen sind alle doof, und wir sind gut!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mag nicht mehr, ich bin wie viele andere Menschen im Land pandemiemüde, mir reicht es, dass sich alle Gespräche, die ich führe, ob am Frühstückstisch, beim Arbeitsplatz oder mit euch hier im Parlament, nur noch um Corona drehen, ich will endlich raus aus diesem Ausnahmezustand. - Wir wollen wieder Normalität, ohne Maske, ohne Abstand!

Der Sommer war eine Ruhepause - für die meisten von uns, aber nicht für alle, zum Beispiel nicht für die Menschen in der Veranstaltungsbranche. Wir haben Zwischenerfolge gefeiert, neue und andere Erfahrungen gemacht, wie zum Beispiel das Schleswig-Holstein Musik Festival mit kleinen und digitalen Veranstaltungen.

Und nun sind wir im Herbst, fast im Winter, in der zweiten Welle - nicht überraschend und auch nicht unvorbereitet, wie manche suggerieren. Viele Menschen haben sich in Betrieben, zum Beispiel in Gaststätten, aber auch in Behörden, in Schulen und in den Kirchen auf ein Leben mit der Pandemie eingestellt und viel Aufwand betrieben. Aber das alles hat nicht ausgereicht, das alles reicht nicht aus.

Meine Vorredner haben es ausgesprochen: Es geht nicht nur um die Zahlen, die wir als Inzidenzen kennen, sondern es geht um die Menschen, die in den Krankenhäusern auf den Intensivstationen liegen, und es geht um das fehlende Personal auf den Intensivstationen, es geht darum, dass wir dort eine Überlastung vermeiden müssen.

Wir hatten gehofft, die Kontrolle über das Virusgeschehen zu bekommen, um mehr zu ermöglichen - im Wirtschaftsleben, im Sport, in der Kultur, mit Nähe, mit Weihnachtsgottesdiensten und Silvesterfeiern. Ich möchte die Weihnachtsrhetorik nicht überstrapazieren, denn es gibt auch viele Menschen im Land, die ganz andere Sorgen haben als nur das Weihnachtsfest.

(Eka von Kalben)

(Vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, nun befinden wir uns wieder in einer Zeit von Freiheitseinschränkungen, insbesondere für einen Teil der Wirtschaft und für die Kultur, aber auch für uns im privaten Bereich, bei der Anzahl der Menschen, die wir treffen dürfen. Das ist krass, keine Frage.

Ich lebe in einer großen Hausgemeinschaft und zähle und erwäge gerade, ob ich lieber meinen Enkel auslade oder meine 93-jährige Mutter oder ob ich einem meiner erwachsenen Kinder sage, dass sie dieses Jahr im Studentenwohnheim allein Weihnachten feiern sollen. Das ist nicht einfach, das ist nicht einfach einmal so daher gesagt. Wenn man eine große Familie hat, ist die Beschränkung auf zehn Personen schwierig.

Aber mindestens genauso krass sind die Szenarien, wenn wir jetzt nichts tun und dadurch die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht mehr möglich wäre.

Meine Damen und Herren, gut ist, dass die Politik dazugelernt hat. Erstens: Menschen, die in Einrichtungen gepflegt und betreut werden, sind von ihren Angehörigen nicht abgeschottet, und dabei muss es bleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stegner, vielen Dank für Ihre eindringlichen Worte zum Thema Einsamkeit. Diesen Punkt müssen wir dringend im Blick haben.

Zweitens: Schulen und Kitas sind dort, wo das Virus nicht zirkuliert, geöffnet. Das wird auch so bleiben, wenn wir alle unseren Beitrag dazu leisten.

Dazu gehört natürlich auch, dass wir für den ÖPNV nach Lösungen suchen müssen. Ich habe neulich an einer Videoschaltung teilgenommen, während der von einer Verkehrsministerkonferenz berichtet wurde. Zumindest unsere grünen Vertreterinnen und Vertreter haben dort gesagt, dass es manchmal einfacher aussieht, als es ist. Tatsache ist, dass es Reisebusgesellschaften gibt, die nichts zu tun haben, dass es Busfahrerinnen und Busfahrer gibt, die in Kurzarbeit sind. Gleichzeitig haben wir enge Verhältnisse, besonders in Großstädten, in denen es bestimmte Taktungen für die Busse gibt.

Das ist in ganz vielen Bereichen nicht immer einfach. Daher ist es super, dass sich Kreise wie zum Beispiel Rendsburg-Eckernförde mit den Schulen, mit den Reisebusunternehmen und mit dem ÖPNV auf den Weg gemacht und ein gemeinsames Kon-

zept erarbeitet haben. Das ist ein Vorbild, dem meiner Meinung nach andere Kreise folgen sollten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir hören immer wieder viele Appelle. Das ist auch so ein Punkt, an dem ich Pandemiemüdigkeit fühle. Ich merke, dass diese Appelle immer wieder eindringlich wiederholt werden. Ich bin mir aber nicht sicher, ob wir wirklich immer noch diejenigen erreichen, die wir erreichen wollen. Wir sehen am Dashboard des RKI, also an den Zahlen, die veröffentlicht werden, dass diese Appelle offensichtlich nicht überall ihr Ziel erreichen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Politik, die Ministerpräsidentenkonferenz zum Beispiel, über konkrete Maßnahmen Gedanken macht, die über Appelle hinausgehen, und zwar per Verordnung.

Die Frage ist: Was kann ich eigentlich verordnen? Und wo kann ich nur mit Appellen etwas erreichen? Verordnen kann ich nämlich meiner Meinung nach nur Dinge, die ich auch wirklich überprüfen kann. Das betrifft zum Beispiel die Frage des Silvesterfeuerwerks. Dieses wurde im Übrigen nicht - wie es oft unterstellt wurde - aus ökologischen Gesichtspunkten infrage gestellt, sondern weil die Krankenhäuser gesagt haben: Es kann eine große Problematik sein, wenn zusätzlich zur Coronapandemie noch die vielen Verletzungen, die durch Feuerwerke entstehen, behandelt werden müssen.

Insofern finde ich den Appell richtig. Aber ein Verbot wäre tatsächlich sehr schwer zu überprüfen. Wir haben die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz ja schon in den Zeitungen lesen können. Als der Appell ausgesprochen wurde, ging zeitgleich eine Demo-Ankündigung von „Querdenken“ ein, Silvester um 24 Uhr vor dem Brandenburger Tor eine Demonstration gegen das Feuerwerkverbot zu machen. Da ist mir noch einmal klargeworden, dass man mit bestimmten Verboten, die das Ziel haben, Massenaufläufe zu vermeiden, unter Umständen das Gegenteil erreicht, weil dann ganz viele Leute dagegen demonstrieren. Die Berliner machen sich jetzt große Sorgen, wie sie damit umgehen sollen.

Damit umzugehen, ist schwierig. Da hilft, so glaube ich, und das haben viele vor mir auch schon gesagt, nur, dass wir die Menschen davon überzeugen, dass Solidarität wichtig ist, dass diese Maßnahmen nicht dazu gedacht sind, den Menschen den Spaß zu verderben oder eine dunkle Jahreszeit noch dunkler zu machen, sondern dass sie einen echten Grund ha-

(Eka von Kalben)

ben. Ich glaube, das ist auch eine unserer Aufgaben als Politiker.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Maßnahmen, auf die sich Bund und Länder nun geeinigt haben, sind richtig, und sie sind verhältnismäßig. Ich möchte aber deutlich darauf hinweisen: Es gibt nicht einen richtigen Weg. Jeder und jede wird irgendetwas finden, was unlogisch erscheint und es vielleicht auch ist. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich unser bisheriges Vorgehen rein nach Hygienekonzepten und geschätzter Ansteckungsgefahr deutlich besser fand als die Aufteilung nach Notwendigem und nicht Notwendigem. Wer bestimmt denn, ob die Kosmetik wichtiger ist als das Adventskonzert? Für den einen ist das Einkaufen im Einzelhandel systemrelevant, die offene Jugendhilfe oder der Sport jedoch nicht. Diese Abwägung zu treffen, finde ich schwierig. Aber das ist der Weg, der bundesländerweit entschieden wurde.

Ich sage auch: Es ist richtig, dass wir aus Verlässlichkeitsgründen diesen gemeinsamen Weg mit den anderen Bundesländern und mit der Bundesregierung gehen, und zwar nicht nur, um eine Verlässlichkeit vor Gericht zu erreichen, sondern auch, um ein klares und geschlossenes Bild an die Bevölkerung und an diejenigen, die pandemiemüde sind, zu geben.

Ich unterstütze also alles, was hier gesagt wurde, auch zur Frage der Ausnahmemöglichkeiten nach unten und der Regionalität, aber, meine Damen und Herren - und da muss ich leider meinem Kollegen Herrn Koch zum Teil widersprechen -: Wir müssen aufpassen, dass wir uns als Schleswig-Holsteiner nicht zu sehr über andere erheben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Inzidenzen, die wir jetzt zum Beispiel am Hamburger Rand erleben, liegen im Moment - Herr Garg wird es wissen - zum Teil über denen von Hamburg. Es gibt insofern ein Problem von Metropolregionen, und es gibt eine gewisse Gnade in Regionen, in denen die Bevölkerung nicht so dicht aufeinander lebt. Das ist auch logisch, weil dort die Busse vielleicht nicht so voll sind, weil die Menschen in größeren Häusern und in größeren Abständen wohnen und nicht in engen Wohnungen mit sehr vielen Menschen. Es zeigt sich eben, dass enge Wohnverhältnisse auch ein Grund dafür sein können, dass die Inzidenzen steigen.

Trotzdem finde ich, dass unsere Regierung es sehr gut gemacht hat. Die Beispiele haben gezeigt: Während in anderen Bundesländern Biergärten geöffnet hatten und Ähnliches, war dies in Schleswig-Holstein schon verboten. Ich glaube, dass wir hier einen sehr vorsichtigen und einen sehr vernünftigen Weg gegangen sind. An dieser Stelle möchte ich mich wirklich sehr herzlich bei allen in der Regierung, die daran beteiligt waren, insbesondere im Gesundheitsministerium, bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle haben die Pandemie unterschiedlich erlebt. Wir alle sammeln im Land unterschiedliche Erfahrungen aus allen Teilen der Bevölkerung, und so spiegeln wir hier im Haus auch die Akzeptanz der Maßnahmen und einen Großteil der Lebenserfahrungen mit der Pandemie wider. Dieses Haus zeigt, dass wir eine Art kollektive Suchbewegung um den besten Weg im Umgang mit der Pandemie sind. Wir streiten, wir diskutieren, und wir lassen uns beraten.

Die Anhörung in der letzten Woche war dafür ein eindrücklicher Beweis. Vielen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, dass Sie diesen Vorschlag unterstützt haben und zu dieser Beratung bereit waren. Vor allem aber möchte ich mich an dieser Stelle auch einmal bei der Landtagsverwaltung bedanken, weil ich weiß, dass die Landtagsverwaltung sehr großen Aufwand betrieben hat, um dies und auch die Sondersitzung heute zu dieser Debatte so kurzfristig möglich zu machen. - Herzlichen Dank an die Landtagsverwaltung!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Viele sagen, sie freuen sich, dass das Parlament jetzt beteiligt werde, zum Beispiel heute durch diese Sondersitzung. Das ist falsch, denn wir haben hier seit März 2020 vier Regierungserklärungen gehört und beraten, und es wurden sage und schreibe 34 Anträge mit Coronabezug debattiert und abgestimmt. Da kann man wirklich nicht sagen, dass es immer nur eine Klüngerunde per Video mit der Kanzlerin wäre, die etwas beschließt. Nein, wir alle haben hier das Recht, Anträge nach dem Motto zu stellen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Maßnahmen nicht umzusetzen. Aber, meine Damen und Herren, dafür muss man eine Mehrheit haben. Das ist nicht undemokratisch, sondern genau das ist Demokratie.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Deshalb muss ich sagen: Das Märchen vom Untergang der Demokratie, das wir auch gestern im Bundestag gehört haben, ist dadurch eindeutig widerlegt. Manche haben eben einfach keine Mehrheit für ihre Positionen - Gott sei Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Wir hier suchen nach Lösungen. Wir geben der Regierung Feedback. Wir kontrollieren sie. Wir sind keine kontrollierten Lemminge, die falschen Informationen hinterherlaufen, und wir sind auch kein Virologenfanclub, sondern wir wissen, dass es auch in der Wissenschaft unterschiedliche Ansätze und Positionen gibt.

Meine Damen und Herren, wir dürfen pandemie-müde sein - ich bin es auch. Wir dürfen Kritik an einzelnen Maßnahmen haben - die habe ich auch. Wir als Politiker und als Parlament müssen aber auch Mut machen und Lösungen anbieten. Es ist übrigens kein Lösungsvorschlag, wenn Bundestags-abgeordnete dazu aufrufen, die Gerichte anzurufen, und wenn diejenigen, die im Bundestag den Untergang der Demokratie herbeibrüllen, gleichzeitig selbst die demokratischen Institutionen angreifen und nicht ernst nehmen.

Liebe AfD, Ihnen geht es nicht darum, dass es Deutschland und seinen Bürgerinnen und Bürgern gut geht, sondern nur darum, dass es der AfD gut geht, und das ist kein Lösungsvorschlag, um die Pandemie zu bekämpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, wir dürfen pandemie-müde sein, aber wir dürfen nicht aufgeben. Wir dürfen pandemiemüde sein, aber wir dürfen nicht zu müde sein, um nach guten Lösungen zu suchen. Deshalb ist diese Debatte heute ein kleiner Baustein der gesamten Suchbewegung, wie wir uns gemeinsam durch diese Pandemie durchkämpfen - gemeinsam! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Pandemie wird unser Leben in der Tat mindestens noch einige Monate erheblich prä-

gen. Mit den Folgen - das ist sehr klar - werden wir noch deutlich länger zu kämpfen haben. Ich bin aber nach wie vor froh, dass ich diese Pandemie in Deutschland und vor allem in Schleswig-Holstein erlebe. Trotz der massiven Probleme, die die Pandemie mit sich bringt, sind wir bislang vergleichsweise glimpflich durch diese Krise gekommen.

Das liegt in erster Linie an der großen Disziplin fast aller Bürgerinnen und Bürger und dem großen Engagement vieler Menschen, zum Beispiel in den Gesundheitsämtern, in den Kitas, in Schulen oder auch in den Krankenhäusern. Es liegt am großen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, den wir immer wieder befördern sollten und nicht riskieren dürfen.

Im Frühjahr wurde Ärzten und Pflegekräften applaudiert. Man muss aber in der Tat sagen: Die sind vor allem jetzt gefordert, und ich hoffe, dass sie in den nächsten Monaten nicht überfordert werden. Es ist unsere Aufgabe, diese Menschen zu unterstützen. Es gilt ihnen vor allem jetzt und in den kommenden Wochen und Monaten unseren Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Der Winter bleibt eine große Herausforderung. Es gibt keinen Anlass zur Entwarnung. Immerhin sind wir in Schleswig-Holstein auf einem ordentlichen Weg, und die entwickelten Impfstoffe machen vielen Menschen und auch mir wirklich Hoffnung, dass ein Ende der Pandemie zumindest absehbar ist. Beim Impfen ist aber, da sollten wir uns nichts vormachen, noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich freue mich aber, dass wir bei den entsprechenden Vorbereitungen in Schleswig-Holstein wieder einmal sehr gut davor sind und die benötigten Impfzentren sich bereits im Aufbau befinden. Ich habe festgestellt, dass man in anderen Bundesländern noch nicht so weit ist. Insofern ist das eine gute Nachricht.

Mein Dank dafür gilt insbesondere dem Gesundheitsminister und seinen Leuten, aber auch unseren Kommunen, der Bundeswehr und allen weiteren Akteuren, die daran sehr engagiert mitwirken.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Reduzierung von Kontakten ist für uns alle besonders schmerzlich. Sie ist auch keine besonders kreative Lösung, sie ist aber immer noch die effektivste Methode zur Eindämmung des Infektionsgeschehens. Jeder Einzelne von uns trägt nach wie vor Verantwortung. Die Eigenverantwortung wurde

(Christopher Vogt)

nicht abgeschafft, auch wenn man manchmal den Eindruck haben kann. Sie ist gerade jetzt besonders gefordert. Die Kontaktregeln, die wir seit einigen Wochen in Schleswig-Holstein haben, sind - aus meiner Sicht - leicht verständlich. Das ist ein Wert an sich. Sie sind angemessen und haben sich somit bewährt.

Sie wurden zunächst auch kritisch gesehen, auch innerhalb der Koalition, Herr Ministerpräsident. Es ist aber absolut der richtige Weg, dass wir mit Blick auf die stabile Situation beim Infektionsgeschehen in den nächsten Wochen daran festhalten. Das Hin und Her bei den Kontaktregeln über die Feiertage möchten wir den Menschen in Schleswig-Holstein gern ersparen. Wo wir erhebliche Ausreißer nach oben haben, wie aktuell leider im Kreis Pinneberg, können wir zeitweise nachschärfen, wie es in Absprache mit dem Landrat zu Recht geschehen ist. Der Kreis Pinneberg hat nun einmal die Besonderheit, dass es der Landkreis ist, der besonders eng mit Hamburg verbunden ist. Ich muss aber dazu sagen, dass die Hamburger und der Hamburger Senat die Situation für eine Großstadt ihrer Größe wirklich gut im Griff haben. Davon profitieren wir auch in Schleswig-Holstein. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin sehr froh, dass jetzt klargestellt ist, Herr Ministerpräsident, dass Kitas und Schulen bundesweit im Winter grundsätzlich geöffnet bleiben sollen. Das ist eben auch eine Frage der Chancengerechtigkeit. Kinder, Jugendliche und ihre Eltern haben insbesondere im Frühjahr bereits die Hauptlast der Maßnahmen tragen müssen und werden auch noch lange mit den Schulden zu kämpfen haben. Die Halbierung der Klassen, die nun auch gefordert wird, klingt im ersten Moment populär. Sie würde allerdings erheblichen Unterrichtsausfall für viele Kinder bedeuten, wenn man sich das ehrlich anschaut. Das ist leider so.

Die Digitalisierung der Bildung muss natürlich dennoch mit aller Kraft vorangetrieben werden. Ich sage ganz deutlich: Ich finde auch, dass man Hybridunterricht an den Schulen bei älteren Jahrgängen - wir haben ja viele Schulen, die bei der Digitalisierung relativ weit sind - ermöglichen sollte. Frau Krämer sieht das für ihren Sohn noch nicht. Ich sage ja: Man sollte es einsetzen können. Frau Krämer, als Liberale sind wir ja für Freiheit. Insofern wäre das eine gute Möglichkeit!

(Beifall und Heiterkeit FDP und SSW)

Die Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt muss überarbeitet werden, um daraus mehr Endgeräte bezahlen zu können. Die Schulträger brauchen zum Teil auch bei den Konzepten noch mehr Unterstützung. Das Problem dieser Bund-Länder-Vereinbarung ist, dass maximal 20 % für Endgeräte ausgegeben werden dürfen. Wir haben aber schon viele Schulen in Schleswig-Holstein, die schon ein gutes WLAN oder gute Konzepte dafür haben. Die brauchen jetzt iPads - Entschuldigung, ich wollte keine Werbung machen -, die brauchen Tablets. Sie brauchen auf jeden Fall mehr Geld für Endgeräte. Das muss aus diesem Geld finanziert werden. Das Geld fließt viel zu langsam ab. Das liegt auch an den Vorgaben, die teilweise praxisfern sind. Da müssen wir nacharbeiten.

(Beifall FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auch bei der Sicherheit in den Schulen wollen wir noch mehr tun. Ich habe kürzlich eine Schule im Lauenburgischen besuchen dürfen, die nicht nur bei der Digitalisierung vorbildlich ist, sondern in fast allen Räumen fest installierte Belüftungssysteme eingebaut hat. Aus meiner Schulzeit kannte ich das, ehrlich gesagt, nicht und habe es auch sonst selten gesehen. Ich finde, das sollte künftig Standard in unseren Schulen werden.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Gute-Luft-Politik kann auch nach der Pandemie nicht schaden.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Wo es möglich ist, sollten zunächst mobile Systeme angeschafft und auch die Schülerverkehre entzerrt werden. Mir ist klar, dass dies leichter gesagt als getan ist. Am Geld scheitert es jedoch nicht, die Kreise haben das Geld. Einige Kreise tun dies auch. Es ist jedoch in der Praxis nicht so einfach, wie es manchmal im ersten Moment klingt.

Ich bin wirklich erleichtert, dass die völlig lebensfremden Vorstellungen - ich muss es leider so sagen -, jede Familie solle sich für den Winter einen festen anderen Hausstand oder jedes Kind einen festen Freund als Kontakt aussuchen, jetzt endgültig vom Tisch sind.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Ja!)

Ich weiß nicht so ganz, wie dies entstanden ist, aber das hat, ehrlich gesagt, der Akzeptanz der Maßnah-

(Christopher Vogt)

men wirklich nicht geholfen - um es freundlich auszudrücken.

Auch wir sind für eine bundesweite Abstimmung der notwendigen Coronamaßnahmen. Wenn sich aber das Infektionsgeschehen derartig unterschiedlich entwickelt, ist eben nicht jede Maßnahme auch überall angemessen. Wir sprechen hier über erhebliche Grundrechtseingriffe. Die müssen immer verhältnismäßig und zielgenau sein. Sie bedürfen einer konkreten Begründung. Der politische Wunsch nach Einheitlichkeit reicht da eben nicht aus.

(Beifall FDP)

Ich begrüße es sehr, dass sich diese Sichtweise mittlerweile nicht nur in Schleswig-Holstein durchgesetzt hat. Auch das neue Infektionsschutzgesetz gibt übrigens ganz klar vor, dass es so gehandhabt werden muss. Dieses Infektionsschutzgesetz ist ja schließlich die rechtliche Grundlage für die Maßnahmen, die die Länder ergreifen. Man kann über dieses Gesetz trefflich streiten, aber wir sehen vor allem beim Begleitthema der Krankenhausfinanzierung, dass dieses Gesetzespaket aus der letzten Woche leider mit heißer Nadel gestrickt wurde.

Herr Dr. Stegner, ich muss mich wirklich sehr wundern, wie Sie das an dieser Stelle thematisiert haben.

(Lebhafter Beifall FDP)

Man kann unser Abstimmungsverhalten kritisieren. Die Grünen haben das auch gemacht, ich habe es entsprechend beantwortet. Das ist in einer Koalition und in einer Demokratie völlig normal: Man kann das alles unterschiedlich sehen. Aber der Versuch, uns hier in eine Gesellschaft zu rücken, in die wir nicht gehören, nämlich in die Gesellschaft von Menschen, die dieses Murks-Gesetz, das es leider ist - - Es gab übrigens auch von der FDP-Bundesfraktion bessere Alternativen.

(Beifall FDP)

Es wäre staatspolitische Verantwortung gewesen, auf die konstruktive Opposition im Bundestag zuzugehen und zu versuchen, zusammenzukommen. Das wurde mehrfach angekündigt, ist aber bis zur Abstimmung im Bundestag nicht passiert. Das ist aus meiner Sicht ein Problem.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter?

Christopher Vogt [FDP]:

Nein, ich möchte noch einen Satz sagen, Herr Präsident: Uns in die Nähe von Menschen zu rücken, die dieses Gesetz mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis gleichsetzen, finde ich unanständig und daneben. Das passt nicht ins Parlament.

(Beifall FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Ich interpretiere Ihre Ausführung so, dass Sie jetzt die Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner gestatten. - Bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Vogt: Die Freie Demokratische Partei hat eine großartige Tradition und mit solchen Parteien überhaupt nichts zu tun. Deswegen habe ich vorhin in meinem Satz gesagt: Natürlich gab es im Bundestag kritische Einwendungen von den Grünen, es gab sie übrigens auch von der Linkspartei und der FDP. Dann hat man Kompromisse gemacht, über die man diskutieren kann, es gab sie aber.

Ich hätte es richtiger gefunden, dann im Bundesrat nicht parteipolitisch zu entscheiden. Das habe ich gesagt, weil man damit in unfreiwillige Nähe - ich habe ausdrücklich gesagt: unfreiwillige Nähe - von denen gerät, die dieses Infektionsschutzgesetz, das ja der Rahmen ist, mit etwas gleichsetzen, was wirklich komplett daneben und schwierig ist. Es läge mir völlig fern, sie gleichzusetzen. Die FDP hat eine ganz andere Tradition. Ich glaube trotzdem, dass es falsch war, im Bundesrat in dieser Frage parteipolitisch zu agieren. Ich hätte gedacht, dass es sinnvoller gewesen wäre, es so zu machen wie die anderen Länder, wie der Freistaat Thüringen, der von der Linkspartei geführt wird, wie die Regierungen, an denen die Grünen beteiligt sind, und im Bundesrat zu sagen: Das ist staatspolitische Verantwortung, dass wir da zustimmen.

Das war der Inhalt meiner Bemerkung, alles andere läge mir völlig fern. Sie wissen das, Herr Kollege Vogt, ich möchte es hier aber noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall SPD)

Christopher Vogt [FDP]:

Ich nehme diese Klarstellung zur Kenntnis. Ich habe Ihnen aber eben sehr genau zugehört, und Sie

(Christopher Vogt)

haben von einer Gesellschaft gesprochen und das auch bei Twitter vor ein paar Tagen gemacht. Sie haben es hier wiederholt. Herr Dr. Stegner, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie es nicht so gemeint haben. Ich sage trotzdem: Da sollten Sie in Zukunft genauer auf Ihre Wortwahl achten. Es ging über die Grenze dessen hinaus, was wir hier an Gemeinsamkeiten haben. Deswegen denke ich, dass Sie in Zukunft besser auf Ihre Wortwahl achten sollten.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Herr Dr. Stegner, es ist ja gut, dass wir nun fraktionsübergreifend fordern, das Gesetz, bei dem Sie unsere Enthaltung kritisiert haben, wenige Tage später wieder zu ändern. Es ist in Ordnung, dass wir das fraktionsübergreifend fordern. Denn auch bei einer Inzidenz von unter 70, die interessanterweise darin bei der Krankenhausfinanzierung festgeschrieben ist, haben unsere Krankenhäuser erhebliche Kosten für den Intensivbereich, die auch erstattet werden müssen. Wir haben da auch Vereinbarungen mit Hamburg getroffen, das wurde schon angesprochen, die einen höheren Inzidenzwert als wir aufweisen. Wir sind da auch solidarisch und kooperativ mit Hamburg. Unsere Krankenhäuser haben diese finanzielle Benachteiligung nicht verdient, und das müssen wir sehr deutlich machen. Wir werden so lange nerven, bis das wieder geändert wurde. Das freut mich, dass wir das gemeinsam machen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Reaktionen auf die Absprachen der Ministerpräsidentenkonferenzen und auf unsere Entscheidung, damit umzugehen, finde ich wirklich bemerkenswert. Während wir von unserer Wirtschaft, verschiedenen Medien und sogar Medizinern aus Schleswig-Holstein für unser Augenmaß gelobt werden, werden wir von außerhalb, vor allem von anderen Landesregierungen, zum Teil heftig kritisiert. Das überrascht nicht nur mit Blick auf unser Infektionsgeschehen und auf die nun wirklich sorgsam abgewogenen Entscheidungen, sondern auch mit Blick auf die bisherigen Regeln anderer Bundesländer. Kollege Koch hat es angesprochen. Ich finde kaum etwas schwieriger und unangenehmer, als in den privaten Bereich der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen.

(Beifall FDP)

Wir haben vor einiger Zeit wirklich miteinander über die Zehner-Regelung gerungen. Ich staune sehr darüber, dass mehrere Bundesländer da bisher

noch gar nichts geregelt haben. Wir werden weiterhin Kontrollen mit Augenmaß durchführen.

Ich muss sagen: Wenn ich ein Bundesland wirklich schätze, dann ist das Bayern. Dort gibt es vieles, was man nur bewundern kann, aber die Kommunikation des bayrischen Ministerpräsidenten gehört für mich, ehrlich gesagt, nicht dazu.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich finde, Herr Söder ist mit Blick auf die Coronabilanz seines Bundeslandes nun wirklich nicht in der Position, um anderen Landesregierungen permanent kluge Ratschläge zu erteilen, schon gar nicht dieser Landesregierung. Die Zeit könnte er sinnvoller nutzen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es ist erstaunlich, wenn ausgerechnet Bayern nach bundesweiter Einheitlichkeit ruft. Das ist sonst selten der Fall. Wenn Herr Söder mehr Härte fordert, hindert niemand seine Regierung daran, dies in Bayern vorzuleben. Jeder kann sich auch ganz genau vorstellen, was Herr Söder fordern würde, wenn wir die bayrischen Infektionszahlen hätten und Bayern unsere. Da kann sich doch jeder vorstellen, dass Herr Söder ganz anders kommunizieren würde. Insofern finde ich das schon schwierig.

(Beifall FDP, Werner Kalinka [CDU] und Lukas Kilian [CDU] - Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Die geografische Lage spielt eine Rolle, aber wenn jeder angemessen auf das jeweilige Infektionsgeschehen reagieren würde und reagiert hätte, hätten wir gemeinsam viel gewonnen. Den Königsweg gibt es natürlich nirgendwo.

Die Hotspot-Strategie für die besonders betroffenen Regionen war selbstverständlich überfällig. Ich hätte es aber deutlich besser gefunden, wenn man auch konkretisiert hätte, was denn eigentlich gemacht werden soll, wenn man über einer Inzidenz von 200 liegt. Das fehlt mir noch.

Aber mit Blick auf Schleswig-Holstein ist es absolut verantwortbar, wenn wir die sogenannten körpernahen Dienstleistungen - übrigens gehört Prostitution nicht dazu, da gab es teilweise Missverständnisse, die sind ausdrücklich nicht gemeint - bei uns jetzt wieder zulassen und wenn auch die Wild- und Tierparks beziehungsweise Zoos wieder öffnen dür-

(Christopher Vogt)

fen. Letztere bieten gerade für viele Familien eine risikoarme Outdoor-Aktivität. Man kann und sollte gerade mit kleinen Kindern auch jetzt nicht den ganzen Tag nur in der Wohnung sitzen.

Ich hoffe nicht nur deshalb, dass die Zahlen bei uns weiter sinken werden und wir zu Beginn des neuen Jahres auch wieder mehr Sport- und Kulturangebote zulassen können. Wir brauchen auch eine Perspektive für die Hotels und für die Gaststätten, die wir Ende Oktober nicht geschlossen hätten, wenn der Bund nicht vehement darauf gedrängt und Entschädigungszahlungen übernommen hätte.

(Beifall FDP)

Es ist wichtig, dass die Novemberhilfen auf Grundlagen der Zahlen aus dem Dezember 2019 berechnet werden: Für viele Betriebe ist der Dezember schließlich der umsatzstärkste Monat im Jahr und deshalb extrem wichtig für das Geschäftsmodell. Das Geld sollte aber auch zügig ausgezahlt werden, um Liquiditätsprobleme zu vermeiden. Was das Land bei der Abwicklung tun kann, das wird es auch tun. Darauf können sich die Unternehmen verlassen.

(Beifall FDP)

Die Überbrückungshilfe III ist grundsätzlich gut und richtig, aber ich finde, der Bund muss auch noch mehr für die Soloselbstständigen tun, die oftmals besonders stark betroffen sind.

(Beifall FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir merken erneut: Das Öffnen ist komplizierter als das Schließen. Die Bundesregierung sollte deshalb auch mit offenen Karten spielen, was sie für die Monate Januar, Februar und März - zumindest grob - plant; denn mich beunruhigen entsprechende Andeutungen von Regierungsmitgliedern kurz nach der Ministerpräsidentenkonferenz, dass man inklusive März oder gar April viele Bereiche geschlossen halten will, während aus dem Bundestag gefordert wird, dass sich die Länder zukünftig an den Entschädigungen beteiligen sollen. Ich fürchte, dass dies unsere Leistungsfähigkeit überfordern würde, und das ist auch nicht der mit dem Bund verabredete Weg. Wir sind schließlich mit mehreren Milliarden Euro bereits an unsere Leistungsgrenzen gegangen. Viele Unternehmen wie zum Beispiel auch die Kinos brauchen auch eine gewisse Vorlaufzeit, um wieder Geld verdienen zu können.

Ich bin Monika Heinold sehr dankbar, dass sie die Position des Landes sehr deutlich gemacht hat. Der Bund hat Forderungen an uns gestellt. Wir sind dem solidarisch nachgekommen, aber er hat auch Ver-

antwortung bei der Finanzierung übernommen. Dass wir nun noch einmal Milliardenpakete schnüren, sehe ich momentan nicht.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU], Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Lars Harms [SSW])

Es geht um viele wirtschaftliche Existenzen. Ich finde, wir sollten deutlicher machen, dass viele Betriebe derzeit vor allem deshalb geschlossen sind, weil man die Kontakte insgesamt herunterfahren will, und nicht etwa, weil man deren Konzepten nicht vertrauen würde. Ich werbe sehr um Verständnis dafür, dass wir bei der Verschärfung im Einzelhandel, was die Zahl der Kunden pro Fläche angeht, nicht mitgehen werden.

(Beifall FDP)

Die Ausweitung der Maskenpflicht ist als milderer Mittel auch hier sinnvoll. Da gehen wir in Schleswig-Holstein auch grundsätzlich voran. Ich halte es aber für absolut kontraproduktiv, in der Adventszeit Schlangen vor den Geschäften zu riskieren - übrigens auch vor Supermärkten, die auch von dieser Regelung betroffen sein sollen. Ich hoffe sehr, dass ich da noch eines Besseren belehrt werde, aber ich glaube, diese 20-m²-Regelung wird nur die Kunden nerven und dem Einzelhandel weiter schaden. Es ist kein Zufall, dass die Amazon-Aktie während der MPK einfach mal nach oben geschossen ist. Das ist nun einmal so in einer Marktwirtschaft.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Wir sollten - ich kenne die Bedenken - trotzdem darüber reden, ob wir nicht im nächsten Jahr ein paar mehr verkaufsoffene Sonntage ermöglichen, die besonders umsatzstark sind und die vielen Geschäften das Überleben sichern könnten.

(Beifall FDP und CDU)

Die MPK ist gut geeignet, um sich zwischen Bund und Ländern sehr kurzfristig abzustimmen, was derzeit notwendig ist. Sie ist aber kein Verfassungsorgan. Entschieden wird letztlich in den Landesregierungen oder - noch besser - in den Parlamenten. Das gilt auch in der Pandemie. Wir müssen die demokratischen Prozesse, die die Verfassung aus guten Gründen vorsieht, auch in der Krise berücksichtigen und pflegen. Ich bin froh darüber, dass das in Schleswig-Holstein gut gelingt, auch im Austausch mit Kommunen, Verbänden und Wissenschaftlern.

Transparenz ist dabei von elementarer Bedeutung. Das gemeinsame Länderpapier war ein Fortschritt, um sich auch in den Ländern besser abstimmen zu können. Was mich aber wirklich ärgert, ist die Tat-

(Christopher Vogt)

sache, dass die Ministerpräsidentenkonferenz bei der „Bild“-Zeitung immer quasi live übertragen wird. Jeder gute Politiker pflegt seine Kontakte zu den Medien, aber was da passiert, ist wirklich weit drüber.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und Beifall Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

Ich warte dann immer stundenlang geduldig auf die Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten, aber dann werden bei „Bild-Online“ SMS von vermutlich anderen Ministerpräsidenten, Herr Günther, im Livestream im Internet vorgelesen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das ist nicht Transparenz, wie ich sie mir vorstelle. Das sollte man wirklich ändern.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben noch viel zu tun: Die Impfungen müssen weiter vorbereitet werden. Dazu braucht es auch überall entsprechende Kühlgeräte. Wenn zügig viele Menschen in den sensiblen Bereichen geimpft werden können, dürfte dies eine enorme Entlastung für unser Gesundheitssystem darstellen. Die Corona-Warn-App muss dringend weiter verbessert werden, damit sie auch wirklich hilft.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Gesundheitsämter müssen endlich digitalisiert werden, um die Mitarbeiter zu entlasten. Anlass zur Hoffnung geben da auch freiwillige Apps, die die Gesundheitsämter bei der Kontaktnachverfolgung entlasten und zum Beispiel in der Gastronomie und bei bestimmten Veranstaltungsformen helfen können. Der Einsatz von Schnelltests und Schutz-ausrüstung wie FFP2-Masken muss auch weiter optimiert werden. Die Gesamtstrategie für die Wintermonate muss dringend weiterentwickelt werden, um diesen Namen auch wirklich zu verdienen. Die Ansprache der politisch Verantwortlichen an die Bürgerinnen und Bürger sollte an einigen Stellen angemessener werden.

(Beifall FDP)

Kriegs- oder Katastrophenrhetorik, also der Vergleich mit Flugzeugabstürzen oder Videos, die einen auf dem Sofa mit Hähnchenkeulen zeigen und sich an den Zweiten Weltkrieg anlehnen, oder infantile Ansprache ist nicht hilfreich.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Stattdessen braucht es noch mehr Offenheit und Raum für Diskussionen, um Verschwörungstheori-

en den Boden zu entziehen, die leider erschreckend weit bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Wir dürfen nicht vergessen: Die Demokratie, der Rechtsstaat und auch die soziale Marktwirtschaft müssen gerade in dieser Krise gestärkt werden, wenn wir unsere hohe Lebensqualität in Deutschland erhalten wollen.

(Beifall FDP)

Das neue Jahrzehnt wird mit Blick auf den demografischen Wandel, der immer stärker spürbar wird, und die internationale Lage schon herausfordernd genug werden.

Ich wünsche allen trotz der Umstände eine gute Adventszeit. Es ist in der Tat nicht die Zeit für Partys und die üblichen Aktivitäten, aber wenn alle weiterhin besonnen bleiben, können wir uns trotzdem auf Weihnachten und auf Silvester im engsten Familienkreis freuen. Man kann auch meinetwegen gern eine Rakete steigen lassen

(Stephan Holowaty [FDP]: Zwei!)

- oder auch zwei, Kollege Holowaty -, um die bösen Geister aus 2020 zu vertreiben. Ich finde, wir sollten alle mit Mut, Optimismus und Tatendrang in das neue Jahr gehen. Es kann nur besser werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich vorweg dafür bedanken, wie gut die Zusammenarbeit in diesem Parlament läuft. Es ist nicht nur so, wie die Kollegin von Kalben sagte, dass wir hier viele Anträge beschließen und damit zeigen, dass der Landtag involviert ist, sondern es gibt auch Abstimmungsgespräche, die außerhalb von Plenarsitzungen stattfinden. Die führen durchaus auch dazu, dass Vorschläge der Opposition mit aufgenommen werden können. Ich habe den Eindruck, dass wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag durchaus eine besondere Rolle spielen - im Gegensatz zu anderen Landtagen, wo man sich über solche Fragen in die Haare kriegt. Vor dem Hintergrund möchte ich mich ganz herzlich bei allen, die hier im Landtag im Rund und auch auf der Regierungsbank sitzen, dafür bedanken, dass die Zusammenarbeit so gut funktioniert.

(Lars Harms)

Das ist auch ein Grund dafür, dass es in Schleswig-Holstein so gut läuft.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, eine bundesweite Abstimmung ist sicher etwas Gutes. Es ist immer gut, wenn Leute im gesamten Land wissen, woran sie sich zu halten haben. Trotzdem muss es natürlich auch die Rücksichtnahme auf regionale Besonderheiten geben, in diesem Fall eben auf die Inzidenzzahlen. Da ist es natürlich sinnvoll, dass wir für uns, für unser Land - darauf gehe ich später noch einmal ein - besondere Regelungen in Anspruch nehmen.

Wenn wir schon so argumentieren, dass wir für uns besondere Regelungen in Anspruch nehmen wollen, müssen wir natürlich auch gucken, ob es bei den Betroffenen besondere Härten gibt, die wir berücksichtigen müssen. Das gilt insbesondere dann, wenn sie in den bundesweiten Abstimmungen noch nicht berücksichtigt worden sind. Da liegt mir eine Gruppe besonders am Herzen, die bisher immer durch das Raster gefallen ist: Das sind die Sportvereine. Wir haben am Anfang die Sporthilfen auszahlen können. Das ging bis Ende August 2020. Das hat vielen Sportvereinen geholfen. Die meisten kleinen Sportvereine sind nicht in ihrer Existenz bedroht, die bekommen das ganz gut hin.

Das Problem ist, dass wir große Sportvereine mit einem breiten Angebot haben, die teilweise auch Sparten wie Fitnessstudios haben. Dafür haben sie hohe Investitionskosten aufwenden müssen. Diese Vereine verlieren jetzt leider Gottes Mitglieder. Das ist auch nicht sehr verwunderlich in Zeiten einer Pandemie: Wenn die Leute arbeitslos werden, wenn sie in Kurzarbeit geschickt werden und wenn Kleinunternehmer, Künstler und auch andere Unternehmungen in Schwierigkeiten geraten, dann kann das eine Mitgliedschaft kosten, auch wenn wir alle dazu auffordern, dass sie Mitglied in den Vereinen bleiben. Diese großen Vereine mit diesem breiten Angebot haben jetzt das Problem, wirtschaftlich nicht überleben zu können. Im Zweifelsfall führt das dazu, dass diese Vereine irgendwann, wenn die Pandemie vorbei ist, nicht mehr das gute Angebot machen können, dass sie bisher machen konnten.

Deshalb habe ich die dringliche und herzliche Bitte, dass wir noch einmal in den nächsten ein bis zwei Wochen schauen, wie wir genau diesen großen Sportvereinen helfen können.

(Beifall SSW)

Meine Damen und Herren, ich will die Gelegenheit auch nutzen, weil das immer stark diskutiert wird, um noch einmal zu erklären, warum es wichtig ist, dass die Kitas und Schulen offen bleiben. Es gibt eine beinharte Diskussion in der Öffentlichkeit darüber. Viele fordern radikal, dass die Schulen dichtgemacht werden sollen, weil sie angeblich Infektionsherde seien. In der letzten Woche haben wir über unsere Fachleute, die wir hier angehört haben, allerdings feststellen können, dass dem nicht so ist. Ich finde, wenn sich Fachleute äußern, dann sollte man auch einmal hinhören. Allerdings glaube ich auch, dass es wichtig ist, die Schulen offen zu lassen, um die Chancengleichheit weiter zu gewährleisten.

Natürlich ist es so, dass Eltern durch die Schulen entlastet werden, vor allem dann, wenn sie arbeiten sollen. Das ist richtig. Der Präsenzunterricht hat aber vor allem aus Sicht des SSW einen Effekt, nämlich dass auch diejenigen, die aus nicht so guten Verhältnissen kommen, die in nicht so guten Verhältnissen leben müssen, die wenig Geld haben und sich nicht den neuesten Laptop besorgen können, die nicht in großen Wohnungen wohnen, aber trotzdem viele sind, wenn sie zur Schule gehen können, trotzdem noch einen vernünftigen Unterricht bekommen und damit die gleichen Bildungschancen wie diejenigen bekommen, die aus gutem Hause kommen.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor dem Hintergrund ist es wichtig, dass wir Präsenzunterricht weiter aufrechterhalten, solange es irgend geht. Das schließt nicht aus, dass man dort, wo es tolle Konzepte gibt, wo man die Infrastruktur hat, auch digitale Angebote macht. Das ist ganz klar. Uns geht es aber bei dieser Frage darum, dass die Schwächsten auch mitgedacht werden.

Das ist der Grund dafür, dass dann eine Maskenpflicht notwendig wird. Ab einer bestimmten Inzidenzzahl - bei uns 50 pro 100.000 Einwohner - gilt das auch für die Grundschule. Natürlich ist das eine Belastung. Das weiß jeder, der so eine Maske ständig tragen muss. Aber - wie gesagt - das große Ziel muss sein, dass die Menschen, die Jugendlichen, die Kinder, die gleichen Bildungschancen bekommen. Die würden sie nicht bekommen, wenn wir Leute ausschließen würden.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den Sonderregelungen, die wir hier in Schleswig-Holstein beschlossen haben. Ich glaube, man muss

(Lars Harms)

nicht näher darauf eingehen: Nagelstudios, Kosmetikstudios, Massageeinrichtungen - da gab es nie ein Problem. Wenn man sich anschaut, wie Nagelstudios arbeiten, nämlich mit Mundschutz sowohl für die Klienten als auch für denjenigen, der da tätig ist, mit einer Plexiglasscheibe dazwischen, muss man sagen: Mehr Abstand geht da eigentlich gar nicht. Vor dem Hintergrund war das eigentlich schon vorher völlig unverständlich, dass diese Einrichtungen geschlossen worden sind. Auch Zoos und Tierparks sind nun wirklich Einrichtungen, wo man Abstand halten kann. Warum sollen sie dann nicht aufmachen? Ich glaube, das ist richtig.

Die Kollegin Frau von Kalben hat das eben auch angesprochen: Diese Zehnerregelung, dass sich zehn Personen treffen können, auch das finde ich richtig. Es ist auch richtig, dass wir das durchziehen und nicht sagen, wir gehen jetzt auf fünf runter, und zu Heiligabend stocken wir das wieder auf zehn auf. Das versteht kein Mensch, das wird auch kein Mensch so ohne Weiteres befolgen können. Denn nicht jeder kann ständig jeden Tag diese Regeln nachvollziehen. Es ist richtig, dass sich zehn Personen aus zwei Haushalten in der Öffentlichkeit treffen können, dass sich aber zehn Personen aus bis maximal zehn unterschiedlichen Haushalten auf dem eigenen Grundstück, in der eigenen Wohnung, treffen können. Das ist in Ordnung. Das wird von den Leuten auch nicht ausgenutzt werden, das ist auch in der Vergangenheit nicht ausgenutzt worden. In der Weihnachtszeit ist es nun einmal so, dass sich Familien treffen, dass sie länger zusammen sind. Im Regelfall ist es so, wenn sich Großeltern mit ihren Kindern und Enkelkindern treffen, dass sie nicht nur aus zwei Haushalten, sondern meist aus mehr Haushalten kommen. Ich war ganz froh, dass meine Kinder irgendwann auch eigene Haushalte gegründet haben. Die sollen nicht bis 30 noch bei mir zu Hause sitzen. Vor dem Hintergrund macht es dann auch Sinn, dass wir diese Regeln für die privaten Treffen im eigenen Heim und Haus auch so belassen haben.

Ganz wichtig - auch das ist richtig - ist es aus meiner Sicht, den Einzelhandel nicht noch weiter zu quälen. Diese 10-m²-Regelung pro Kunde, dass wir dazu gesagt haben, wir behalten diese Regelung so und verschärfen sie nicht noch, das ist klug. Denn auch in der Vergangenheit gab es keinen Beleg dafür, dass es im Einzelhandel besonders viele Ansteckungen gegeben hätte. Vor dem Hintergrund gibt es aus wissenschaftlicher Sicht keinen Grund, hier eine Verschärfung einzuführen. Die Verschärfung - da hat der Kollege Vogt recht - führt nur dazu, dass der Onlinehandel gestärkt wird. Die Zahlen hier kei-

ne Steuern. Ich möchte lieber diejenigen unterstützen, die hier ihre Steuern entrichten, die hier weiterhin Arbeitsplätze halten. Insofern ist auch diese schleswig-holsteinische Sonderregelung genau richtig.

(Beifall SSW, FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Wir selber hätten uns gewünscht, dass die Gastronomie eine Chance bekommt, in irgendeiner Art und Weise abgestuft öffnen zu können. Wir können aber einsehen, dass man das vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Vorgehens - das ist wirklich eine große Chance - dann doch noch nicht macht. Wir können auch nachvollziehen, dass wir uns, wenn wir das einzige Land gewesen wären, die das gemacht hätten, dann möglicherweise aus Gebieten, die hohe Zahlen haben, Leute hierhergeholt hätten, die vielleicht auch unsere Werte negativ beeinflusst hätten. Das kann man alles nachvollziehen.

Allerdings war es deshalb auch notwendig, dass wir diese Unterstützungszahlungen für den Dezember auch weiterzahlen. Diese Unterstützungen werden jetzt weitergezahlt, auch auf Basis der Dezemberwerte des Vorjahres. Das ist richtig, das ist gut. Das hilft dann auch der Gastronomie.

Trotzdem - diese Ankündigung will ich nicht unterdrücken - glaube ich nicht, dass wir als Land Schleswig-Holstein das noch länger durchhalten, auch noch im Januar, Februar oder März 2021 die Gastronomie und Hotellerie dichtzuhalten. Das wird nicht gehen, das wird nicht verantwortbar sein, denn dann fallen in Zukunft wirklich Arbeitsplätze weg. Dann wird es uns wirtschaftlich schaden. Dann wird es vor allen Dingen auch Menschen und Familien wirtschaftlich schaden. Das können wir nicht verantworten. Wir müssen alles darauf ausrichten, dass wir die Gastronomie und die Hotellerie ab dem neuen Jahr wieder aufmachen können.

(Beifall SSW und FDP)

Besonders gefreut hat mich persönlich, dass wir es geschafft haben, dass auch die Schausteller in die Hilfen des Bundes aufgenommen worden sind. Dafür vielen Dank. Wir haben im Vorwege schon darüber gesprochen. Jeder hat sie im Auge gehabt. Es macht wenig Sinn, dass Schausteller Novemberhilfen bekommen, weil sie dann eigentlich noch gar nicht arbeiten, maximal eine Woche Weihnachtsmarkt haben und nicht den Mörderumsatz machen, sie aber dann für den Monat, in dem die Kohle fließt, keine Unterstützung bekommen. Insofern war das ganz, ganz wichtig. Das gibt diesen Betrieben Sicherheit. Damit schaffen sie es hoffentlich

(Lars Harms)

auch ins neue Jahr. Wie gesagt, das ist ein kleiner, aber feiner Beitrag, dass man das erweitert hat.

Trotzdem muss man sich überlegen: Was passiert eigentlich in unserem Land, wenn die Inzidenzzahlen dauerhaft weiter unter 50 liegen? - Danach - eigentlich will ich das gar nicht sagen - sieht es aus. Wir haben aber die Hoffnung, dass wir gut über das Weihnachtsfest kommen und wir das hinbekommen, wenn die Leute nicht verrücktspielen. Dann, finde ich, muss es auch spürbare Lockerungen geben. Dann müssen wir uns wirklich Gedanken machen, wie das mit Gastronomie, Hotellerie, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen ist. Das kann alles abgestuft sein. Das ist nicht die Frage. Aber die Betriebe, die Vereine und Ehrenamtler müssen wieder eine Perspektive bekommen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn es um die besonderen Verschärfungen ab einem Inzidenzwert von 200 geht - das ist wichtig -, muss es möglich sein, dies stark zu regionalisieren. Das bedeutet nicht nur, dass man das auf Kreisebene regionalisiert, sondern vielleicht sogar auf Ortsebene. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Die hohen Inzidenzwerte des Kreises Nordfriesland aus dem letzten Monat lagen nicht oben im Kreis Nordfriesland, sondern es waren einige Familienfeiern in der Stadt Husum. Die Fälle haben sich auch auf die Stadt Husum begrenzt. Dort hat man Maßnahmen gemacht, indem man die Innenstadt gesperrt hat, indem man eine Maskenpflicht in diesem Bereich eingeführt hat. Das ist auch okay so. So sollte man sich eigentlich auch verhalten, wenn irgendwann einmal solche Werte auf Kreisebene oder in einer kreisfreien Stadt erhöht sind. Man sollte nicht auf Sylt Beschränkungen vornehmen, nur weil die in Husum verrücktgespielt haben. Wir müssen darauf achten, dass das vernünftig gemacht wird.

(Beifall SSW und FDP)

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung haben wir zwei Ziele. Eines habe ich schon genannt, das ist - wenn man so will - die Wiedereröffnung des Landes ab 2021, schrittweise, vorsichtig, immer daran denkend, dass man den Leuten nicht schaden will. Wir haben hier auch eine Verantwortung für die Gesundheit der Menschen.

Das leitet mich über zum zweiten Ziel. Wir müssen die Menschen schützen. Das ist immer noch die Hauptaufgabe. Das ist wichtiger als Kultur. Das ist wichtiger als Wirtschaft. Das ist wichtiger als Sport. Das ist wichtiger als alles andere. Möglichst

niemand soll durch diese Pandemie zu Schaden kommen.

(Beifall SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Sehen wir uns die Zahlen an, hat der Kollege recht: Die Zahlen der Intensivbehandlung sind massiv gestiegen. 3.800 Intensivbetten sind jetzt belegt. Wir wissen nicht, wie hoch diese Zahl noch steigen wird. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir mit Augenmaß vorgehen.

Vor diesem Hintergrund - das muss ich ehrlich sagen - habe ich jetzt endgültig kein Verständnis mehr für die Anti-Corona-Demonstrationen. Mir gehen die Leute wirklich auf den Zeiger. Ich habe nichts dagegen, dass Leute debattieren, diskutieren und auch demonstrieren. Aber wenn ich höre, dass in Hildburghausen der Inzidenzwert bei über 600 liegt und die gestern Abend singend und brüllend durch die Stadt gelaufen sind, finde ich: Der Rechtsstaat muss durchgreifen. Dann muss man diese Demonstration entweder verbieten oder sie, wenn man sich nicht an Auflagen hält, umgehend auflösen. Das kann nicht anders sein. Das muss man den Leuten auch klarmachen.

Gleiches gilt im Übrigen, wenn es um das Silvesterfeuerwerk um 24 Uhr vor dem Brandenburger Tor geht. Das ist der Effekt dieser Demo, die dort stattfinden soll. Dann kann man auch zur Auflage machen, dass sie sich schon um 12 Uhr mittags treffen. Dann wird das nicht ganz so doll sein. Das schränkt das Demonstrationsrecht in keiner Weise ein. Dann sollen sie dort langlaufen, und wenn der erste Knaller gezündet ist, wird der Laden aufgelöst - fertig, aus die Maus.

Wenn es in anderen Zusammenhängen beispielsweise darum geht, Forste zu räumen, gehen wir wesentlich härter damit um. Hier geht es um Folgendes: Diese Leute rennen da rum, stecken sich gegenseitig an, stecken andere an. Wir haben eine Verantwortung, dass diese Leute diesen Quatsch nicht weitermachen können.

Wir leben zum Glück im Land der Glückseligen. Bei uns herrscht Disziplin, Ruhe und Besonnenheit - richtig typisch norddeutsch. Das ist auch gut so.

Der Ministerpräsident hat natürlich recht: Am Ende sind wir alle diejenigen, die den Schlüssel in der Hand halten, nicht nur wir hier im Landtag, sondern alle Bürgerinnen und Bürger draußen. Wenn wir aufpassen, wenn wir vorsichtig sind, wenn wir die Abstandsregeln einhalten, wenn wir uns in dem Feiwunsch oder dem Wunsch zusammenzukommen, ein klein wenig zurückhalten, wenn wir nicht alles

(Lars Harms)

das machen, was wir vielleicht gern tun würden, wenn wir uns einmal damit zufriedengeben, eine Pizza zu bestellen, anstatt sie im Restaurant zu essen - -

(Zuruf: Man kann sie auch selbst backen!)

- Man kann sie auch selbst backen, aber ich möchte lieber die Leute unterstützen, die derzeit keine Arbeit haben. Deshalb ist es für mich ganz wichtig, die Restaurants zu unterstützen. Ich bestelle dort regelmäßig. Das kann man mir auch ansehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Du kannst auch einen Salat bestellen!)

- Salat ist nicht meine Welt.

Allen Ernstes: Wir müssen die kleinen Betriebe unterstützen. Die kämpfen um ihr Überleben. Das ist unser Job. Wir müssen uns selbst zurücknehmen, damit wir Menschen, die gefährdet sind, schützen können. Deswegen haben wir in der Tat den Schlüssel in der Hand. Wir werden irgendwann im neuen Jahr die Tür für ein normales Leben wieder aufstoßen. Das ist richtig so. Jetzt geht es erst einmal darum - das tragen wir solidarisch mit -, dass wir uns zurückhalten, dass wir versuchen, die große Welle zu vermeiden, um dann ab 2021 wieder umso besser leben zu können.

In dem Sinne wünschen wir uns alle einen schönen Advent. Schöne Weihnachten will ich noch nicht wünschen, denn wir haben noch eine Plenartagung vor uns. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute vor genau fünf Tagen forderten Sie, Herr Günther, Coronamaßnahmen in Abhängigkeit von den Infektionszahlen. Es brauche bundeseinheitliche Regeln, aber Unterschiede je nach Infektionsgeschehen. Sie betonten, Schleswig-Holstein bewege sich bei den Infektionszahlen auf einem deutlich niedrigeren Niveau als Deutschland insgesamt und sagten - ich zitiere -:

„Da wollen wir schon in unserem Land Möglichkeiten haben, angemessen und sachgerecht darauf zu reagieren.“

Außerdem sagten Sie, dass Sie es auch nicht ausschließen, innerhalb des Landes zu differenzieren. Das ist genau das, was wir als AfD in unserer Exit-Strategie schon seit April fordern, nämlich eine regionale und lokale Differenzierung je nach Infektionsgeschehen. Aber ganze zwei Tage später sagten Sie dann: Es ist nicht Zeit für große Lockerungsschritte.

Kurz gesagt, Herr Günther: Sie eiern herum und machen am Ende doch alles, was Frau Merkel im fernen Berlin fordert.

Jetzt tragen Sie die Verlängerung des Lockdowns bis zum 20. Dezember 2020, vermutlich weiter darüber hinaus, mit, sind also wieder einmal eingeknickt. In weiten Teilen des Landes haben wir aber kein signifikantes Infektionsgeschehen. Im Kreis Schleswig-Flensburg haben wir momentan eine Sieben-Tage-Inzidenz von 10,9 - Stand heute Morgen. Da ist die Coronaampel im absolut dunkelgrünen Bereich. Ähnlich sieht es in Nordfriesland, in Rendsburg-Eckernförde und in Plön aus. Betrachtet man Schleswig-Holstein in Gänze, so liegt die Inzidenz bei 47,6. Das bedeutet, eine Verlängerung des Lockdown bis zum 20. Dezember 2020 ist für Schleswig-Holstein als Ganzes nicht angemessen.

Ihre Maßnahmen sind nicht im ganzen Land verhältnismäßig, Herr Günther.

Regional gibt es allerdings tatsächlich erste Differenzierungen. Der Kreis Pinneberg mit einem momentanen Inzidenzwert von über 100 lässt ab der kommenden Woche nur noch Zusammenkünfte von fünf anstatt von zehn Personen zu. Lassen wir einmal kurz beiseite, ob diese Maßnahme wirklich geeignet ist, um das Infektionsgeschehen in Pinneberg zu senken. Grundsätzlich wird hier die Entscheidung aber auf der Ebene getroffen, auf die sie auch hingehört, nämlich vor Ort, auf der Kreisebene. Härtere Maßnahmen sind also möglich. Entscheidend ist nun aber, dass Sie den Kreisen diese Möglichkeiten nicht nur geben, wenn es um Verschärfungen geht, sondern auch dann, wenn es um Lockerungen geht. Und das verhindert derzeit Ihre Landesverordnung.

Ich fordere Sie daher auf: Nehmen Sie nicht länger das ganze Land in Mithaftung, lassen Sie sich nicht länger von Ihren Kollegen Ministerpräsidenten und Ihrer Kanzlerin treiben, lassen Sie Subsidiarität zu, bekämpfen Sie das Virus vor Ort und vor allem mit Augenmaß. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der November-Teil-Lockdown hat sein Ziel verfehlt. Dennoch wird er verlängert und in großen Teilen sogar noch verschärft. Dabei ist schon das Wort Teil-Lockdown ein reiner Euphemismus, ein Euphemismus dafür, dass Tausende von Menschen um ihre Existenzgrundlage gebracht werden, dafür, dass unsere Kinder mit enormen Schulden belastet werden, und auch dafür, dass uns weiterhin gravierende Grundrechtseingriffe zugemutet werden.

Durchsetzbar ist all das nur, weil in der Tat ein Großteil der Bevölkerung in einem andauernden Angstmodus lebt und sich viele Politiker geradezu darin gefallen, den strengen, aber weisen und gütigen Volkserzieher zu spielen: Wenn ihr euch an die Regeln haltet, dann gibt es auch Weihnachten. Und sogar über das Silvester-Feuerwerk reden wir dann einmal.

Diese Vorgehensweise, die Angst der Leute auszunutzen und die Menschen zum Teil wie kleine Kinder zu behandeln, ist vollkommen unangebracht; denn Covid-19 - das habe ich in dieser Runde schon oft gesagt - ist kein Killervirus. Es ist wissenschaftlich betrachtet vollkommener Unsinn, davon zu reden, dass Corona ausgerottet oder besiegt werden kann. Wir werden mit Corona leben müssen wie mit vielen anderen Infektionskrankheiten auch, die zum Teil aber eine hundertmal so hohe Sterblichkeitsrate haben wie Corona.

Meine Damen und Herren, mit der Überschrift „Wir sind der Schlüssel“ versuchen Sie heute den Eindruck zu erwecken, es gehe Ihnen darum, die Bürger nun stärker als bislang einzubeziehen. Meinten Sie es damit aber ernst, dann wäre ein allererster, unbedingt notwendiger Schritt die Erstellung und die Kommunikation verlässlicher Zahlen und Informationen, etwa darüber, dass der PCR-Test für sich allein genommen keine Aussagekraft hat, dass Ansteckungen nicht gleich krank bedeutet, dass die Zahlen des RKI über Neuinfizierte eine nur sehr beschränkte Aussagekraft haben, weil schlicht der Vergleichswert fehlt, wie viele Personen denn getestet worden sind, dass die Infektionen im Frühjahr in Europa bereits vor den europaweiten Lockdown-Maßnahmen zurückgegangen waren, ganz gleich, ob die Maßnahmen milde oder streng waren, dass

die Belegung der vorhandenen Intensivbetten mit Covid-19-Patienten Gott sei Dank noch sehr gering ist. In Schleswig-Holstein, Stand heute, waren von 852 Betten lediglich 22 mit Covid-19-Patienten belegt. Richtig ist auch, dass es keine Übersterblichkeit gibt - zumindest in der sogenannten zweiten Welle. Im Frühling sah das in der Tat noch etwas anders aus.

An diesen Fakten führt nun einmal kein Weg vorbei. Und das muss bedeuten: Für Corona sollte das gleiche gelten wie für andere Infektionskrankheiten auch. Entscheidend ist die Stärkung der Eigenverantwortung der Menschen und nicht deren Bevormundung.

Die Frage, wie wir insbesondere Risikopatienten, vor allen Dingen in Pflegeheimen und Intensivabteilungen, schützen können, entscheidet sich dort vor Ort. Dort gab es bekanntlich die mit Abstand höchsten Opferzahlen, und dort gab es auch - das ist bei Frau von Kalben angeklungen - eine zumindest punktuell starke Überforderung von Pflegern und Ärzten. Deswegen muss die Energie für eine Coronastrategie genau dorthin fokussiert werden. Statt also von einem Teil-Lockdown zum nächsten zu stolpern, muss endlich umgedacht werden. Das wäre die beste Medizin. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort im Rahmen der Restredezeit für den Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Schleswig-Holstein geht einen Sonderweg“ - So lautete eine der Schlagzeilen von gestern. So erfreulich es ist, dass Nagel- und Kosmetikstudios ab Montag öffnen dürfen, so inkonsequent ist das übrige Handeln oder besser Nichthandeln der Landesregierung. Denn es sind nicht Nagel- und Kosmetikstudios, die unsere Wirtschaft hier im Land stützen, sondern es sind die Hotellerie und die Gastronomie, denen langsam, aber sicher die Luft zum Atmen abgedrückt wird.

Zu Recht haben Vertreter dieser Branchen bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss darauf hingewiesen, dass von Restaurants oder Bäckereicafés keine erhöhte Infektionsgefahr ausgeht. Warum sie jetzt genauso streng bestraft werden wie Bars oder Diskotheken, ist nicht nachvollziehbar.

In einem gemeinsamen Schreiben haben Tourismusverband, IHK und DEHOGA konkrete und

(Volker Schnurrbusch)

konstruktive Vorschläge zur sicheren Öffnung touristischer Angebote gemacht. Leider ohne Erfolg. Das ist ein schwerer Rückschlag für unsere Wirtschaft und ein gravierender Eingriff in die Berufsfreiheit.

Selbst die ansonsten sehr regierungsfreundliche „Süddeutsche Zeitung“ warnt - ich zitiere mit Erlaubnis -:

„Wenn wirklich jedes Restaurant und jedes Café schließen muss, unabhängig vom Hygienekonzept, so wirkt dies zerstörerisch. ... So zerstört man Motivation, Existenzen und Innenstädte.“

Das gilt eben nicht nur für den Hotel- und Gastronomiebereich, sondern zum Beispiel auch für die Reisebusunternehmen.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist nicht durch Bürger gefährdet, die sich gegen die Einschränkung unserer Grundrechte wehren, sondern durch überzogene Maßnahmen, die kaum noch jemand nachvollziehen kann. Die bisherigen Maßnahmen haben nicht die versprochene Wirkung erzielt.

Von daher plädieren wir heute erneut und nachdrücklich für eine Politik mit Augenmaß. Es kann nicht sein, dass in Ostholstein dieselben Maßnahmen angewendet werden sollen wie im Ostallgäu.

Die Aufgabe der Landesregierung ist es, Politik für unser Land zu machen und nicht alles mitzutragen, was in Berlin an Verschärfungen ausgeheckt wird. Unsere Selbstständigen, unsere mittelständischen Unternehmer, unsere Arbeitnehmer und unsere kulturinteressierten Bürger dürfen nicht weiter unter den ungeeigneten Einschränkungen leiden.

Lassen Sie uns gemeinsam zu einer Politik mit Augenmaß zurückkehren, lassen Sie uns unsere Landgasthöfe wieder öffnen, sodass unsere Bürger dort verantwortungsvoll wieder einkehren und so dieser Branche bei ihrem Existenzkampf unter die Arme greifen können. Denn schon jetzt verlautet aus Berlin, dass die Bundeshilfen nicht ewig verlängert werden können. Daher ist es besser, wenn die Hotels und Gaststätten, die Cafés und die Theater wieder eigene Einnahmen erwirtschaften können, statt auf immer neue Hilfen angewiesen zu sein, die dann noch nicht einmal unbürokratisch und schnell bereitstehen.

Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Da Tierparks, Zoos und Wildgehege ab Montag wieder öffnen dürfen, können wir diese Bereiche herausnehmen. Ansonsten: Stimmen Sie bitte zu, damit es für die Leute in Schleswig-Holstein

keinen so düsteren Winter gibt, wie ihn die Bundeskanzlerin angekündigt hat. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der AfD-Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir hörten heute schon einiges zum Thema parlamentarische Beteiligung.

(Zuruf: Aber noch nicht von allen!)

Offenbar müssen Ihnen am 18. November 2020 ganz schön die Ohren geklungen haben, als namhafte Verfassungsrechtler hier in der Expertenanhörung unmissverständlich und deutlich erklärten, dass die Zeiten vorbei sein müssen, in denen 16 Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin weitreichende Grundrechtseingriffe beschließen, vorbei an Parlamenten, vorbei an gewählten Parlamentariern, vorbei an den Menschen und damit vorbei am Souverän.

(Zurufe)

Was in einer ersten Pandemiephase nachvollziehbar war, einer unübersichtlichen Lage geschuldet war und in Eile folgte, gilt in einer zweiten Phase bei Weitem nicht mehr. Zu diesem Schluss kommen Wissenschaftliche Dienste in Parlamenten, Richter oder auch die Experten für Staats- und Verfassungsrecht. Es war längst Zeit genug, das Infektionsschutzgesetz zweimal zu novellieren. Da war wohl auch Zeit genug - das haben die drei Experten hier gesagt -, Maßnahmen auf Landesebene in einer Form zu regeln, die der legislativen Idee, den Mindestansprüchen genügt. Damit ist parlamentarische Beteiligung gemeint.

In Schleswig-Holstein hat Jamaika das nicht so gesehen. Da wurde eine Allgemeinverfügung nach der anderen beschlossen, wann immer in Berlin dazu eine Beschlusslage und die Order nach Schleswig-Holstein erfolgte. Parlamentarische Beteiligung ist das nicht.

Das wäre es, wenn wir uns an dieser Stelle vorher mit den Beschlüssen und Ergebnissen einer Allgemeinverfügung auseinandersetzen, sie debattierten und die Grundrechtseinschränkungen für die Menschen gemeinsam berieten und beschlössen. Das würde für Akzeptanz und die notwendige Transparenz sorgen. Das ist genau das, was auch wir wol-

(Claus Schaffer)

len. Dann können wir hier gemeinsam klären, was 3 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein künftig zu tun oder zu lassen haben. Wir wollen, dass vorher darüber geredet wird, bevor das beschlossen wird.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch extra gemacht!)

- Frau von Kalben, Sie haben die Coronabeschlüsse vorhin angesprochen. Fast alle Beschlüsse befassen sich mit den Folgen der Allgemeinverfügung, der Landesverordnung und nicht mit den Inhalten der Allgemeinverfügung selbst.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir möchten uns hier die Zeit dafür nehmen, und wir haben diese Zeit offensichtlich auch, denn wir haben es geschafft, innerhalb einer Woche eine Sondersitzung anzusetzen.

Wenn Sie aber das Plenum auch heute wieder nur dazu nutzen, um die Allgemeinverfügung, die neuen Beschlüsse vorzustellen und sich dafür zu feiern, dass es Ihnen gelungen ist, einen Sonderweg zu gehen, sind wir hier nur Staffage, dann sind wir hier nur die Bühne für Regierungshandeln. Wir möchten aber das Regierungshandeln im Landtag von uns allen legitimieren lassen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir doch! Das machen wir doch heute! - Weitere Zurufe)

- Über die Mehrheitsverhältnisse bin ich mir absolut im Klaren. - Der Antrag liegt ja erst seit gestern vor. Wir sind heute überhaupt das erste Mal dabei. In unserem Antrag fordern wir klipp und klar, dass wir vorher darüber in Kenntnis gesetzt werden möchten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Donnerstag!)

Wir haben die klare Erwartung, dass Sie das für die Zukunft regeln. Baden-Württemberg hat das geschafft. In Baden-Württemberg gibt es ein formalisiertes Vorgehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Claus Schaffer [AfD]:

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. - Das wäre das Wesen der Demokratie.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

(Zurufe)

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Wesen der Demokratie gehört, zuzuhören, zu antworten und richtigzustellen, und das muss nach den letzten Beiträgen von der Resttruppe der AfD gemacht werden. Ich versuche, das ein bisschen zusammenzufassen.

Zum Thema Hotels und Gaststätten. Ja, das sind nicht die Spreader in diesem Land. Darum geht es gar nicht. Es geht um Kontaktbeschränkungen, die wir durchsetzen wollen. Damit geht einher, dass wir die Möglichkeiten herunterfahren, Kontakt zu anderen Menschen zu haben; Hotels und Gaststätten gehören leider dazu.

Mit dem 75-prozentigen Ausgleich des Umsatzes sind wir deutlich weiter als Anfang des Jahres, was den finanziellen Ausgleich angeht. Die Hotels und Gaststätten sind mit dieser Regelung überwiegend zufrieden, weil momentan nicht so viele Kunden in Hotels und Gaststätten gehen würden, weil sie die Sorge haben, sich zu infizieren. Insofern haben wir für die Hotels und Gaststätten in Schleswig-Holstein eine gute Regelung gefunden, zumindest bis zum Jahreswechsel.

Alle vier, die Sie hier eben gesprochen haben, bitte ich: Streuen Sie den Menschen keinen Sand in die Augen, und verharmlosen Sie nicht die Gefährlichkeit des Virus, wenn er in Altenheimen grassiert! Herr Brodehl, ich finde es beschämend, was Sie gerade gesagt haben, auch im Lichte der körperlichen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Alten- und Krankenpflege, die die Coronapandemie erfahren haben. - Herr Brodehl ist gar nicht mehr hier. - Dass Sie die Belastungen, die sowohl die Bewohner als auch die Mitarbeiter in der Pflege erfahren haben, so lapidar dargestellt haben, finde ich absolut beschämend, das kann so nicht stehen bleiben.

Sie verstehen den Unterschied zwischen Maßstab und Maßnahmen nicht. Es soll bundeseinheitliche Maßstäbe geben. Das bedeutet nicht, dass es bundeseinheitliche Maßnahmen gibt. Sie haben von Ostallgäu und Ostholstein gesprochen. Es macht Sinn, auch für die Akzeptanz in der Bevölkerung, dass wir bundesweit einen Maßstab dafür haben, was bei welchem Infektionsgrad oder bei der Über-

(Dennys Bornhöft)

forderung des öffentlichen Gesundheitsdienstes gilt. Wenn wir in Bayern 200 Infizierte haben, bedeutet das nicht, dass in Schleswig-Holstein bei 40 Infizierten das Gleiche gemacht werden muss. Das hat niemand gesagt. Hören Sie einfach zu, was wir gesagt haben!

Herr Schaffer, die Coronaverordnung des Landes wird am kommenden Sonntag erlassen. Welcher Tag ist heute? - Freitag, also vor Sonntag. Deswegen ist die Sitzung heute so wichtig, weil hier noch Aspekte eingebracht werden sollen. Es gibt eine Drucksache, mit der wir der Landesregierung Maßnahmen mitgeben. Insofern führen wir hier gerade die parlamentarische Beteiligung durch.

(Zuruf Claus Schaffer [AfD])

Es ist schade, dass das bei Ihnen nicht angekommen ist.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Kollege Dr. Brodehl nicht da - ich traue ihm zu, intellektuell zu wissen, dass er vorhin Blödsinn erzählt hat. Also bleibt nur politischer Opportunismus als Erklärung übrig.

Die Kritik an den PCR-Tests hat einen langen Bart. PCR-Tests sind schon sehr lange eingeführt. Wenn Ihr Kind eine Hirnhautentzündung hat, werden Sie auch nicht sagen: Der PCR-Test hat mich nicht überzeugt, jetzt holen wir es mal von der Intensivstation herunter. - Das machen Sie garantiert nicht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dass man Bruchstücke von etwas nachweist - okay, nicht jeder von Ihnen hat eine Ausbildung in analytischer Chemie -, ist normal. Ein Schwangerschaftstest zum Beispiel weist das Bruchstück eines Hormons nach, nicht das Baby direkt.

(Heiterkeit und Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nach Meinung von Herrn Dr. Brodehl könnte die hoffentlich glücklich werdende Mutter sagen: Na ja, das Baby ist nicht direkt nachgewiesen, hoch die

Tassen, ich gehe noch einmal ordentlich feiern, mit Alkohol. - Nein, das tut man natürlich nicht.

Es ist auch gar nicht notwendig, dass ein PCR-Test oder ein anderer Test eine schwer verlaufende Infektion 100 % exakt vorhersagt. Das dient vielmehr als Warnung, worauf wir uns einzustellen haben.

In jedem Land korreliert die Todesfallkurve mit der Ergebniskurve der PCR-Tests. Das reicht mir als Warnung völlig aus. Wir haben jetzt eine hohe Todesfallquote, weil wir vor drei Wochen den Höhepunkt an Neuinfektionen erreicht haben, und diese Zahl wird eventuell sogar noch ein bisschen steigen.

Es geht darum, Menschen zu schützen. Es geht nicht darum, dass jeder, der das Virus hat, eine schwerwiegende Infektion bekommt. Das ist ein Pappkamerad, der von der rechten Seite immer aufgebaut wird. Es geht darum, dass es genügend schwere Fälle gibt, dass es sich um eine ernst zu nehmende Infektionskrankheit handelt.

Wir haben sogar noch Glück, dass die Todesrate nur zwischen 0,5 % und 1 % liegt. Ich möchte die Kameraden von rechts nicht erleben, wenn wir eine Infektionskrankheit mit einer Todesrate von 5 % oder 6 % haben. Mal sehen, was Ihnen dann dazu einfallen würde.

Zum Thema „sich sicher fühlen“: Hildburghausen ist ein schönes Beispiel. Mitte Oktober gab es dort ein bis zwei Infektionen pro Tag. Anfang November gab es dort ungefähr so viele Infektionen wie im gerade hochgelobten Kreis Rendsburg-Eckernförde. Jetzt liegt der Inzidenz-Wert bei 600. So schnell kann das gehen, wenn man die Geduld verliert oder die Dinge nicht ernst nimmt.

Abschließend: Natürlich hat der Lockdown light gewirkt, das ist überhaupt keine Frage. Wir waren im Frühjahr bei einem Zuwachs der Neuinfektionen von 30 % am Tag. Nichts anderes bedeutet ja ein R-Wert von 2,3 ungebremst. Jetzt sind wir bei einem Wert von -1 % bis +1 % pro Tag. Jetzt kann man ungeduldigerweise sagen: Die Maßnahmen haben nicht gewirkt. Natürlich haben sie gewirkt, aber die Wirkung war noch nicht ausreichend.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Deshalb ist doch nicht die Lösung, die Behandlung abubrechen, sondern wir müssen die Behandlung intensivieren. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der AfD-Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, denn ich wollte auf das eingehen, was Sie gesagt haben, Herr Harms. Ich glaube, Sie haben gesagt: Warum auf Sylt alles dichtmachen, wenn die Leute in Husum verrücktspielen? Dabei liegt zwischen Husum und Sylt noch nicht einmal die große Distanz. Aber warum in Flensburg die Gastronomie dichtmachen, wenn die Infektionszahlen in Pinneberg so hochgehen?

Ich wäre durchaus bei Ihnen, zu sagen: Bei einer Inzidenz von 100 schließen wir in Pinneberg vielleicht die Gastronomie. Aber wie kann ich das den Menschen in den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und Plön verkaufen, wo die Inzidenz niedrig ist und wo die Coronaampel, die irgendwann eingeführt wurde und die sich Politiker als politische Entscheidung damals irgendwann ausgedacht haben, mit dem Wert 50 auf Tiefgrün steht? Gezählt wird, dass die Ampel auf Rot steht. Die Inzidenzzahlen lagen den ganzen Sommer über bei einem niedrigen Wert, nämlich im einstelligen oder niedrigen zweistelligen Bereich.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Den ganzen Sommer über haben wir de facto ein normales Leben gehabt. Die Gastronomie war offen, die Hotels waren offen, die Strände waren überfüllt. Wir hatten sogar eine Strandampel und was weiß ich nicht noch alles. Zigtausende Touristen aus Nordrhein-Westfalen - aus dem ganzen Bundesgebiet - kamen zu uns nach Schleswig-Holstein.

Wie soll man es den Menschen erklären, dass wir jetzt bei ähnlich niedrigen Inzidenzen, gestern lag der Wert bei 7, heute liegt er bei 10 in Schleswig-Flensburg, alles dicht haben?

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, die Coronaampel steht absolut auf Grün.

Für die Kreise Pinneberg, Segeberg und Stormarn sehe ich ja ein, dass wir andere Maßnahmen ergreifen müssen, aber für die anderen Landesteile nicht. Das ist genau das, was wir fordern, nämlich dort Maßnahmen zu treffen, wo wir einen Hotspot haben, dort gegen das Virus anzugehen. Das ist doch vernünftig, meine Damen und Herren. Nichts anderes wollte ich Ihnen gesagt haben. - Danke.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe darüber nachgedacht, eine Zwischenfrage zu stellen, aber das hätte die Redezeit des Kollegen Nobis verlängert. Das wollte ich Ihnen nicht zumuten, deshalb habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kollege Nobis, wenn Sie dem Kollegen Dolgner zugehört hätten,

(Zuruf: Hat er nicht!)

dann hätten Sie eigentlich sagen müssen: Liebes Präsidium, ich möchte nicht mehr dazu reden, denn Sie haben die Antwort bekommen, auch mit einem Beispiel aus Hildburghausen. Das Beispiel zeigt, wie niedrig die Werte waren und wie schnell sie in die Höhe gehen können. Das kann bei mir in Nordfriesland genauso passieren. Deshalb ist völlig klar: Wenn wir die Welle flach halten wollen, dann müssen wir das gemeinsam tun, dann können das nicht nur einzelne Regionen tragen. Wir müssen gemeinsam die Kontaktmöglichkeiten einschränken.

Es bringt nichts, zu sagen: Ich mache irgendwo bei mir in Nordfriesland, im Kreis Schleswig-Flensburg oder in der Stadt Flensburg die Hotels und die Gastronomie wieder auf, und die Pinneberger kommen uns alle besuchen. Das macht wenig Sinn.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Deshalb ist es klug, das ganze Land runterzufahren, bis die Welle abgeebbt ist, und es erst dann langsam wieder Stück für Stück hochzufahren. Mein Beispiel mit Sylt und Husum war gewählt, als es um

(Lars Harms)

die Inzidenz von über 200 ging. Dass man dann schärfere Maßnahmen ergreifen muss, darin sind wir uns - bis auf Ihre Truppe - alle einig. Ich habe gesagt: Wenn es erklärbar ist, dass es nur in einer kleinen Region eines Kreises einen Anlass dafür gibt, verschärfte Maßnahmen zu ergreifen, wobei ich das Beispiel Husum genannt habe, dann sollte man diese nach Möglichkeit auch nur dort ansetzen. Dann wird die Innenstadt bei mir in Husum eben entweder abgesperrt, es wird eine Maskenpflicht eingeführt oder Geschäfte werden dichtgemacht, vielleicht wird auch die Gastronomie geschlossen, aber eben nicht auf Sylt und in Niebüll. Das ist der Hintergrund, der hier eine Rolle spielt.

Aber grundsätzlich muss es doch jetzt darum gehen, die Menschen zu schützen. Das ist eigentlich auch Ihre Aufgabe, nämlich die Menschen zu schützen, alle Leute, die draußen herumlaufen und davon bedroht sind, durch Corona schwer zu erkranken. Dass Sie sich hier hinstellen und genau das Gegenläufige verkünden, zeigt immer wieder, dass Sie eben doch irgendwie eine menschenfeindliche Ader in sich haben.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag, Drucksache 19/2583, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Die im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Fraktionen und die Abgeordneten des SSW haben zu Drucksache 19/2583 einen Entschließungsantrag, Drucksache 19/2625, Coronamaßnahmen fortsetzen und inzidenzabhängig ausgestellten, vorgelegt, über den wir jetzt in der Sache abstimmen werden. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die restlichen Abgeordneten. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 19/2595. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das ist der Rest des Hauses. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/2596.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Kulturfestival SH und coronabedingte Kulturhilfen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2553

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist. Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die notwendigen Coronabeschränkungen treffen Kulturschaffende, Kultureinrichtungen, aber auch die Veranstaltungsbranche mit aller Härte. Bund und Länder sind sich dessen bewusst. Der aktuelle Beschluss der MPK und der Bundeskanzlerin widmet sich ausdrücklich der Kultur und eröffnet - wenn auch erst mittelfristig - Perspektiven. Darüber bin ich sehr froh.

Momentan sind die Infektionszahlen auch bei uns im Land noch zu hoch, um für die Kultur weitergehende Lockerungen zuzulassen. Aber Schleswig-Holstein steht im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ gut da. Wenn wir es durch unsere gemeinsamen solidarischen Anstrengungen im ganzen Land in den nächsten Wochen schaffen, die Anzahl der Neuinfektionen konstant unter 50 zu halten, können wir die Kultur in unserem Land schrittweise wieder öffnen.

Die Kunst- und Kulturbranche kann - und das hat sie in den letzten Monaten bewiesen - hochprofessionelle Hygienekonzepte erarbeiten. Sie kann kompetent und schnell auf Veränderungen reagieren. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass Planungssicherheit und ein gewisser zeitlicher Vorlauf unbedingt erforderlich sind. Die Kultur ist eben keine Wohnzimmerlampe, die wir beliebig an- und

(Ministerin Karin Prien)

ausknipsen können. Diese Planungssicherheit wollen wir gewährleisten.

Wir lassen die Kultur in dieser Situation auch finanziell nicht allein. Land, Bund und Kommunen haben diverse Hilfen im Bereich Kultur auf den Weg gebracht. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich die Stiftungen in unserem Land nennen, die dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Özlem Ünsal [SPD])

Allein als Land stellen wir 25 Millionen € Soforthilfen zur Verfügung. Damit haben wir die kulturelle Infrastruktur, die Kulturschaffenden, die Bildungseinrichtungen und die Minderheiteneinrichtungen in der Krise unterstützt. 25 Millionen € sind, gemessen an anderen, finanzstärkeren Ländern, eine bedeutsame Summe. Von den Museen, Theatern, Volkshochschulen und Musikschulen, Musikfestivals, Bildungsstätten sowie solosebstständigen Künstlerinnen und Künstlern in Schleswig-Holstein wird das auch so gesehen und uns zurückgemeldet.

Die Pandemie ist aber eben nicht vorüber. Deshalb können seit Oktober weitere Anträge für das Programm Soforthilfe Kultur II gestellt werden. Darüber hinaus sind 3 Millionen € für Schaustellerbetriebe vorgesehen, 5 Millionen € für Digitalisierungsangebote in Kultur- und Bildungseinrichtungen - voraussichtlich kommen weitere 5 Millionen € dazu - sowie 3 Millionen € an den Landeskulturverband für die Direktförderung von Künstlerinnen und Künstlern.

Meine Damen und Herren, das zeigt: Wir lassen unsere Kulturschaffenden nicht im Stich. Kultur ist eben kein Luxus. Sie ist nicht Ornament, sondern Fundament unserer freien und demokratischen Gesellschaft. Sie hält uns gerade in schwierigen Zeiten zusammen.

Kulturelle Angebote sind wichtige Partner in der kulturellen Bildung, sie fördern Diskurse, vermitteln unterschiedliche Ansichten und sind gerade jetzt konstitutiv für das so wichtige gesellschaftliche Miteinander.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir brauchen eine vielfältige Kulturszene mit einer belastbaren Infrastruktur. Deshalb sind diese Hilfen jetzt unbedingt notwendig. Trotzdem ist uns klar, dass wir mit diesen millionenschweren Hilfsprogrammen nur einen Teil der ökonomischen Verluste im Kunst- und Kulturbereich kompensieren. Um das auch in den nächsten Monaten abzumildern,

verhandeln wir mit der Bundesregierung über weitere Hilfen, die ausdrücklich auch Künstlerinnen und Künstlern helfen. Die Überbrückungshilfe III des Bundes soll voraussichtlich ab Januar 2021 in Kraft treten und Unternehmen, Soloselbstständige sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler, die von den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung besonders stark betroffen sind, durch eine Betriebskostenerstattung unterstützen.

Soloselbstständige, die im Rahmen der Überbrückungshilfe III keine Fixkosten geltend machen können, sollen bis zu 5.000 € Neustarthilfe beantragen können. So lauten die Pläne, die ich als Kulturministerin nachhaltig unterstütze, auch wenn über die Details sowohl zur Höhe als auch zur Anrechenbarkeit auf die Grundsicherung weiter verhandelt werden muss.

Durch die Novemberhilfe des Bundes, die in den Dezember verlängert werden soll, erhalten Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen - auch das ist wichtig -, die aufgrund der aktuellen Schließungsverordnungen den Betrieb einstellen mussten, 75 % des Umsatzes vom November 2019. Dies gilt auch unabhängig von ihrer Trägerschaft für alle Kulturbetriebe. Endlich werden auch Soloselbstständige adäquat unterstützt.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können als Vergleichsumsatz alternativ den durchschnittlichen Monatsumsatz 2019 zugrunde legen.

Wir prüfen und beraten in der Landesregierung fortlaufend, ob wir im Land weitere Hilfen benötigen, die passgenau dort helfen, wo die Bundeshilfen zu kurz greifen oder zu spät kommen. Sehr genau haben wir zurzeit die Situation der Kinos in unserem Land im Blick.

Meine Damen und Herren, eine weitere sehr praktische Unterstützung leistet Schleswig-Holstein mit dem Kulturfestival SH. Die Landesregierung hat mit dem Festival eine unbürokratische und schnell wirksame Hilfe gestartet. Es schafft Auftrittsmöglichkeiten auch in Coronazeiten, denn es geht eben nicht nur um finanzielle Hilfe, sondern die Kulturschaffenden und Künstler brauchen ihr Publikum, und wir brauchen die Auftritte der Künstler und Kulturschaffenden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

(Ministerin Karin Prien)

Wir haben damit die Kultur auch unter Coronabedingungen wieder sichtbar und erlebbar gemacht. Mit den verschiedenen Veranstaltungsformaten des Kulturfestivals ist Schleswig-Holstein einen unter den Bundesländern einzigartigen Weg gegangen. Für die Gesamtfinanzierung der ersten Phase standen 3 Millionen € zur Verfügung. Inzwischen haben wir das Programm noch einmal verlängert und um 1,4 Millionen € aufgestockt. Die eindeutige Auffassung im Kabinett und in der Koalition ist: Das ist gut investiertes Geld.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das Geld geht nicht nur an diejenigen, die auf der Bühne stehen. Es hilft auch denjenigen, die für Bühne, Technik und alles andere rund um so eine Veranstaltung da sind. Allein mehr als 200 kleine Firmen und Betriebe im Land haben dadurch Aufträge erhalten und Einnahmen erzielen können. Bisher reden wir über 700 Auftrittsmöglichkeiten, die durch das Festival geschaffen worden. Wir wollen rund 400 weitere schaffen und damit allen Künstlerinnen und Künstlern, die sich beworben haben, einen Auftritt ermöglichen. Wir werden deshalb ab Dezember mit einer Streaming-Variante unser Festival fortsetzen, und natürlich möchten wir auch wieder in kleinem Maße Zuschauerinnen und Zuschauer zulassen, sobald dies wieder möglich ist.

Meine Damen und Herren, wir erfahren gerade miteinander, um wie viel ärmer unsere Gesellschaft schlagartig wird, wenn Theater, Kinos, Konzertbühnen, Museen und andere Orte der Kultur ihre Pforten schließen müssen, wenn Musikerinnen, Schauspieler und Autorinnen nicht auftreten dürfen. Wir alle hoffen, dass die Kultur in Schleswig-Holstein bald wieder aufblühen kann. Auf dem Weg dorthin werden wir sie weiterhin mit voller Kraft unterstützen. Ich bin dankbar, dass der Landtag dies in so großer Geschlossenheit unterstützt und mitträgt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Redezeit steht nun auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Kultur ist kein Ornament. Sie ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken.“

So steht es in der Präambel des Schlussberichts der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ aus dem Dezember 2007.

„Kultur ist nicht nur systemrelevant, sie ist lebensrelevant!“

So heißt es in einem aktuellen Notruf aus der Lübecker Musikhochschule. Wer einen Notruf aussendet, braucht dringend Hilfe: schnell und unverzüglich. Manchmal besteht sogar Lebensgefahr. Es ist die gesamte Kultur- und Veranstaltungsbranche, die den Notruf aussendet. Sie ist seit rund acht Monaten durch die Coronapandemie komplett lahmgelegt: plötzlich und unerwartet, in Teilen mit lebensbedrohlichen Folgen.

Wenn wir in diesem Bild bleiben: Es hat in diesen Monaten viele gute, kreative Beispiele gegeben, in denen Kulturschaffende wieder aufgestanden sind, um ihr Angebot zum Laufen zu bringen. Manches neue, überzeugende Format ist entstanden, manches ist digital im Netz zu finden, und vieles davon begeistert und fasziniert uns.

Aus Landesmitteln von insgesamt rund 25 Millionen € sind Coronahilfen zur Verfügung gestellt worden, die an vielen Stellen für eine Linderung der akuten Schmerzen gesorgt haben. Mit großartiger Unterstützung des Landeskulturverbandes konnte die Soforthilfe Kultur I in Höhe von rund 3 Millionen € zeitnah ausgeschüttet werden. Das Verfahren zur Soforthilfe II läuft gerade noch. Die Anträge zur digitalen Infrastruktur konnten mit Hilfe der Landesbibliothek erfolgreich bewilligt werden und wirken in die Zukunft. Auch die Kulturabteilung und unsere Kulturministerin haben sich in Land und Bund sehr stark für unsere Kultur in Schleswig-Holstein engagiert. Zudem erleben wir eine breite gesellschaftliche Solidarität und Spendenbereitschaft und einen erheblichen Einsatz unserer Stiftungen. Ihnen allen gilt an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir aber ehrlich miteinander sind, müssen wir feststellen: An vielen Stellen läuft es immer noch nicht so, wie wir es uns wünschen. Geld ist

(Anette Röttger)

die eine Seite der Medaille, was der Verzicht auf Kultur mit den Menschen macht, ist die andere Seite.

Ich kann nur sagen: Wir vermissen einander sehr. Ich meine dabei nicht nur die öffentlichen Kultureinrichtungen, sondern auch die vielen engagierten Programme privater, gemeinnütziger oder kirchlicher Kulturträger. Wir vermissen die vielen kleinen Erlebnisse in der Freizeit, die unser Leben bereichern, die Feste, den Tanz. Uns fehlen die Chöre, der Gesang und all das, was unser Herz auf ganz besondere Weise erfüllt.

Auch hier im Landeshaus ist es ohne Festveranstaltungen, Lesungen oder Ausstellungen im wahrsten Sinne des Wortes kühler und still geworden, und die Dauer trägt die Last. Kultur macht uns zu glücklichen Menschen, prägt die Einzigartigkeit unseres schönen Bundeslandes und fördert die Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, lockt unsere Touristen hierher und ist dabei ein ganz erheblicher Wirtschaftsfaktor. Dafür gilt allen Kulturschaffenden und der Veranstaltungsbranche unser großer Dank. Ohne sie ist es hier sehr schnell sehr still geworden. Die Betroffenheit zieht sich durch alle Sparten, von Theater, Kino, Film, Tanz bis hin zu Museen und Erinnerungsstätten. Chöre und Orchester im Haupt- oder Ehrenamt sind genauso betroffen wie die großen und beliebten Festivals.

2020 gab es hier keine Festspiele. Dennoch haben sich viele gute Beispiele entwickelt. Das Schleswig-Holstein Musik Festival hat mit einem Sommer der Möglichkeiten das möglich gemacht, was unter Coronabedingungen gestattet war, und war dabei sehr erfolgreich: Dänische Musiker, die mit dem Trecker und Anhänger bei herrlichem Sommerwetter hier im Land unterwegs waren, haben für unvergessliche Erlebnisse gesorgt. Ich danke Christian Kuhnt und seinem Team für diesen gelungenen Sommer der Möglichkeiten und für ein Festival klein, aber fein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit dem Kulturfestival hat die Staatskanzlei in Zeiten von Corona ein neues Format geschaffen und sowohl der Veranstaltungsbranche als auch vielen Künstlern einen Auftritt ermöglicht, der auch digital zu sehen war. Im Bericht der Ministerin haben wir darüber Näheres erfahren. - Vielen Dank, liebe Ministerin Prien, für Ihren Bericht, und herzlichen Dank an alle Beteiligten, die dieses Format des Festivals ermöglicht haben.

Künstler und Kulturschaffende haben sich mit viel Kreativität und in der Regel in großer Bescheidenheit dieser besonderen Zeit gestellt. Sie haben gute Hygienekonzepte entwickelt, damit Proben wieder möglich gemacht werden konnten, aber sie haben in erster Linie in diesem Jahr verzichtet - verzichtet auf den Auftritt, verzichtet auf das Publikum, verzichtet auf Gage und Eintrittsgelder. Mir bleibt es wichtig, und es ist folgerichtig, dass wir uns hier im Land, aber auch im Bund um den Notruf der Kultur kümmern. Wer die Branche jetzt überfordert, lähmt ihren Erholungsprozess. Kulturschaffende brauchen mehr als ein Schmerzensgeld und eine Überlebenshilfe. Sie brauchen unsere gesamte Unterstützung - seelisch, moralisch und monetär. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Ministerin, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht. Wir haben alle in den vergangenen Monaten viel gelernt - über Viren und Masken, über die Entwicklung von Impfstoffen und - was mich und den Kulturbereich angeht - auch über die Bayerische Versorgungskammer und über das ambivalente Verhältnis von Künstlerinnen und Künstlern zur Künstlersozialkasse.

Lernfortschritte gab es auch im Infektionsschutzgesetz. Museen, Theater, Konzerthäuser, Bibliotheken oder Kinos werden dort seit der jüngsten Novelle nicht mehr unter Freizeiteinrichtungen geführt, sondern der Kultur wird ein eigener Absatz gewidmet.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das bedeutet, dass nun jeder Lockdown im Kulturbereich eine eigene Begründung braucht. Aus meiner Sicht bedeutet das auch, dass es eigene Regeln für die Kompensation der mit dem Lockdown verbundenen Schäden braucht.

Es ist schon eine ganze Weile her, dass wir im Parlament einen Bericht der Landesregierung zur Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein debattiert haben. Das war 2010. Damals waren rund 94 % der Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft in

(Martin Habersaat)

Deutschland Kleinstunternehmen. In dieser Branche nahmen die Freiberufler und Mikrounternehmen stetig zu. Dabei war der Anteil der Selbstständigen in der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein mit 71 % deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt mit 77 %. Auch spielte die Kultur- und Kreativwirtschaft in Schleswig-Holstein verglichen mit dem Bund eine eher geringere Rolle. Das hat sich hoffentlich ein bisschen geändert.

Was sich sicher nicht geändert hat, ist, dass damals wie heute viele Kulturschaffende in geradezu prekären Verhältnissen leben - auch schon in Normalzeiten. Sie müssen sich von Veranstaltung zu Veranstaltung, von Auftritt zu Auftritt, von Ausstellung zu Ausstellung durchhangeln, ohne dass es Netz und doppelten Boden gäbe, wenn eine Veranstaltung platzt oder wenn nicht genügend Auftritte zusammenkommen. Keine Rede kann davon sein, dass derartige soziale und wirtschaftliche Bedingungen dafür geeignet sind, sich für eine Krisensituation wie die aktuelle zu wappnen und sie überstehen zu können. Wer Bilder und Skulpturen ausstellen will, wer seine Kunst nur im Rahmen von öffentlichen Auftritten vorführen kann, oder wer sonst wie auf die Interaktion mit seinem Publikum angewiesen ist, steht vor dem wirtschaftlichen Nichts. Seit dem März und vermutlich bis in den nächsten Sommer hinein war in der Kultur vieles von dem nicht möglich, worauf Menschen ihre Existenz gegründet haben und - Frau Röttger hat es gesagt - was für uns alle zum Leben dazugehört.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten viele Briefe, Mails und Anrufe von Menschen aus der Kulturwirtschaft erhalten, die uns ihre Situation geschildert haben. Es zeigte sich dabei immer oder oft, dass die Hilfsprogramme des Bundes, teilweise auch der Länder, so formuliert waren, dass die Kulturschaffenden oder einige Kulturschaffende oder viele durch die Maschen der Netze gefallen sind. Es wird wahrscheinlich auch nie gelingen, derartige Programme so zu formulieren, dass sie jeder einzelnen speziellen Lage gerecht werden und gleichzeitig dagegen gesichert sind, von Menschen in Anspruch genommen zu werden, die nun wirklich nicht unterstützungsbedürftig sind. Aber - das ist, so glaube ich, Konsens hier - es muss dort geholfen werden, wo Hilfe nötig ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Der Bund hat mit seinem Programm „Neustart Kultur“ 1 Milliarde € zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft aufgelegt. Das gliedert sich in zahlreiche Teile. Überschriften sind „Pandemie-

bedingte Investitionen“ - bis zu 250 Millionen € -, „Stärkung der Kulturinfrastruktur“ - bis zu 480 Millionen € -, „Alternative, auch digitale Kulturangebote“ - bis zu 150 Millionen €- und „Kompensation pandemiebedingter Einnahmeverluste und Mehrbedarfe bei bundesgeförderten Häusern und Projekten“ - bis zu 100 Millionen € Von dieser Milliarde sind, wie ich aus dem Bundestag höre, 600 Millionen € bereits verplant, aber alle Programme sind, was die Anträge angeht, bereits überzeichnet.

Vom Bund kommt auch die jetzt anlaufende Novemberhilfe, die eine Dezemberhilfe sein wird, und die sogenannte Neustarthilfe für Soloselbstständige. Damit soll der besonderen Situation von Soloselbstständigen, insbesondere Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden, Rechnung getragen werden. Allerdings: Die Neustarthilfe beträgt einmalig bis zu 5.000 € und soll den Zeitraum bis Juni 2021 abdecken. Das ist wenig Geld für viel Zeit. Hinzukommen soll die Möglichkeit, vereinfacht die Grundsicherung zu beantragen. Da treffen wir aber in der Praxis immer noch auf Probleme, beispielsweise wenn es um Bedarfsgemeinschaften geht, beispielsweise wenn es um das Vermittlungsgebot geht.

In Schleswig-Holstein war es zunächst der Landeskulturverband, der unter dem Hashtag „#KulturhilfeSH“ einen Nothilfefonds für Künstlerinnen und Künstler der Veranstaltungsbranche und für Freischaffende der Kulturwirtschaft eingerichtet hat. Das war eine private Initiative. Anderswo haben Landesregierungen sich in der Verantwortung gesehen, ihrer Kulturszene zu helfen. Immerhin ist das Land später in diese Hilfe eingestiegen. Bis zu 2.500 € Förderung waren möglich.

Jetzt kommt der Lobteil, keine Sorge: Das Kulturfestival Schleswig-Holstein hat es Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht, wieder auf die Bühne zu gehen. Das war eine gute Idee. Lob gebührt auch dem Tandemformat, bei dem Filmschaffende und Künstler, deren Kunst nicht ohne Weiteres auf die Bühne oder in einen Truck zu bringen war, kooperiert haben.

Wo ich gerade beim Loben bin: Auch die Förderberatung und der Newsletter der Kulturabteilung sind im Land vielfach positiv erwähnt worden.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es gab aber auch Kritik. Das Kulturministerium hat gerade die Verteilung von 335.000 € an Einrichtungen und Vereine der freien Szene veröffentlicht. Dabei fühlen sich die soziokulturellen Zentren nicht

(Martin Habersaat)

hinreichend berücksichtigt. Ein Problem liegt zum Beispiel darin, dass viele von denen in kommunalen Liegenschaften sitzen und damit aus den Förderkriterien herausfallen. Warum die Investitionsbank Tausende von Euro für die Prüfung eines einzelnen Antrages bekommen muss, habe ich bis heute immer noch nicht verstanden.

In den letzten Jahren haben wir uns immer wieder im Plenum und im Bildungsausschuss mit den Möglichkeiten auseinandergesetzt, Kultur stärker in den Schulen zu verankern - über den Kunst- und Musikunterricht hinaus. Das setzt aber voraus, dass künftig auch noch freischaffende Künstler da sind, die in die Schulen eingebunden werden können. Hier ein Appell an die Schulen: Nutzen Sie die Angebote - auch und gerade jetzt! Das ist nicht verboten.

Wir alle wollen, dass Schleswig-Holstein gut durch die Krise kommt. Wir wollen auch, dass unsere Kultur gut durch die Krise kommt. Die Krise dauert jetzt schon seit März 2020, und sie dauert noch mindestens bis Sommer 2021.

Weil die Kulturszene besonders vielfältig ist, brauchen wir flexible Lösungen und immer wieder einen Blick über die Schulter, ob wir niemanden vergessen haben: Was ist mit jungen Menschen, die von ihrer Musik leben, aber für die Phase zwischen Konzert und Studio noch an einer Hochschule eingeschrieben sind? Was ist mit Kulturschaffenden im Rentenalter, die zwar eine kleine Rente beziehen, aber ihre Lebenshaltungskosten bis ins hohe Alter durch ihre Kunst decken wollen oder müssen? Was ist mit Menschen, die neben ihrer Kunst noch eine kleine Festanstellung haben? Was machen wir, wenn viele Musiker im Sommer 2021 feststellen, dass die GEMA-Ausschüttungen nach einem Jahr ohne Veranstaltungen deutlich niedriger ausfallen werden als gewohnt?

Es geht dabei um die Qualität Schleswig-Holsteins als Kulturland. Wir müssen gemeinsam die Lücken identifizieren und möglichst schließen. Wir müssen das Thema im Bildungsausschuss weiter gemeinsam bearbeiten. Wenn es nach mir geht, müssen wir da auch gemeinsam Vorschläge entwickeln, wie man aus der Künstlersozialkasse eine Einrichtung macht, die in so einer Situation wie dieser mehr als momentan helfen kann. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute, an diesem Tag, an dem wir über die weiteren coronabedingten Hilfen und Notwendigkeiten sprechen, insbesondere auch und sehr exklusiv die Kulturbranche und die Künstlerinnen und Künstler in den Fokus nehmen. Ich glaube, sie haben diese Aufmerksamkeit dringend nötig. Das ist von meinen beiden Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt worden. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Anette Röttger und Martin Habersaat für ihre Beiträge mit dem unterschiedlichen Fokus, unterschiedlichen Blickwinkeln und Perspektiven, die ich teile und die beide auch notwendig waren, angesprochen zu werden.

Ich möchte einmal kurz, Herr Kollege Habersaat, auf den Investitionsfonds für die freie Szene eingehen, weil der nun in dieser Legislaturperiode wirklich ein Novum ist. Mit 2,5 Millionen € werden erstmals die Gruppen der freien Szene unterstützt, und zwar sehr breit. Dass die soziokulturellen Zentren das in Teilen kritisieren, ist bekannt. Man darf aber auch sagen, dass die soziokulturellen Zentren, wenn Sie sich die Listen derjenigen anschauen, die bisher unterstützt wurden, durchaus daran auch partizipiert haben. Das sollte hier einmal geradegerückt werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, first in, last out - das ist das Schicksal der Kultur- und Kreativbranche seit Beginn der Coronapandemie im Land. Sie wurde als Erste geschlossen. Man braucht auch keine hellseherischen Qualitäten, um vorherzusagen, dass sie voraussichtlich überwiegend auch als Letzte erst wieder an den Start können gehen wird.

First in, last out - das mag für die warenhaltende Lagerwirtschaft Sinn machen, für eine offene und vielfältige Gesellschaft ist das gerade in Zeiten wie diesen fatal. Was macht uns Menschen denn im Wesentlichen aus? - Das ist doch nicht in erster Linie und allein die Sorge, krank zu werden. Die ist berechtigt, und diese Sorge teile ich. Aber das ist nicht das Alleinige. Es ist die Verständigung darüber, wie wir miteinander auch und gerade in solch krisenhaften Zeiten umgehen. Wo wird diese Verständigung verhandelt? - Genau, gerade in Kunst

(Marlies Fritzen)

und Kultur spiegeln sich gesellschaftlicher Diskurs und soziale Teilhabe und Entwicklung. Kunst und Kultur sind nicht elitärer Luxus - das ist mehrfach angesprochen worden -, sondern - ich teile auch das, was die Mitglieder der Musikhochschule Lübeck in ihrer Erklärung letzte Woche formuliert haben - sie ist lebensrelevant.

Menschen leben eben nicht vom Brot allein, sondern von der gegenseitigen Ansprache und dem gegenseitigen geistigen Austausch. Der ist nicht ersetzbar, schon gar nicht allein digital erschöpfend. Das gemeinsame Erleben, Zuhören, Staunen und Erkennen lässt sich nie in ein binäres Schema pressen. Videokonferenzen helfen uns bei der aktuell notwendigen Kontaktreduzierung enorm beim Austausch und auch dabei, Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen. Wir können - ich teile das - froh sein, dass es diese Möglichkeiten gibt. Sie sollten gerade auch für unsere parlamentarische Arbeit ausgebaut werden, damit diese nicht zum Erliegen kommt. Aber sie ersetzen unsere Sehnsucht nach realer Begegnung keinesfalls. Der Moment des ausklingenden Tons bei einem Konzert, der gemeinsamen Stille, bevor der Applaus anhebt, ist tiefes Erleben und echtes Gefühl, das sich nicht streamen lässt.

Man möchte meinen, angesichts der realen Bedrohung durch die Pandemie ist das doch wohl eine Weile verzichtbar. Das stimmt nur auf den ersten Blick. Kunstgenuss - ich glaube, Herr Stegner hat das heute Vormittag schon einmal gesagt - ist auch heilsam. Kulturelle Auseinandersetzung mit dem eigenen Ich und den anderen tut gerade besonders Not, um durch diese schwierige Zeit zu kommen.

Das gilt für uns alle, das gilt aber noch einmal in ganz existenzieller Art und Weise für die Künstlerinnen und Künstler, für Kulturschaffende und Arbeiterinnen und Arbeiter in der Kreativbranche. Sie alle sind oftmals - Kollege Habersaat hat es gesagt - freiberuflich unterwegs und fielen im März 2020 von jetzt auf gleich ins Einkommensnichts. Es sind nicht nur außergewöhnliche Zeiten für unsere gesamte Gesellschaft, in denen Rücksicht und Verantwortungsbereitschaft besonders wichtig sind. Es sind für alle Kulturschaffenden existenziell bedrohliche Zeiten.

Kulturförderung - die Kulturpolitikerinnen und -politiker unter uns wissen das - ist in Sonntagsreden immer Kinderspiel. Leider werden an dieser Stelle viel zu viele Sonntagsreden gehalten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kulturförderung - vielen Dank, Kollegin Raudies - in Coronazeiten ist aber ein gewaltiger Kraftakt. Kulturschaffende brauchen dringend unsere Solidarität und unsere Unterstützung. Deshalb ist es richtig, dass die Kulturhilfen des Landes verlängert werden. Es ist richtig, dass wir mit der Projekthilfe für Künstlerinnen und Künstler geholfen haben. Es war auch gut, dass mit dem ziemlich spontan entstandenen Kulturfestival eine Bühne geschaffen worden ist. Es ist auch gut, dass jetzt endlich für diese Menschen über einen Unternehmerinnen- und Unternehmerlohn verhandelt wird. Leider enttäuscht mich der Finanzminister an dieser Stelle immer wieder, wenn er ansonsten mit Wumms und Karacho - und ich weiß nicht, was sonst noch an verbalen Kraftakten ausgesprochen werden - versucht, durch diese Krise zu kommen, sich aber beim Thema Unternehmerinnen- und Unternehmerlohn immer noch taub stellt.

Ob die Novemberhilfen und die Neustartmittel ab Januar 2021 auskömmlich sein werden, wird sich zeigen. Was aber schon heute klar ist - da teile ich das, was Martin Habersaat gesagt hat -, ist, dass wir uns grundsätzlicher der Frage der sozialen Absicherung von Freiberuflerinnen und Freiberuflern widmen müssen. Wir müssen das thematisieren, das ist angesichts dieser Pandemie deutlich geworden.

Meine Damen und Herren, genauso wenig, wie das Virus unser Leben beherrschen darf, darf der arme Poet die kulturpolitische Signatur dieser Pandemie werden. Wir sollten uns alle aufgefordert fühlen, im Nachgang zu dieser Situation dafür zu sorgen, dass Kulturschaffende, Künstlerinnen und Künstler von uns mehr wertgeschätzt und mehr unterstützt werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite geht ein Dank an das Kulturministerium, an die Kulturministerin Prien dafür, dass sie die Zahlen hier noch einmal so in Gänze vorgetragen hat. Das ist doch sehr beeindruckend. Ich möchte auch den Dank an Sie persönlich für Ihr Engagement aussprechen, dass Sie sich immer wieder für die Künstlerinnen und

(Anita Klahn)

Künstler in unserem Land einsetzen, damit wir etwas für sie tun können.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Auswirkungen der Coronapandemie können im Einzelnen sehr unterschiedlich sein. Wer seinen Arbeitsplatz weiterhin ausfüllen kann oder wer die Chance hat, wenigstens in Kurzarbeit oder im Homeoffice arbeiten zu können, und damit sein Einkommen behält, wahrscheinlich seine Arbeit absichern kann, wird die Kontaktbeschränkungen und die eingeschränkten Betreuungsmöglichkeiten in Kita und Schule zu Recht als ein großes persönliches Ärgernis empfinden, hat aber eine Perspektive für die wirtschaftliche Absicherung, während es für viele andere seit diesem Frühjahr um die gesamte Existenz geht, Rücklagen aufgebraucht werden und dann noch ohne Perspektive, ob und wann man sein gewohntes Leben und seine Arbeit fortführen kann. Dann sprechen wir ehrlicherweise ganz häufig von Künstlerinnen und Künstlern.

(Beifall FDP)

Insbesondere betroffen sind Branchen wie Gastronomie, Veranstaltungen und verschiedenste Kultureinrichtungen. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie als reine Dienstleister allesamt auf den regen Publikumsverkehr angewiesen sind und sich im erneuten Herunterfahren des öffentlichen Lebens einer massiven Existenzbedrohung gegenübersehen. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass die Kunst und Kulturszene bereits vor Corona nicht auf Rosen gebettet war.

Ich erinnere an dieser Stelle insbesondere an einen Diskussionsabend mit Kulturschaffenden, an dem uns sehr klar vermittelt wurde, dass die vorhandenen Strukturen mit fehlenden beziehungsweise geringen Einnahmesituationen schon sehr viel Enthusiasmus abverlangen, um bei dem Leisten zu bleiben, wie man so schön sagt. Wenn der größte Lohn allein der Applaus und die Begeisterung der Zuschauer ist, wird man davon nicht satt. So manch einer muss sich heute einfach fragen, was er im Alter macht, wenn er nicht in der Lage ist, für dieses Alter vorzusorgen.

Die für die Wirtschaft schnellstens aufgelegten Hilfsprogramme passten leider für die Kulturschaffenden nur begrenzt. Umso wichtiger war und ist es, dass sowohl der Bund als auch das Land Schleswig-Holstein verschiedene passende Fördermaßnahmen entwickelt haben. Diese Aktivitäten zeigt der Sondernewsletter des MWWK sehr deutlich

auf. Da kann ich mich dem Lob des Kollegen Habersaat nur anschließen.

Insbesondere das Veranstaltungsformat des Kulturfestivals war wichtig für das Überleben der Kulturschaffenden. Auch wenn wir es jetzt im November aufgrund der verschärften Maßnahmen wieder einstellen beziehungsweise herunterfahren mussten, ist ein Lichtblick, dass geplant ist, über neue Formate, rein digital, im Stream, ab Dezember wieder online zu gehen und die geplanten 400 Veranstaltungen fortzuführen. Interessant ist, dass wir mit diesem Kulturfestivalprogramm 200 kleinere Firmen in unserem Land beschäftigen konnten. Wir haben insgesamt 700 Auftritte realisieren können.

(Beifall FDP)

Wer das vor Ort mit begleitet hat, wird erlebt haben, wie wichtig es für die Kulturschaffenden war, aber auch für die Menschen. Man merkt häufig erst, wenn etwas nicht mehr möglich ist, dass es doch wichtig war und fehlt.

Ich bin auch froh, dass wir erst kürzlich die zusätzlichen Hilfen für den Kulturbereich mobilisieren konnten. Im Rahmen der beschlossenen Soforthilfen Kultur II konnten bis Ende November weitere Hilfen beantragt werden. Das gilt sowohl für existenzbedrohende Liquiditätengpässe als auch für Einrichtungen, die vom Land Schleswig-Holstein institutionell gefördert werden. Zur Ehrlichkeit gehört, dass wir wissen, dass wir damit nicht alle Nöte lindern, aber wir hoffen, dem einen oder anderen damit über den Berg zu helfen und ihm eine Perspektive zu geben.

Der wichtigste Gedanke bei allen Programmen und allen Unterstützungen ist doch: Wie können wir es schaffen, die Strukturen in diesen Bereichen über die Coronapandemie zu retten?

Schon gesagt worden ist: Geschlossene Betriebe, pleitegegangene Solokünstler werden nicht wiederkehren. Teils über Jahrzehnte gewachsene Strukturen werden damit in eine wirtschaftliche Notlage geraten, unvermittelt und unverschuldet, über die Leute hereingebrochen.

Das heißt für uns: Wir müssen Existenzen sichern, Notlagen überbrücken. Darauf sollten unsere Programme abzielen. Es kann nicht nur darum gehen, dass wir möglichst viel Geld unter die Leute bringen oder Unterstützung zusagen und beschließen - das hätten wir schon vor Corona gern gesehen, weil es schon damals sinnvoll erschienen ist -, sondern wir müssen schauen: Was brauchen wir zukünftig?

(Anita Klahn)

- Was wollen wir langfristig behalten? Was können wir mit diesen Maßnahmen langfristig stärken?

Der kleine Wermutstropfen, den ich allen dringend zum Nachdenken mitgeben möchte, ist der Gedanke: Mit all unseren Maßnahmen verschulden wir uns gewaltig. Das haben nicht wir auszubaden, sondern unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Diese Verantwortung haben wir. Wir sollten sehr sorgfältig damit umgehen, welche Maßnahmen wir stärken und stützen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Zum Abschluss muss ich sagen: Gerade in der Advertszeit merke ich persönlich sehr schmerzlich, wie es ist, dass viele Konzerte derzeit nicht stattfinden können. Als Kommunalpolitikerin finde ich es schmerzhaft zu erleben, dass wir Diskussionen führen, ob wir im nächsten Jahr das Schleswig-Holstein Musik Festival bei uns vor Ort erleben, wie wir es finanzieren können, aber gar nicht wissen, ob es stattfinden kann.

Von daher der Appell an alle: Nutzen Sie alle Maßnahmen, damit wir alle gesund bleiben und möglichst bald zu einem offenen und kulturellen Leben zurückkehren können! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Ministerin! Erst einmal vielen Dank für Ihren Bericht zur Lage in der Kultur. In den letzten Wochen und Monaten fand ich es manchmal etwas verworren, wie wir Diskussionen um das große Schlagwort „Kultur“ führen. Corona und Kultur und Veranstaltungen. Welche Kultur eigentlich? Welche Veranstaltungen? Verschwindet Kultur durch Corona? Kann sie das überhaupt? Ich würde sagen: nein. Kultur lässt sich auch als Gewebe verstehen, als etwas unbegrenzt Umdeutbares, das ständig in Herstellung begriffen ist: Kultur als selbst gesponnenes Bedeutungsgewebe des Menschen, wie Clifford Geertz, ein amerikanischer Ethnologe, sagt. Aber schnell weg von dieser

Begriffsdebatte, denn was wirklich Schaden nehmen kann, sind die Strukturen, die unsere Gesellschaft geschaffen hat.

Damit sind wir bei der Kulturwirtschaft und der Kreativindustrie. Weil Politikerinnen und Politiker Entscheidungsmacht haben, hat auch ihre Deutung von Kultur Wirkung. Das ist dann wichtig, wenn sie Entscheidungen über Institutionalisierung und Strukturen treffen, wenn Förderprogramme wie die des Landes erstellt werden. Welche Einrichtungen können von diesen Förderprogrammen profitieren, welche nicht? Wie sieht es bei den Soloselbstständigen aus?

Mir ist bewusst, wie kompliziert die Situation aufgrund der vielfältigen Lebenswirklichkeiten und Anstellungsverhältnisse der Kulturschaffenden im Land ist. Da reden wir über öffentlich-rechtliche Trägerschaften neben Kulturschaffenden der freien Szene, gewinnorientierte Einrichtungen neben Ehrenamt, Theater, Museen, soziokulturelle Zentren oder Literaturhäuser. Für jene wie solche gibt es Fördermöglichkeiten - und doch, so stellen es die Koalitionäre in ihrem Antrag fest, haben die Kulturhilfen

„aufgrund der sehr diversen persönlichen Situationen von Künstlerinnen und Künstlern längst nicht alle erreicht“.

Deswegen möchte ich von hier aus, falls jemand zuhört, für den das von Bedeutung ist, auf die Überbrückungshilfe III des Bundes hinweisen, die insbesondere für Soloselbstständige im Kunst- und Kulturbetrieb, die bisher leer ausgegangen sind, gilt: 5.000 € als Einmalzahlung, die auch für Lebenshaltungskosten genutzt werden dürfen und nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Zurück ins Land Schleswig-Holstein: Was mit dem Kulturfestival 2020 auf die Beine gestellt worden ist, möchte ich vonseiten des SSW wirklich einfach einmal loben. Da ist wirklich umgesetzt worden, was irgendwie machbar war, vielleicht sogar ein bisschen mehr. Künstlerinnen und Künstler haben profitiert, aber auch das Drumherum wie Technik und alles, was zur Logistik gehört.

Wir haben im ganzen Land wunderbare Veranstaltungen an ungewohnten Orten zu sehen bekommen. Vielleicht lässt sich davon ja sogar etwas beibehalten. Open-Air-Truck vor der Seniorenresidenz oder durch das Dorf fahrend, das hat mich wirklich begeistert. Von daher ein herzliches Dankeschön an unsere Verwaltung und alle anderen Beteiligten, die hier etwas ganz Besonderes auf die Beine gestellt haben.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Aber auch über die 335.000 € für die freie Kulturszene in Schleswig-Holstein, mit denen 29 Institutionen unterstützt werden konnten, möchte ich gutheißen. Denn mit diesen Fördermitteln haben die freie Kulturszene und kleine Kultureinrichtungen Möglichkeiten bekommen, Modernisierungsmaßnahmen, Umbauten und Sanierungen zu finanzieren. Zugleich bin ich sehr verwundert, dass bisher kein einziger soziokultureller Akteur gefördert worden ist.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

- Darüber diskutieren wir nachher noch einmal; ich habe es nicht gefunden.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu kann ich schon jetzt etwas sagen! - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Marlies Fritzen?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Ja, mache ich.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldige, liebe Kollegin Jette. Natürlich darfst du das sagen. Aber es stimmt nicht in Gänze.

Also: Richtig ist, dass, wenn soziokulturelle Zentren Gebäude nutzen, die in kommunaler Trägerschaft sind, sie bei Investitionen an und in diesem Gebäude nicht von diesem Fonds profitieren. Nicht richtig ist, dass soziokulturelle Zentren, ob nun in eigenen Häusern oder in kommunalen Liegenschaften, nicht profitieren könnten, um sich zum Beispiel eine Musikanlage, eine Tonanlage oder ähnliche Dinge anzuschaffen. Auch die sind gefördert worden. Das kann man nachschauen. Ich habe einige Namen im Kopf. Aber bevor ich etwas Falsches sage, will ich das jetzt nicht explizit ausführen. Es geht ja nicht nur um diese rund 300.000 € sondern es ist ja schon die dritte Tranche. Die Listen sind öffentlich. Darin sind auch etliche soziokulturelle Zentren aufgeführt worden.

Investitionen, die diese sozusagen für ihren Verein oder für ihr Zentrum machen, werden

gefördert, nicht aber Investitionen, die mit dem Gebäude zusammenhängen, wenn diese in öffentlicher Trägerschaft sind.

- Vielen Dank, liebe Marlies Fritzen, für die Klarstellung. Ich finde, wir sollten darüber noch einmal im Ausschuss miteinander diskutieren, weil das auch bei der Soziokultur nicht so angekommen ist, wie du das jetzt schon zum zweiten Mal dargestellt hast. Aber wir können darüber ja noch einmal im Ausschuss diskutieren. Dann kann die Frau Ministerin vielleicht zur nächsten Ausschusssitzung auch die Zahlen mitbringen, aus denen hervorgeht, wer was bekommen hat. Ich glaube, dann könnten wir uns darüber noch einmal austauschen.

- Danke.

- Gerne.

Ich fahre fort: Es ist also bisher kein einziger soziokultureller Akteur gefördert worden, obwohl diese in der Ankündigung des Investitionsprogramms ausdrücklich benannt worden sind. Einige Anträge stehen noch aus. Ich hoffe inständig, dass von den 500.000 € die das Ministerium für die freie Kunstszene in Aussicht gestellt hatte, auch die Soziokultur profitieren kann. Aber wir können darüber ja noch einmal diskutieren.

Ehrlich gesagt, würde ich sogar so weit gehen zu sagen: Es ist von besonderer Wichtigkeit, dass insbesondere die Soziokultur jetzt von Kulturförderung profitiert. An gelebter Kultur in lokalen Kultureinrichtungen und an Gesellschaftskultur in ihrem besten Sinne ist zumindest dem SSW besonders gelegen.

Da ich dank der Ministerin noch etwas Zeit habe zu reden, möchte ich noch einmal das aufgreifen, was die liebe Kollegin Anita Klahn vorhin gesagt hat, nämlich dass wir finanziell nicht alles unterstützen können und dass wir bei der Kultur prüfen müssen, welche wir auch weiterhin fördern möchten.

Ich glaube - deshalb bin ich froh, dass wir darüber heute diskutieren -, Kultur hat gezeigt, dass es keine Schlagsahnetorte ist. Kultur ist Vitamin für unseren Gehirntrakt, es ist unser tägliches Schwarzbrot, das dazu beiträgt, dass wir einander tolerieren, dass wir einander unsere Wurzeln kennen, dass wir aber auch - wir haben am kommenden Sonntag den ersten Advent - viele Dinge normalerweise miteinander machen könnten, die wir jetzt wegen Corona leider nicht machen können.

Wenn Anita Klahn gesagt hat, dass wir nicht alles weiter finanzieren könnten, möchte ich sagen: Wir haben doch in der Coronakrise gesehen, wie groß

(Jette Waldinger-Thiering)

und wie wichtig Kultur und Kreativwirtschaft auch finanziell und wirtschaftlich sind. Sie sind unser sechstes Standbein, wenn wir auf die Wirtschaft gucken. Insofern ist Kultur nicht nur Vitamin für unseren Gehirnkasten und für unser Leben, sondern sie ist auch ein wichtiges Standbein für unsere Wirtschaft.

Wir sollten uns nicht anmaßen zu gucken, was wir in Zukunft unterstützen, sondern ich finde, wir sollten dafür Sorge tragen, dass wir alle vernünftig durch die Coronapandemie kommen, damit wir Ende 2021 wirklich sagen können: Wir haben es geschafft, wir haben das am Leben erhalten. Dann wird sich ohnehin irgendwann einmal etwas herauskristallisieren. Aber die Entscheidung möchten ich und meine Fraktion heute bestimmt nicht treffen müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht und für die Hilfen, die Sie bisher der Kulturszene haben zukommen lassen.

Wir haben es gehört: Kunst und Kultur, Ausstellungen und Veranstaltungen liegen darnieder. Das ist im gesamten Bundesgebiet leider so. Aber auch das muss aus unserer Sicht nicht so sein. Es gibt genügend Beispiele dafür, wie man mit reduzierter Besucherzahl und unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln auch diesen wichtigen Bereich am Leben erhalten kann.

Wenn es möglich ist, den Besucherverkehr in Kaufhäusern oder Möbelmärkten zu regulieren, sollte das auch in einem Museum oder in einem Theater möglich sein. Viele Bühnen haben das im Sommer auch schon erfolgreich praktiziert.

Die Kulturnation Frankreich öffnet ab dem 15. Dezember wieder seine Kinos, seine Theater und seine Museen, obwohl die Zahlen dort weit höher sind als bei uns.

(Zuruf: Die hatten auch einen kompletten Lockdown!)

- Ja, aber die Zahlen sind trotzdem noch hoch. Insofern kann man das nur schwer vergleichen. Aber es

ist ein wichtiger Schritt, um auch die Stimmung in der Bevölkerung wieder zu heben.

Kinobetreiber - das haben wir am Mittwoch in der Anhörung gehört - sind ein Sonderfall, denn ihnen fehlen die großen Neustarts, die genügend Zuschauer in die Säle locken könnten. Aber wer weiß - wir werden es ja auch vielleicht in Frankreich sehen -: Die Film-Fans sind so ausgehungert, dass sie vielleicht auch für gute Wiederaufführungen auf der großen Leinwand in die Kinos zurückkehren würden.

Gerade im Bereich von Kunst und Kultur und in der Veranstaltungsbranche sind sehr viele Soloselbstständige unterwegs. Das weiß ich aus eigener Anschauung, aus eigener beruflicher Erfahrung. Auch wenn sie in den Statistiken der Ministerien oder Arbeitsagenturen keine so große Rolle spielen, sind sie für unser kulturelles Leben doch enorm wichtig. Sie sind es, die den Kultur- und Veranstaltungsbetrieb auf den Bühnen, aber auch hinter den Kulissen am Laufen halten und so unseren Bürgern Gelegenheit zu künstlerischer Bildung, für Entspannung, für Anregung und Unterhaltung bieten. Und wer bräuchte das nicht in einer Zeit, in der die Bundesregierung selbst Kontakte zwischen Familienmitgliedern unterbinden möchte!

Kultur - wir haben es eben gehört - hält unsere Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise zusammen. Daher ist der vorliegende Antrag auch wichtig. Wir stimmen ihm gerne zu uns danken der Ministerin für ihren Bericht und ihre Initiativen. Noch besser jedoch wäre es für unsere Kulturtreibenden und unsere Kulturwirtschaft, wenn alle Leute schon bald wieder unsere Kulturstätten besuchen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir Hilfen für die Menschen im soziokulturellen Bereich bereithalten oder auf den Weg bringen, ist gut und richtig, weil sie für die meisten dieser Menschen - das muss man ehrlicherweise sagen - im bereits zweiten Lockdown eine Hilfe sind. Aber für die Menschen im soziokulturellen Bereich ist das immer noch der erste Lockdown.

Wir haben im Wirtschaftsausschuss eine Anhörung zu dem Thema durchgeführt. Dort haben uns viele

(Kay Richert)

Menschen aus dieser Szene berichtet, dass sie seit März durchgängig keine Umsätze mehr haben. Wie dramatisch das ist, merken wir, wenn wir uns den volkswirtschaftlichen Wert der Kultur- und Kreativwirtschaft vor Augen halten, die der zweitgrößte wirtschaftliche Bereich im Land ist, mit 1,2 Millionen Beschäftigten; das sind doppelt so viele wie in der Finanzwirtschaft.

In der Kultur- und Kunstszenen engagieren sich viele Soloselbstständige. Wir dürfen uns aber nicht auf die Soloselbstständigen in diesem Bereich beschränken; auch in anderen Bereichen gibt es viele Soloselbstständige, Handelsvertreter, zum Beispiel IT-Freelancer, Trainer oder Journalisten. Bei diesen Menschen ist es ähnlich wie bei den Leuten, die in der Kultur unterwegs sind: Wir nehmen deren Dienstleistung als gegeben hin und werden sie erst dann vermissen, wenn sie nicht mehr da sind. Daher müssen wir uns auch auf diese Menschen konzentrieren.

Die Soloselbstständigen sind bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie durchs Rost gefallen. Diese Leute wurden auf die Grundsicherung verwiesen. Aber die Grundsicherung hat sich als nicht passend herausgestellt. Die Neustart-Initiative geht in die richtige Richtung - das möchte ich loben -, aber maximal 5.000 € für sieben Monate, also nur 700 € im Monat, davon kann niemand leben, davon kann niemand wirtschaften, und davon kann niemand seinen Betrieb aufrechterhalten.

Deshalb appelliere ich noch einmal: Wir müssen uns insgesamt um die Soloselbstständigen Gedanken machen. Dass wir uns um die Soloselbstständigen innerhalb der Kunst- und Kreativwirtschaft Gedanken machen, ist gut und richtig, aber bitte lassen Sie uns die anderen dabei nicht vergessen!

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP], Lars Harms [SSW] und Doris Fürstin von Sain-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2553 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Frauen nicht alleinlassen - Versorgungsangebot für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2544

Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein sicherstellen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2584

Perspektiven für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein aufzeigen und Versorgungsangebot sicherstellen

Alternativantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2619

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Schwangerschaftsabbruch ist nach § 218 Strafgesetzbuch grundsätzlich rechtswidrig. Er bleibt auf Grundlage der sogenannten Beratungsregelung bei einer medizinischen oder kriminologischen Indikation straffrei. Die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch macht sich keine Frau leicht.

Die Tatsache, sich mit dieser Entscheidung innerhalb des Strafgesetzbuches zu bewegen, setzt die Frauen zusätzlich unter moralischen Druck und gehört nicht mehr in unsere Zeit.

(Beifall SPD und SSW)

Die betroffenen Frauen befinden sich eh schon in einem emotionalen Ausnahmezustand, der häufig durch Unsicherheit, Scham und Angst geprägt ist, und oft stehen sie im persönlichen Umfeld mit der Entscheidung allein.

Um nur ein Beispiel einer ungewollten Schwangerschaft zu nennen: Wenn sich Frauen keine Verhütungsmittel leisten können, muss man ihnen finanziell, vielleicht auch organisatorisch helfen, aber man sollte sie bitte nicht in die Nähe von Straftaten rücken.

(Beifall SPD)

Die gesetzlich vorgeschriebene Schwangerschaftskonfliktberatung bietet den Frauen oft die einzige Möglichkeit, die Situation neutral, ohne Vorwürfe und ohne Druck zu betrachten.

(Birte Pauls)

Frauen müssen den Eingriff selbst bezahlen, außer ihr Einkommen ist so gering, dass es einen Anspruch auf die Übernahme der Kosten gibt. Besonders für ganz junge Frauen ist das eine zusätzliche Hürde.

Die Bundesärztekammer verpflichtet sich, die Praxen und Krankenhäuser, die Abbrüche vornehmen, zu listen, wenn diese es denn wollen. Davon nehmen aber mittlerweile viele Abstand, weil sie Repressalien von Abtreibungsgegnern befürchten. Wer hat schon gern blutbeschierte Wände und Demonstrationen vor der Tür! Sogenannte Gehwegberatungen belästigen die Frauen auf ihrem Weg - eine weitere emotionale Zumutung.

Schauen wir auf die Situation in Schleswig-Holstein am Beispiel Flensburg: Aktuell sind auf der Liste der Bundesärztekammer für Schleswig-Holstein 26 Praxen gelistet; die nördlichste liegt laut Liste in Kappeln. Wir wissen aber - auch durch meine Kleine Anfrage vom Oktober -, dass es in Flensburg noch vier Praxen mit ambulanten Angeboten und ein klinisches Angebot gibt. Vor wenigen Jahren waren es noch zwölf Praxen.

Die Anhörung im Petitionsausschuss hat aufgezeigt, dass nicht nur durch die zukünftige Einstellung des stationären Angebots in Flensburg nach der Fusion der Kliniken, sondern auch durch die Verrentung von Ärztinnen und Ärzten, die aktuell Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, Versorgungslücken entstehen. So wird es bald nur noch zwei Praxen in Flensburg geben. Hinzu kommt, dass immer weniger Ärzte folgen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, da er nicht Bestandteil der Regelausbildung in der Medizin ist.

Wir freuen uns sehr, dass in Flensburg eine neue, moderne Klinik entstehen soll. Wir freuen uns auch, dass an dieser Stelle kein privater Konzern im Spiel ist, sondern die beiden jetzigen Träger, die evangelische Diakonissenanstalt und das katholische Sankt-Franziskus-Hospital. Der katholische Träger lehnt jedoch Schwangerschaftsabbrüche aus Prinzip ab. Für die Fusion war das nicht verhandelbar.

Somit wird ein weiteres Angebot und die Sicherheit eines Krankenhauses für die Frauen vor Ort wegfallen. Das Diktat aus Rom, der männlich dominierten katholischen Kirche trifft die Frauen in Not im nördlichen Schleswig-Holstein. Die Frage, ob das mit dem christlichen Glauben vereinbar ist, müssen sich die Entscheidungsträger gefallen lassen.

Die Landesregierung zuckt zu all dem mit den Schultern. Auf Nachfrage im Sozialausschuss und in der Antwort auf meine Kleine Anfrage sieht das

Ministerium auch in Zukunft keinerlei Engpässe in der Versorgung, weder in Flensburg noch im Land. Das sehen sehr viele Frauen ganz anders. Deshalb ist es gut, dass sich eine engagierte sozialdemokratische Oberbürgermeisterin, Simone Lange, gemeinsam mit den Frauen vor Ort des Themas annimmt.

Wir Sozialdemokraten lehnen sämtliche Pläne ab - da gibt es verschiedene Pläne -, dass irgendwo auf dem Hinterhof der neuen Klinik ein Extragebäude errichtet und die Stigmatisierung der Frauen quasi in Beton gegossen wird. Kein Mensch, erst recht kein Mann, kann uns diese Verantwortung abnehmen. Eine sukzessive Reduzierung von gesetzlich vorgeschriebenen Angeboten für Frauen in Not quasi durch die Hintertür, nämlich durch das Nichtstun dieser Landesregierung, ist mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, den in § 13 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes formulierten Versorgungsauftrag für ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen wahrzunehmen und eine flächendeckende Planung für Schleswig-Holstein zu erstellen.

(Beifall SPD)

Mittlerweile liegen drei Anträge zu dem Thema vor. Ich finde es der Wichtigkeit des Themas angemessen, dass wir alle drei Anträge in den Sozialausschuss überweisen, sodass wir uns da noch einmal mit dem Thema beschäftigen können. Das sind wir den Frauen in Not in diesem Land schuldig. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! - Das Publikum ist kaum noch da. - Liebe Gäste! Ungewollt schwangere Frauen brauchen unsere Unterstützung, sie brauchen unsere Hilfe, und sie brauchen Beratung. Wenn sie sich entscheiden, ein Kind zu bekommen, gibt es Beratung durch die Stiftung Mutter und Kind, durch die Initiative „welcome“ und durch Frühe Hilfen. Das

(Katja Rathje-Hoffmann)

ist richtig, und das hilft über so manche Krise hinweg.

Aber in besonderen Lebenslagen und Umständen entscheiden sich Frauen auch dafür, ein Kind nicht auszutragen. Keine Frau trifft diese Entscheidung leichtfertig. Keine Frau hat keinen triftigen Grund. Es ist wichtig, dass wir den Frauen zur Seite stehen, und das ist auch möglich, denn Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland nicht strafbar, wenn die betroffene Frau den Vorgaben der Beratungsregelung nach § 218 a Strafgesetzbuch folgt. Die schwangere Frau muss sich mindestens drei Tage zuvor durch eine staatlich anerkannte Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle beraten lassen. Erst dann darf der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der Empfängnis durchgeführt werden.

Die einzelnen Bundesländer sind nach dem Gesetz dazu verpflichtet, die Sicherstellung der Versorgung mit dieser ärztlichen Leistung zu gewährleisten. Diese medizinische Leistung kann ambulant in einer Fachpraxis oder auch in einer Klinik durchgeführt werden. Die Schwangere hat ebenfalls die Möglichkeit, den Abbruch stationär in einem Krankenhaus durchführen zu lassen. Schwangerschaftsabbrüche finden in Deutschland überwiegend - nämlich zu 98,5 % - ambulant in einer Praxis oder in einer Klinik statt.

So ist das auch in der Stadt Flensburg. Jüngst beschäftigte sich der Petitionsausschuss des Landtages mit der Versorgungssituation und einer Petition zu Schwangerschaftsabbrüchen in der Region Flensburg. Hier ging es um ein niedrigschwelliges, medizinisch vielfältiges und würdevolles Angebot in der Region. Dieser Petition liegt die Befürchtung zugrunde, dass sich im Rahmen der geplanten Fusion der beiden Kliniken DIAKO und Sankt Franziskus die Versorgungslage in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche verschlechtern wird.

Zudem steht im Raum, dass das klinische Angebot zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in Flensburg künftig wegfallen wird. Dazu ist jedoch zu sagen, dass es bereits jetzt schon klinische Möglichkeiten in der Nähe von Flensburg gibt, nämlich in Husum, in Heide und in Schleswig. Fakt ist auch, dass zu erwarten ist, dass im neuen geplanten DIAKO und Sankt-Franziskus-Klinikum keine Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.

In Kenntnis dieser Entwicklung hat sich in Flensburg, und das muss ich sehr begrüßen, ein örtlicher Runder Tisch gegründet, und zwar mit dem Ergebnis: Die Stadt sichert zu, als Gewährleistungsträger

die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen auf dem Peelwatt - das ist das neue Klinikgelände - zu installieren. Die Stadt will eine dauerhafte, kommunale Lösung, was heißt, dass eine bei der Stadt Flensburg angestellte Fachärztin oder ein Facharzt - ich hörte gerade, es ist wohl schon jemand gefunden worden - das Angebot der Abbrüche gewährleisten soll. Die Träger des neuen Klinikums gewährleisten die medizinisch indizierte stationäre Versorgung bei den Schwangerschaftsabbrüchen. Meine Damen und Herren, diese Gesamtentwicklung ist sehr zu begrüßen.

(Beifall CDU und FDP)

Zu der allgemeinen Versorgung in Schleswig-Holstein bemerkt das Sozialministerium in einem Schreiben von Anfang des Jahres: Das Land hat keine Hinweise darauf, dass es in Flensburg zu Versorgungsengpässen kommt oder kommen könnte. Auch wenn die Zahl der gynäkologischen Praxen durch die Bildung von medizinischen Versorgungszentren abgenommen hat, gibt es in der Region nach wie vor eine ausreichende Zahl von Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

Die Versorgungslage ist in Schleswig-Holstein zurzeit gut. Wir werden die Situation im ganzen Land sorgfältig im Auge behalten, damit das auch in Zukunft so bleibt. Deshalb gibt es ein Projekt, und das steht im Haushalt 2021, aber es gilt auch schon für 2020. Es ist ein Projekt, um Frauenärztinnen und -ärzte dafür zu gewinnen, sich im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung zu engagieren, sodass auch die Beratungsebene weiterhin gewährleistet ist. Wir wollen auch sehen, dass die Frauenärztinnen und -ärzte in Sachen Schwangerschaftsabbruch ausgebildet werden, denn hier gibt es mittlerweile eine Unterversorgung.

Wir haben die ganze Lage im Blick. Wir schauen genau, was da passiert. Zurzeit ist alles in Ordnung - -

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ich möchte erst mal den Satz zu Ende sprechen, danke.

(Zurufe - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte jetzt zum letzten Satz.

(Wortmeldung Birte Pauls [SPD])

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Pauls, gern!

(Heiterkeit)

Birte Pauls [SPD]: Frau Kollegin, ich will Ihre Redezeit jetzt nicht künstlich verlängern, aber ich habe eine Frage: Ist Ihnen bewusst, dass behandelnde Ärzte überhaupt nicht in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätig sein dürfen?

- Dann habe ich mich vielleicht ein bisschen missverständlich ausgedrückt. Sie sollen sich betätigen, indem sie die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, nicht in der Beratung. Hier gab es ein Missverständnis. Vielleicht habe ich mich nicht ordentlich ausgedrückt. Das muss ja jemand machen. Frauenärzte sind dazu in der Lage, sie müssen das machen. Das passiert nicht mehr in dem ausreichenden Maß, das wir uns vorstellen. Deswegen wollen wir, dass dort mehr passiert.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Nicht jede Schwangerschaft ist gewollt, und es gibt viele Gründe, weshalb eine Frau eine Schwangerschaft beenden möchte. Diese Entscheidung trifft in letzter Konsequenz die schwangere Person. Es geht um ihr Leben und ihren Körper, und niemand hat das Recht, diese Entscheidung zu bewerten oder zu verurteilen. Das ist und bleibt unsere grüne Überzeugung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür haben wir seit jeher gekämpft und tatsächlich auch einige Verbesserungen hinbekommen, beispielsweise einen Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Bedingungen straffrei zu lassen.

Zusätzlich gibt es das Schwangerschaftskonfliktgesetz, ein ganz wichtiges Bundesgesetz. Es schafft für die Betroffenen konkret und vor Ort das Recht auf Beratung und auf den Abbruch. Die Bundeslän-

der sind in der Verantwortung, dass die Infrastruktur für beides vorhanden ist. Deshalb finde ich es auch richtig und wichtig, dass wir diese Debatte heute hier führen und dort, wo wir Defizite haben, uns ehrlich in die Augen blicken und gucken, wo wir nachbessern müssen.

Flensburg ist ein zentraler Punkt dieser Debatte gewesen. Dort gibt es eine Situation für sich. Es gibt dort Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, und beispielsweise das Diakonissenkrankenhaus. Die Malteser verweigern Schwangerschaftsabbrüche aus religiösen Gründen grundsätzlich. Das wollen sie auch im gemeinsamen Zentralkrankenhaus durchsetzen. Aber es gibt deutlichen Gegenwind. Viele Frauen wehren sich an der Stelle. Der Petitionsausschuss hier hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt, und auch die grüne Ratsfraktion in Flensburg hat bei der Bürgermeisterin Einsicht in die Vertragsunterlagen gefordert. Das alles ist wichtig und richtig. Die zentrale Frage in dieser Debatte ist für uns: Können sich Schwangere hier in Schleswig-Holstein zeitnah und einfach informieren, wenn sie Hilfe brauchen?

Diese Frage muss man beantworten mit: leider nur bedingt. Über die Beratungsangebote im Schwangerschaftskonflikt gibt es viele Informationen: auf den Seiten der einzelnen Anbieter wie Pro Familia oder der AWO oder auch durch eine zentrale Zusammenstellung auf den Seiten des Ministeriums. Bei den Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, sieht es jedoch ganz anders aus. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung muss nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz eine entsprechende Liste führen. Aber deren Angaben sind leider lückenhaft. Sehr viele Adressen sind in Berlin und Hamburg. Für Schleswig-Holstein gibt es dort nur einige. Das Problem ist, dass die Meldung freiwillig ist. Viele trauen sich nicht, sich dort registrieren zu lassen - aus Angst vor Repressionen. Das ist für die hilfeschuchenden Personen eine Katastrophe.

Wir Grüne wollen, dass sich hier etwas ändert. Wir wollen, dass die Landesregierung tätig wird und mit den Ärztinnen und Ärzten spricht, wie wir zu einer realistischen Lösung kommen können. Es darf nicht dabei bleiben, dass sich die Frauen in einer solch schwierigen Situation sozusagen durchtelefonieren müssen. Und wir wollen einen besseren Schutz für die Schwangeren und die Institutionen erreichen, die einen Abbruch vornehmen. Selbsternannte Lebensretter und Lebensretterinnen dürfen keine Möglichkeit haben, Frauen, Ärzte und Ärztinnen

(Aminata Touré)

und Berater und Beaterinnen durch Pöbelei, Drohungen und Gewalt einzuschüchtern.

Hessen hat den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, Demonstrationen vor Beratungsstellen, Praxen und Kliniken einzuschränken. Dabei ist eine Abwägung zwischen den Persönlichkeitsrechten der Schwangeren, der Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit zu treffen. Persönlich halte ich dies für einen sehr guten Weg, den wir hier gehen wollen. Wir bitten deshalb als Koalition die Landesregierung, diese Option auch hier für uns in Schleswig-Holstein zu prüfen.

Abschließend ist es wichtig, dass Personen, die einen Abbruch durchführen wollen, dies tun können. Wir wollen uns deshalb auch nach dieser Debatte weiterhin mit der Situation in Schleswig-Holstein auseinandersetzen. Wir wollen uns vor allen Dingen, wie die Kollegin Katja Rathje-Hoffmann es gerade eben schon gesagt hat, die Situation dahingehend ansehen, wie das Projekt anläuft, das die Landesregierung auf den Weg bringt, um Beratungsstellen zu ermöglichen, aber auch um es Personen und Ärztinnen und Ärzte zu ermöglichen, diesen Abbruch durchzuführen.

Wir hatten eigentlich geplant, es schon in diesem Jahr zu machen. Coronabedingt mussten wir dieses Projekt jedoch für das nächste Jahr auf den Weg bringen. Ich bin mir sicher, dass wir dadurch auch die Versorgungssituation in Schleswig-Holstein verbessern werden und bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig: Schwangerschaftsabbrüche sind immer und zu jeder Zeit eine zutiefst persönliche und schwierige Entscheidung. Ich bin mir sicher, dass keine Frau eine solche Entscheidung leichtfertig trifft. Umso wichtiger ist, dass es für jede selbst getroffene Entscheidung eine gute Entscheidungsgrundlage gibt. Das umfasst - es ist hier schon angesprochen worden - zum einen die sensible Beratung, zum anderen natürlich die passende medizinische Einrichtung.

Damit betroffene Frauen und auch Männer in einer solchen Notlage Hilfe erfahren, sind mit dem

Schwangerschaftskonfliktgesetz daher staatlich geförderte Unterstützungsregelungen festgeschrieben. Danach hat jede Frau das Recht, sich zum Zwecke der gesundheitlichen Vorsorge und der Vermeidung und Lösung von Schwangerschaftskonflikten in allen eine Schwangerschaft unmittelbar oder mittelbar berührenden Fragen von einer hierfür vorgesehenen Beratungsstelle informieren und beraten zu lassen.

Natürlich ist es richtig: Eine grundsätzliche Reform der § 218 und § 219 Strafgesetzbuch wäre wichtig. Da muss ich der Abgeordneten Pauls aber sagen: Den guten Draht zur regierungstragenden Fraktion in Berlin haben Sie. Nutzen Sie ihn, wenn es wichtig ist!

(Beifall FDP und Hans Hinrich Neve [CDU]
- Zurufe SPD)

In Schleswig-Holstein setzen wir dieses Beratungsangebot um - anders, als die Anträge von SPD und SSW glauben machen wollen. Es wird zwar immer Beispiele geben - auch das haben wir in einer Anhörung im Petitionsausschuss gehört -, dass es Menschen gibt, die sagen, die Wege zu Beratungsangeboten seien zu lang oder es gebe zu viel Bürokratie. Die Fakten zeigen aber ein ganz anderes Bild.

Die Beratungsstellen werden mit Landesmitteln und zusätzlich kommunal gefördert. Dazu sollte eigentlich in diesem Jahr - coronabedingt wird es ins nächste Jahr verlagert - ein weiteres Projekt mit Beratungsstellen auch mit Landesmitteln auf den Weg gebracht werden. Dazu liegen wir mit der Anzahl von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, aber auch sogenannten Meldestellen in den Einrichtungen, wo ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen wird, im Bundesvergleich auf Platz sechs. Mit 62 Meldestellen im ersten Quartal 2020 bieten wir rein rechnerisch eine Meldestelle pro 46.000 Einwohner an.

Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der behandelnden Ärzte noch größer sein wird, da es auch Praxen mit mehreren Ärzten gibt. Entscheidend ist doch aber, dass im Jahr 2019 in Schleswig-Holstein 3.261 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt wurden. Das sind pro Meldestelle 53 Abbrüche. Mit dieser niedrigen Zahl pro Meldestelle liegen wir im Ländervergleich übrigens auf Platz drei: Sachsen steht mit 47 Abbrüchen pro Meldestelle auf Platz eins, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 49 auf Platz zwei. Hamburg folgt uns mit 67 Abbrüchen auf Platz vier. Die niedrige Anzahl an Abbrüchen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu ande-

(Anita Klahn)

ren Bundesländern zeigt doch, dass wir eine durchaus ausreichende Versorgung mit Einrichtungen für die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Vielleicht noch einen Satz zur Erreichbarkeit: Uns ist ganz klar gesagt worden, dass die Hin- und Abreise innerhalb eines Tages gewährleistet sein muss. Das ist in Schleswig-Holstein gegeben.

Sie haben ja auf die Klinikzusammenlegung in Flensburg abgezielt. Bitte realisieren Sie schlicht und einfach: Es ist Ihre Oberbürgermeisterin, die sich ganz massiv darum gekümmert hat, dass es ein medizinisches Versorgungsangebot von höchster, moderner Qualität in Flensburg gibt.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Sie hat diese Fusion in Kenntnis der Auswirkungen auf die Schwangerschaftsabbrüche vorangetrieben. Sie hat ihre Verantwortung, eine weitere Lösung zu finden, mit dem Runden Tisch übernommen.

(Beate Raudies [SPD]: Ja! Super!)

Der Kompromiss, der sich dort abzeichnet, ist doch gut. Ich honoriere vollumfänglich, was Simone Lange da mit unserem Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg auf den Weg gebracht hat.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wir sehen mit Sorge, dass sich bei Praxisneugründungen und -übernahmen immer weniger junge Ärzte bereiterklären, sich um eine Genehmigung für ambulante Operationen zu bemühen und damit dann auch operative Schwangerschaftsabbrüche nicht durchführen dürfen. Das unterstreiche ich, das ist im Antrag richtig formuliert worden. Da sind die notwendigen Gespräche zu führen.

Ich möchte dann aber auch einen Blick ins europäische Ausland werfen, wo bereits verstärkt Abbrüche mit Medikamenten erfolgen. Diesen Aspekt sollten wir durchaus hier für Schleswig-Holstein - zu einem anderen Zeitpunkt - betrachten.

(Birte Pauls [SPD]: Das können wir doch jetzt machen!)

- Liebe Frau Pauls, wenn Ihnen das Thema so wichtig ist, wollen wir heute in der Sache abstimmen und nicht noch längere Beratungen im Ausschuss haben. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich auf die Details des Antrages eingehe, möchte ich ganz grundsätzlich noch einmal feststellen: Schwangerschaftsabbruch ist kein Verbrechen, darum gehört er auch nicht ins Strafgesetzbuch.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der § 218 Strafgesetzbuch kriminalisiert Frauen, und darum muss er weg. Das wäre der entscheidende Schritt!

(Beifall SSW, SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frauen dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie auf ihrem schweren Weg alleingelassen werden.

Ich hätte mir ehrlicherweise nicht vorstellen können, dass ich überhaupt noch einmal über diese Grundsätze sprechen müsste. Doch ausgerechnet die Anhörung in unserem Petitionsausschuss, die so gut war, weil es eine Patientin aus Husum gab, die sich große Sorgen gemacht hat, wie das wohnortnahe, stationäre oder ambulante Versorgungssystem in Zukunft sein wird, bewegt mich doch dazu. Ich hätte nicht gedacht, dass wir bei diesem Thema wieder über Schwangerschaftstourismus sprechen, denn genau das wird passieren, wenn wir die Anträge nicht in den Sozialausschuss überweisen und dort gemeinsam darüber sprechen.

(Beifall SSW und SPD)

Jeder von uns kann Beispiele anführen: eine Mutter, die schon zwei Kinder hat. Der Mann ist Kraftfahrer und die ganze Woche nicht da. Die haben schon ein behindertes Kind, die Mutter hat keinen Führerschein. Da müsste sie nach Heide oder Schleswig fahren. Ja, das kann sie machen: Sie kann sich in den Bus setzen oder in den Zug, wenn es diese Infrastruktur dort gibt. Was macht sie aber, wenn etwas schiefgehen sollte und sie vielleicht noch eine Nacht im Krankenhaus bleiben müsste? Wer kümmert sich um die beiden Kinder? Vor allem: Wer kümmert sich um das Kind, das behindert ist?

(Jette Waldinger-Thiering)

Ich bin echt enttäuscht, dass wir zu diesem Thema keinen gemeinsamen Antrag hingekriegt haben. Endlich kriegen wir in Flensburg ein neues Krankenhaus. Jeder, der hier sitzt und in der Flensburger Ratsversammlung seine Fraktion hat, weiß ganz genau, dass es an der Zeit ist, dass wir in Flensburg ein supergutes neues Krankenhaus für den nördlichen Teil Schleswig-Holsteins kriegen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass sich die beiden ehemaligen Krankenhäuser, die es heute in ihrer Trägerstruktur noch gibt, zusammenschließen und sich daraufhin auf ihre Religion berufen und sagen: „Wir werden keine Abbrüche mehr vornehmen!“, das kann uns doch nicht in die Situation bringen, dass wir in Flensburg keine standortnahe Versorgung mehr hinbekommen.

(Zuruf)

- Doch, darum geht es. Das ist doch genau der Punkt.

Dann muss ich sagen: Ja, die Oberbürgermeisterin hat zu einem Runden Tisch eingeladen. Es ist auch gut so, dass sie es getan hat. Aber die Ärztin oder den Arzt, der diese Abbrüche vornehmen soll, gibt es noch gar nicht. Es gibt eine Idee, aber der Mensch, der das ausführen soll, ist noch gar nicht da. Das heißt, wenn wir heute wirklich den Frauen in Schleswig-Holstein, aber auch den Männern ein Signal senden wollten, dann hätten wir einen gemeinsamen Antrag haben müssen, der sagt: Natürlich unterstützen wir die standortnahe Versorgung in Flensburg. - Punkt!

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Anita Klahn?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr gern!

Anita Klahn [FDP]: Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering, Ihnen ist aber durchaus bekannt, dass es auch in Flensburg weiterhin - wie bisher - ambulant tätige Ärzte in Praxen gibt, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, und dass die Nachsorge durch die Klinik gewährleistet ist? Oder haben Sie andere Erkenntnisse? Gibt es das nicht mehr?

- Ich habe auch diese Erkenntnisse, aber es soll auch so sein, dass es im Krankenhaus auf dem gleichen Campus eine Möglichkeit gibt, einen Abbruch vornehmen zu lassen. Darum geht es doch. Sonst könnte ich auch überall anders hinfahren. Aber genau das hätten wir gemeinsam - entweder durch einen gemeinsamen Antrag oder noch einmal Diskussion im Sozialausschuss - diskutieren können. Das ist auch das, was die Anhörung im Petitionsausschuss gezeigt hat: Wie definieren wir „wohnortnah“? Sind das 50 km? Ist das eine ganze Tagesreise? Oder wie machen wir das?

Wir als Frauen sollten doch dafür Sorge tragen, dass wir bessere Bedingungen schaffen. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir das im Ausschuss diskutieren oder einen gemeinsamen Antrag gemacht hätten. Das ist es einfach nicht wert, dass wir uns untereinander kabbeln, weil wir der Meinung sind, es gebe doch schon alles. Nein, es gibt leider noch nicht alles.

Deshalb - sorry - würde ich trotzdem gern alle drei Anträge in den Sozialausschuss überweisen. Ich weiß, Jamaika wird gleich in der Sache abstimmen, aber das ist mir wumpe. Wir hätten heute echt etwas für die Frauen in Schleswig-Holstein setzen können.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine meiner ersten Erinnerungen ist das Titelbild des „Stern“ vom Anfang der 70er-Jahre mit Fotos von vielen, vielen Frauen. Auf diesem Titel stand: „Wir haben abgetrieben!“. Ich war sechs oder sieben, ich wusste gar nicht, was das war, aber ich habe begriffen, dass es etwas Besonderes war, dass diese Frauen auf diesem Bild, die ich aus dem Fernsehen von der „Tagesschau“ oder aus dem Sport kannte, sich da hinstellten - auf einem Schwarz-Weiß-Fahndungsfoto, so war es damals angelegt - und dieses Bekenntnis abgaben. Das war der Auftakt zur großen Reformdebatte über den § 218.

Liebe Kollegin Touré, seien Sie mir nicht böse: Da waren die Grünen noch nicht dabei, weil es die damals noch nicht gab. Aber es waren viele Frauen im Bundestag - und damals auch ganz, ganz viele aus

(Beate Raudies)

der FDP, liebe Anita Klahn -, die das mit auf den Weg gebracht

(Anita Klahn [FDP]: Was soll das denn heißen?)

und einen Riesenschritt vorangebracht haben. Dann kam das Bundesverfassungsgericht und hat uns in die Situation gebracht, in der wir heute sind: Wir haben ein Schwangerschaftskonfliktgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, in Ihrem Antrag stellen Sie fest: Das gilt in Schleswig-Holstein - na doll! Dann stellen Sie fest, dass die Beratungsangebote gemäß den gesetzlichen Vorgaben finanziert werden. Na toll! Das ist ja wohl selbstverständlich, will ich dazu sagen, alles andere wäre ja ein Skandal.

(Beifall SPD und SSW)

Jetzt bitten Sie die Landesregierung, Gespräche zu führen, wie man eine verbesserte Information und Übersicht sicherstellen kann. Ein erster Schritt wäre schon einmal ein Bekenntnis dieses Hauses zur Abschaffung des § 219 a gewesen. Das hat Jamaika nicht hinbekommen. Auf Bundesebene hat die CDU im Bundestag eben auch einen Beschluss dazu verhindert. Das muss hier einmal so gesagt werden.

(Zuruf)

- Das weiß jeder, aber ich sage es trotzdem gern noch einmal, weil es mir wichtig ist, dass noch einmal alle das hören. Das ist uns zu wenig.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anita Klahn?

Beate Raudies [SPD]:

Sehr gerne, klar.

Anita Klahn [FDP]: Sehr geehrte Frau Raudies, Sie haben eben so vehement reklamiert, dass in unserem Antrag nicht die Abschaffung oder die Reform des § 218 steht. Steht das in Ihrem Antrag drin?

- Sehr geehrte Kollegin Klahn, ich habe mich auf Ihren Antragstext bezogen, in dem Sie die Regierung bitten, Gespräche zu führen, wie eine verbesserte Information und Übersicht über Angebote zum Schwangerschaftsabbruch hergestellt werden kann. Darauf habe ich gesagt, ein erster Schritt dazu hätte ein klares Bekenntnis dieses Hauses zur Abschaffung des § 219 a sein können.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

- Das steht bei uns auch nicht drin.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Darum geht es heute auch gar nicht. Das ist ein netter Ablenkungsversuch.

(Beifall FDP)

Uns geht es um etwas ganz anderes.

(Beifall FDP)

Uns geht es darum, dass das Land sich seiner Verantwortung stellt, die nämlich auch im Schwangerschaftskonfliktgesetz festgelegt worden ist. Ich zitiere gern einmal Frau Professor Mangold aus der Anhörung des Petitionsausschusses - Zitat mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin -:

„Das Land Schleswig-Holstein muss nach den verfassungsgerichtlichen Vorgaben ein umfassendes Konzept erstellen, um ein ausreichendes Angebot an Abbrucheinrichtungen auch in der Fläche des Landes sicherzustellen.“

Nichts anderes fordern wir mit unserem Antrag.

(Beifall SPD)

Das Land soll Verantwortung übernehmen und nicht als Zuschauer am Rand stehen und darauf warten, dass vielleicht irgendwo eine engagierte Oberbürgermeisterin den Karren aus dem Dreck zieht.

(Zurufe CDU und FDP)

Schade, dass wir nicht einmal im Ausschuss in eine Diskussion gehen.

Ich habe noch 13 Sekunden, aber da erlaube ich mir ein Zitat aus dem Weltbevölkerungsbericht der UNO mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin:

„Sexuelle und reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte sind universelle Menschenrechte. Sie sind integraler Bestandteil der unteilbaren Menschenrechte.“

Punkt. Ende. Aus.

Auch ich bitte noch einmal um Überweisung in den Ausschuss.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich eigentlich nur deswegen melden, weil hier viel über die Situation in Flensburg fabuliert wird, was man in Gänze so nicht stehen lassen kann. 2016 standen wir vor der Situation, dass die Küstenkoalition - damals Ministerpräsident Albig - in Flensburg auftauchte und sagte: Wir müssen die Krankenhäuser an ihrem jetzigen Standort erhalten. Er hat dafür Förderbescheide überreicht, was allerdings nicht die Auffassung der Flensburger Lokalpolitik war.

Es gab dann auf Veranlassung einer einzelner Ratsfrau, die mittlerweile bei der FDP ist, ein Treffen aller planungspolitischen Sprecher und Fraktionsvorsitzenden der Flensburger Ratsfraktionen. Dabei waren FDP, CDU, SSW, SPD, Grüne, die Linke und auch die Bürgerinitiative. Wir haben uns damals besprochen, was wir wollen: Wollen wir eine neue Ausschreibung, oder wollen wir an den beiden Trägern festhalten, die in Flensburg tief verankert sind, und zwar sehr viel tiefer, als das in vielen anderen Orten der Fall ist, weil diese Träger seit den deutsch-dänischen Kriegen bei uns sind?

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Diese Krankenhäuser sind seit den deutsch-dänischen Kriegen in Flensburg. Wir haben uns dann Gedanken gemacht, ob wir eine Ausschreibung oder an den beiden festhalten wollen. Es war einmütig von allen genannten Parteien, dass wir an diesen Trägern festhalten wollen. Das war von Anfang an klar, dass wir dort auch in den Konflikt mit den Schwangerschaftsabbrüchen kommen würden, denn was die Malteser davon halten, war von vornherein allen bewusst.

(Beifall Werner Kalinka [CDU] - Werner Kalinka [CDU]: So ist das!)

Aus diesem Grund haben sich von Anfang an alle darum bemüht, eine Lösung zu finden. Der Runde Tisch ist doch nicht vom Himmel gefallen. Es ist auch nicht so, dass eine einzelne engagierte Oberbürgermeisterin die Karre aus dem Dreck ziehen muss, weil die anderen zu blöd dafür sind, sondern es gab einen klaren Auftrag der Lokalpolitik an die Oberbürgermeisterin, das so zu machen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz ehrlich muss ich sagen: Wenn man erst ein Problem in Kauf nimmt und sich dann voller Empörung daranmacht, dieses Problem zu thematisieren und auszuschlachten, finde ich das sehr schwierig.

Die Lokalpolitik in Flensburg steht trotz allem Streit zwischen den Parteien und Bürgerinitiativen zu ihrer Verantwortung. Es wird auch in Zukunft sozial indizierte Schwangerschaftsabbrüche in Flensburg geben; das wird gewährleistet sein. Lassen Sie die Leute einfach ihre Arbeit tun, und hören Sie auf, Dinge zu problematisieren, die vielleicht der Sache nach ein Problem sind, aber in Flensburg nicht in der Umsetzung!

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, sehr geehrte Frau Raudies und sehr geehrte Frau Pauls. Ich war nicht bekannt dafür, dass ich als Oppositionsabgeordneter die Küstenkoalition geschont hätte. Ich hätte Ihnen aber nie vorgeworfen, Sie wären Ihrer Verantwortung nach § 13 Schwangerschaftskonfliktgesetz nicht nachgekommen. Ich sage das für mein Haus, für diese Landesregierung in aller Deutlichkeit: Ich weise diese Kritik, dass wir schulterzuckend dasäßen und uns die Problematik in Flensburg anguckten, für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch für mich selbst zurück. Das möchte ich sehr, klar sagen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde mich nach diesen Beiträgen auch nicht dazu hinreißen lassen, öffentlich kundzutun, wozu ich von Flensburger Politikerinnen und Politikern aufgefordert werde - aufgefordert werde! -, nämlich im Ergebnis dafür zu sorgen, dass auf keinen Fall das Klinikprojekt scheitert. Ich werde jetzt weder die Namen dieser Politikerinnen und Politiker nennen noch sagen, in welche Richtung diese Aufforderung geht. Eines sage ich Ihnen sehr deutlich, weil ich auch das nicht auf meinen Leuten sitzen lassen möchte, die sich seit zwei Jahren - seit zwei Jahren! - intensiv darum bemühen, eine Lösung herbeizuführen, die Versorgungssituation in Flensburg zu analysieren und dafür zu sorgen, dass sie so gut bleibt, wie sie ist. Das möchte ich ganz deutlich sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP)

Frau Abgeordnete Pauls, es hat im Sommer in meinem Haus - und zwar in Präsenz, nicht als Videokonferenz; da war das ja noch möglich - eine ausführliche Besprechung mit der Flensburger Oberbürgermeisterin und den Klinikträgern gegeben. Denen habe ich übrigens bereits Anfang 2018 - beiden Klinikträgern, insbesondere dem katholischen - sehr deutlich gemacht, was ich von dieser Haltung halte. Bei allem Zutrauen in die Fähigkeit der Landesregierung darf man aber auch sagen, dass ich einen jahrhundertealten Orden nicht davon überzeugen werde, innerhalb von zwei Jahren seine religiöse Einstellung zu ändern.

(Serpil Midyatli [SPD]: Was? Nicht?)

- Ja. Ich glaube, das wäre ein bisschen viel verlangt, Frau Abgeordnete Midyatli.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Problem ist richtig beschrieben. So wie der Abgeordnete Richert das gerade dargestellt hat, wird die Umsetzung vor Ort auch nach Errichtung eines fusionierten Klinikums weiterhin funktionieren. Das sage ich Ihnen hier in allem Ernst und aller Deutlichkeit.

Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass dieses bundesweit wirklich vorbildliche Projekt einer großen Klinikfusion in Schleswig-Holstein mit zwei freigemeinnützigen Trägern gelingt. Das ist ein klares Signal, dass es auch anders geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lars Harms [SSW])

Lassen Sie mich deutlich sagen, dass natürlich ein ausreichendes ambulantes und stationäres Angebot an Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen ein absolut notwendiger und integraler Bestandteil der Gesundheitsversorgung ist. Dementsprechend sind die Länder nach § 13 Schwangerschaftskonfliktgesetz verpflichtet, ein solches Angebot sicherzustellen. Das tut diese Koalition, das hat die vorangegangene Koalition schon getan und das hat auch die Koalition - potz Blitz! - davor schon getan.

Nach den Vorstellungen des Bundesgesetzgebers und einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 - wenn man Bundesverfassungsgerichtsurteile zitiert, dann sollte man sie vielleicht auch in Gänze zitieren - ist ein ausreichendes Angebot bereits dann sichergestellt, wenn die betroffene Frau nicht länger als einen Tag von ihrem Wohnort abwesend sein muss, um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Das gilt auch, wenn sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln an- und abreist.

Ich sage sehr klar, meine Damen und Herren, dass das nicht unser Anspruch an ein ausreichendes Angebot ist, sondern dass wir weit darüber hinausgehen wollen und auch gehen werden.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Beate Raudies [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse deutlich besser. Ärztinnen und Ärzte, OP-Zentren und Krankenhäuser, die in den vergangenen zwei Jahren Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt haben, sind gegenüber dem Statistischen Bundesamt meldepflichtig. Aus dem Grund wissen wir, dass es in Schleswig-Holstein im ersten Quartal 62 solcher Meldestellen gegeben hat. Das entspricht ungefähr einer Meldestelle pro knapp 47.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Pauls?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Ja, selbstverständlich.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. Ich erkenne an, dass Ihr Ministerium daran arbeitet. Ich sehe aber auch die Zahlen, und ich sehe die Entwicklung. Noch vor wenigen Jahren gab es ein Angebot von zwölf Praxen in Flensburg, heute sind es vier. Wir wissen aus ganz sicheren Kreisen, dass es in naher Zukunft nur noch zwei Praxen sein werden. Nun sagen Sie, Sie arbeiten intensiv an einer Lösung. Darf ich fragen, wie diese Lösung dann aussieht?

- Frau Abgeordnete Pauls, Sie wissen doch mindestens so gut wie ich, dass die Zahl der Praxen allein noch gar nichts über die Versorgungssituation aussagt, noch gar nichts. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Jetzt kann man Konzentrationsprozesse - das möchte ich deutlich sagen - im niedergelassenen Bereich so und so bewerten. Ich finde, das ist grundsätzlich keine schöne Entwicklung. Sie sagt aber noch

(Minister Dr. Heiner Garg)

nichts über die Zahl der Ärztinnen und Ärzte aus, die tatsächlich Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Vor diesem Hintergrund eine Versorgungssituation an die Wand zu malen, die die Frauen vor Ort eher verängstigt, finde ich, hat mit verantwortungsvoller Politik relativ wenig zu tun. Das möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]) - Zuruf SPD: Na ja!

- Nee, nicht na ja. Ich finde, wir haben alle eine Verantwortung, die Versorgungssituation nicht schlechter darzustellen, als sie tatsächlich ist.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Bayern und Rheinland-Pfalz kommen im Übrigen auf eine Meldestelle im Durchschnitt 140.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dementsprechend ist auch die rechnerische Anzahl an Abbrüchen pro Meldestelle in Schleswig-Holstein geringer als in den meisten anderen Bundesländern. Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir in Schleswig-Holstein also immer noch ordentlich da. Wirkliche Probleme bei der Sicherstellung eines ausreichenden Angebots werden wir weder jetzt noch auf absehbare Zeit bekommen.

Ich sage auch sehr deutlich, weil Sie gefragt haben, was wir eigentlich tun, dass wir in einem ständigen Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung stehen. Obwohl für die Struktur der Sicherstellungsauftrag ganz klar beim Land liegt, wäre die Kassenärztliche Vereinigung auch bereit gewesen, einen Letter of Intent zwischen Stadt, Land und Kassenärztlicher Vereinigung mit zu unterzeichnen. Durch die neue Lösung, die in Flensburg selbst gefunden wurde, ist das nicht mehr nötig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sage ich auch einmal: Ich finde es großartig, was in Flensburg selbst an Lösungen auf den Weg gebracht wurde. Ich sage aber auch sehr deutlich: Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass sich irgendjemand der anderen Beteiligten hier rausziehen wollte oder rausgezogen hätte.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um das Angebot - das war Teil der Debatte - insgesamt weiterzuentwickeln, ist die Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten ein ganz zentraler Punkt. Hier ist in den vergangenen Jahren er-

freulicherweise auch eine ganze Menge Bewegung hineingekommen. Ich möchte dazu beispielhaft einige wichtige Projekte nennen.

Erstens wird die Bundesärztekammer einen Weiterbildungsplan für das Gebiet der Frauenheilkunde und Geburtshilfe erarbeiten, um das bestehende Weiterbildungsangebot weiter auszubauen und zu verbessern.

Zweitens plant das Bundesgesundheitsministerium, eine geeignete Fachgesellschaft bei der Entwicklung einer Leitlinie zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen finanziell zu unterstützen. Eine solche Leitlinie gibt es bis heute in Deutschland nicht.

Drittens möchte das Bundesgesundheitsministerium Forschungsvorhaben zur psychosozialen Situation und zum Unterstützungsbedarf von Frauen mit ungewollter Schwangerschaft fördern. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse könnten zukünftig dabei helfen, die Beratungs- und Unterstützungsangebote für die betroffenen Frauen weiterzuentwickeln.

Viertens soll die Kommunikation zwischen Arzt und Patientin durch die Novellierung der Approbationsordnung ein deutlich größeres Gewicht im Studium erhalten. Auch im Hinblick auf die Beratung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen möchten, könnte sich das entsprechend positiv auswirken. Das ist von hoher Bedeutung, weil der Aspekt der Beratung eine zentrale Rolle bei Schwangerschaftsabbrüchen spielt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Abgeordnete Raudies, mir ist das Titelblatt des „Stern“ - ich glaube, wir sind beide derselbe Jahrgang; das darf man sagen, man muss ja nicht sagen, welcher es ist - auch noch in besonderer Erinnerung, weil meine leider viel zu früh verstorbene Patentante begeisterter Romy-Schneider-Fan war. Eine dieser Frauen war Romy Schneider. Vor diesem Hintergrund haben Sie bei mir alte Erinnerungen geweckt.

Das ist - ehrlicherweise - eine bessere Art, miteinander umzugehen, als mit - lassen Sie mich das zum Abschluss sagen - an dieser Stelle absurden Schuldzuweisungen Richtung Landesregierung zu operieren. Wir tun wirklich alles dafür, dass im obersten Norden des Landes - also sozusagen im echtesten vom echten Norden; das war grammatikalisch gerade fürchterlich - ein modernes Zentralklinikum entsteht, von dem viele Patientinnen und Patienten profitieren werden, aber auch die zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die top Ar-

(Minister Dr. Heiner Garg)

beitsbedingungen in diesem Zentralklinikum vorfinden werden.

Selbstverständlich wird diese Koalition auch die Hilfe suchenden Frauen in ihrer größten Not nicht alleinlassen. Alles andere zu behaupten, kann man machen; ich glaube aber, wir können das gemeinsam besser hinkriegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktion zur Verfügung. - Ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden möchte, aber ich sehe, dass sich der Abgeordnete Professor Dunckel zu einem Kurzbeitrag gemeldet hat.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich bin ein bisschen älter als Sie; ich sage auch nicht, welcher Jahrgang. Ich habe in den vielen Jahren über dieses Thema gelernt, dass es eigentlich ein Thema von Frauen ist und Frauen dies besser entscheiden können.

Was mir aber wichtig zu sagen ist, ist Folgendes: Uns haben in Flensburg viele Frauen erreicht, die besorgt sind, die auch mit der jetzt angedachten Lösung nicht zufrieden sind. Ich denke, das Geringste wäre, dass wir die Sorgen dieser Frauen ernst nehmen und in aller Ernsthaftigkeit die Anträge im Sozialausschuss beraten. Das ist das Mindeste.

(Beifall SPD und SSW)

Das jetzt aus kleinkariertem Kalkül einfach durchzustimmen, finde ich einfach nicht vernünftig.

Ein Satz zu Flensburg: Nach meiner Kenntnis ist es eine Idee, noch keine Lösung und allemal keine umsetzungsreife Entscheidung. Insofern wären wir gut beraten, es im Sozialausschuss zu beraten. - Danke schön.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2544 sowie die Alternativanträge Drucksachen

19/2584 und 19/2619 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Ausschussüberweisung gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt worden.

Ich lasse dann über die Anträge in der Sache abstimmen, zunächst über den Alternativantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2619. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt worden.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2544, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2584. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Verzeihung, die Abgeordneten des SSW?

(Lars Harms [SSW]: Zustimmung!)

- Danke; das hatte ich übersehen. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD, AfD und des Abgeordneten Dr. Brodehl

(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]: Zustimmung!)

angenommen worden. Ist es so richtig? - Danke schön.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit sind wir am Ende der 38. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

Ich gebe bekannt, dass die 39. Tagung des Landtags am Mittwoch, dem 9. Dezember 2020, um 10 Uhr beginnt. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine gute Zeit, und: Bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:18 Uhr